Dienstag, den 27. Juli 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 172

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Die verärgerten Amerikaner.

Die Verärgerung der Vereinigten Staaten über die europäische Schuldenopposition

wird durch die letzten Reden des englischen Schatzkanzlers und einige noch gröbere Aeußerungen in der französischen Oeffentlichkeit sehr verschärft. Die Unsicherheit über die Ratifizierung des französischen Schuldenabkommens dauert an. Der amerikanische Schatzsekretär hat in Paris keine offiziellen Besprechungen geführt, sondern gibt seine Reise bisher als private Erholungsfahrt an.

Derjenige Teil der amerikanischen Presse, der immer vor Verstrickung in die europäischen Fragen warnte, unterstreicht jetzt die Vorwürfe westeuropäischer Blätter gegen die „Shylock"-Methoden des amerikanischen Gläubigerstaates. Bürgerliche Engländer und Franzosen müssen sich sagen lassen, daß sie „vom Geiste des Bolschewismus" angesteckt seien. Praktisch wird Zurückziehung Amerikas vom Welt-Schiedsgerichtshof im Haag gefordert. Der Beitritt zu diesem internationalen Gerichtshof ist durch die Vereinigten Staaten bekanntlich noch nicht endgültig vollzogen, da ihre Vorbedingungen von den meisten europäischen Staaten bisher nicht angenommen wurden.

Inzwischen geht aber der Wettkampf unter den europäischen Staaten um einen Vorsprung beim Schuldennachlaß seitens des großen Gläubigers weiter, bei dem Italien bisher am besten, England am schlechtesten wegkam. Die einzige finanzielle Regelung, in der Europa provisorische Einigkeit erreicht hat, bleibt das Dawes-Abkommen über die deutsche Schuldenregelung, das ja nur mit Hilfe Amerikas und unter seinem Druck erzielt werden konnte.

Praktisch wird die Haltung Amerikas gegen Europa von der wirtschaftlichen Entwickelung seiner anderen Kapitalsanlage-Mächte (Südamerika, China) abhängen.

Ueber die Gründe des Sturzes Sinowjews

geht aus Meldungen der in Moskau (im Gegensatz zur sozialdemokratischen Presse des Auslandes) zugelassenen bürgerlichen Korrespondenten, die ihre Informationen von amtlicher bolschewistischer Seite empfangen, noch einiges an Einzelheiten hervor. Danach hat, was auch Zitate aus den Moskauer Blättern bestätigen, der gleichzeitig gemaßregelte bisherige stellvertretende Volkskommissar Laschewitsch in einer Geheimversammlung gesprochen, die die „neue Opposition" bei Nacht in einem Walde (!) veranstalten mußte. Sinowjew wird nicht der aktiven Teilnahme an diesen verschwörerischen Formen der Opposition beschuldigt, sondern nur der Duldung ihrer „Umtriebe", die ihre Stütze in der Organisation der Kommunistischen Internationale fanden und aus Angst vor der politischen Polizei mit Chiffrebriefen arbeiteten.

Der öffentliche Sprecher dieser Opposition auf dem letzten Parteitage war aber bekanntlich doch Sinowjew selbst gewesen, daß die regierende Gruppe Stalin-Bucharin-Rykow vor allem auf seine Beseitigung Wert legte. Unmittelbar nach dem Parteitag war ja bereits in seinem Stützpunkt, der Petersburger Parteiorganisation, von oben her die Opposition durch zwangsweise Neubesetzung aller leitenden politischen Posten gegen den Willen der demonstrierenden kommunistischen Arbeiter mundtot gemacht worden.

Die bürgerlichen deutschen Zeitungsberichte übernehmen einige Redewendungen der amtlichen russischen Stellen, wonach durch die Opposition der Gruppe um Sinowjew auch andere kritische Strömungen in der Kommunistischen Partei ermuntert worden seien, zum Beispiel die Opposition von Baku, die für weitergehende Anpassung an die Bedingungen kapitalistischer Industrie-Entwicklung eintritt. Die Tendenz der Opposition Sinowjews hatte aber den entgegengesetzten Charakter und verlangte Stärkung des ihrer Meinung nach durch die Rücksicht auf Großbauern und Weltkapitalismus verwischten proletarischen Charakters der russischen kommunistischen Bewegung. Die kritischen offiziellen Aeußerungen über die allzu offenherzige Opposition von Baku unter Führung von Schljapnikow und Medwedjew verschleiern nur dürftig, daß der Sturz Sinowjews ein Abrücken der Sowjetregierung von der früheren Ueberschätzung der Dritten Internationale und ihrer revolutionären Phraseologie bedeutet.

Einig ist allerdings die Linksopposition Sinowjews mit der Kritik der kommunistischen Rechten gegen die Führung in der Beurteilung der amtlichen Bauernpolitik, die die wirtschaftliche Vormacht nach der Meinung beider immer mehr den Großbauern in die Hände spielt. Die Linke wünscht demgegenüber schärfere proletarische Machtanwendung. Die Rechte glaubt, daß diese wirtschaftlich unmöglich sei, so lange nicht die Industrie ohne die bisherigen bürokratischen Hemmungen rascher entwickelt werde und damit eine breitere wirtschaftliche Grundlage für die Arbeiterschaft bildet. Die offizielle Theorie aber leugnet die Stärkung der Großbauernschaft einfach ab, indem sie behauptet, daß dem kommunistischen System „wirtschaftliche Kommandohöhen" durch den staatlichen Einfluß auf die Preisbemessung mittels Außenhandelsmonopols und anderer Einrichtungen geblieben seien. Praktisch kapituliert sie vor der Entwicklung Rußlands zum reinen Bauern- und Beamtenstaat, indem sie ihre Machtanwendung fast nur noch gegen die oppositionellen Arbeiter richtet.

Ein Justizminister in der Hand von Verbrechern.

Schwere Anklagen gegen Mitschuld des bayrischen Justizministers um nationale Mordvertuschung.

Der Reichstagsabgeordnete Gen. Dr. Levi veröffentlicht in der Dienstags-Ausgabe des „Vorwärts" eine Antwort auf die Angriffe der bayerischen Presse, der wir folgendes entnehmen: „Ich glaube auf Grund meiner ziemlich genauen Kenntnis der Akten sagen zu können: die unteren Organe, auch bei der Polizei, haben im allgemeinen (Untersuchung der Fememorde) gut und willig gearbeitet. Daß keine der Mordtaten zur Sühne gelangte, lag an oberen Stellen und an dem Einfluß eines Kreises von höchstens zwanzig Leuten, die die Mörder deckten. Leider ist der gegenwärtige bayrische Justizminister Dr. Gürtner dem Einfluß dieser Leute unterlegen. Er, in seiner damaligen Eigenschaft als Oberregierungsrat im Justizministerium, ist am 14. März 1921 dem Staatsanwalt in den Arm gefallen; er hat bewirkt, daß die Mörder des Kellners Hartung — zum Teil identisch mit denen der Sandmeyer — nicht der verdienten Strafe zugeführt werden konnten. Es gibt in München Beamte genug, die in jenen schrecklichen Jahren sich Ehre und Anstand genug gewahrt haben, um das Gürtnersche Vorgehen in seiner ganzen Bedeutung begriffen zu haben. Ich kann der bayrischen Regierung die Namen nennen; sie sind übrigens aus den Akten ersichtlich.

Dieser Justizminister befindet sich seitdem in der Hand der Mörder bezw. ihrer Hintermänner. Sie sind jederzeit in der Lage, das Zustandekommen der damaligen „Interventionen" des Oberregierungsrats Gürtner zu enthüllen, den von dem gegenwärtigen Justizminister geleisteten Eid durch ihr Zeugnis wirksam zu ergänzen und damit den gegenwärtigen Justizminister wegen schwerster Verbrechen mit auf die Anklagebank zu bringen. Nur unter diesem Gesichtspunkt ist fü mich der Erlaß des bayrischen Justizministers vom 11. Juni d. Js. von Interesse. Er verstößt gegen Artikel 34 der Reichsverfassung und ist nicht erlassen, um gegen die Reichsverfassung zu verstoßen, sondern um ganz allgemein den bayrischen Justizbehörden den Wink zu geben, wie die „Berliner" Schritte zu beurteilen sind. Er ist die versteckte Intervention im Verfahren gegen Schweikart; ob es daneben noch verdeckte gibt, weiß ich nicht. Ein Resultat ist jedenfalls erreicht: die Freilassung des Schweikart.

Die kriminalistische Erledigung der in Bayern begangenen Morde ist allein die Aufgabe der bayrischen Behörden, die ihnen niemand verkümmern will, und um die sie selbst niemand beneidet. Der Beginn aber jeder kriminalistischen Erledigung wird immer sein müssen, den gegenwärtigen bayrischen Justizminister wegen seiner am 14. März 1921 begangenen Intervention zugunsten der Beurer, Neunzert, Berchhold, Bally, d. h. der Mörder des Hartung neben den Mördern auf die Anklagebank zu bringen, sei es nach § 346 StGB., sei es wegen schwererer Delikte.

Das Reichsbanner zur Frage des Waffengebrauchs.

WTB. meldet:

Am Sonntag fand in Magdeburg eine Reichskonferenz des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt. Außer dem gesamten Bundesvorstand nahmen Vertreter der 32 Gaue sowie Beauftragte der Parteivorstände des Zentrums, der Demokraten und der Sozialdemokraten teil. Gegenstand der Beratung war neben inneren organisatorischen Fragen das Ausmaß der Bewaffnung der verfassungsmäßigen Verbände. Nach ausgiebiger Aussprache stellte der Vorsitzende als Auffassung der Konferenz fest:

1. Der Vorstand wird beauftragt, die Reichsregierung um nochmalige Prüfung der Frage zu bitten, ob die geltenden Bestimmungen über Waffen und Waffenbesitz genügen, um den inneren Frieden zu sichern.

2. Eine Bewaffnung des Reichsbanners wird als verfassungswidrig nach wie vor abgelehnt.

3. Kameraden, die Kleinkaliber-Schießsport betreiben, haben darauf zu achten, daß dies im Rahmen der gesetzlichen und polizeilichen Vorschriften geschieht und die Richtlinien der obersten Sportbehörde für Kleinkaliber-Schießsport innegehalten werden.

Die Debatte über neue Parteigruppierungen

Von drei Seiten ist die Frage einer Neugruppierung der deutschen Parteien nach den Reichstagsferien ins Rollen gebracht worden. Von rechts her hat Herr Jarres mit dem ostpreußischen Baron Gayl zusammen Volkspartei und Deutschnationale zum Zusammenschluß in eine große Rechtspartei aufgefordert. Für die nach links neigenden Mittelparteiler hat Wirth seinen Aufruf zur republikanischen Sammlung an die Sozialdemokratie gerichtet. Zwischen beiden bemüht sich um eine festere Verbindung der heute regierenden mittelparteilichen Gruppe der Kreis der „Liberalen Vereinigung", dessen Ziel die Zusammenführung von Demokraten, Volkspartei und — Wirtschaftspartei zu einer liberalen Mittelpartei ist, die dann in der Vielfältigkeit ihrer schillernden Farbe ein mittelparteiliches Gegenstück zum Zentrum wäre.

In einigen Berliner Blätter wird neuerdings gelegentlich behauptet, daß nicht nur die bei Demokraten und Volkspartei abgehalfterte alte Garde um Schiffer und Dominicus auf eine solche neue Mischmaschgruppe hoffe, sondern daß auch Herr Koch und Herr Stresemann sich etwas dafür interessierten. Ganz unwahrscheinlich klingt das nicht, seitdem im Reichsministerium des Innern endlich die Pläne zur Verkleinerung der Wahlkreise zu reifen scheinen. Sowohl mancher rechtsstehende Demokrat ohne republikanischen Schwung wie mancher linksstehende Volksparteiler, der die „scharf" nationalen Trompetentöne infolge intellektueller Hemmungen nicht mehr fertig bringt, könnte dadurch seinen bisherigen sicheren Listenplatz verlieren. Die in Aussicht genommene Leitidee der neuen Mittelgruppe — der gute alter Liberalismus! — ist allerdings durch den in Frage kommenden dritten Mitgründer in den letzten Tagen gründlich kompromittiert worden. Die Wirtschaftspartei hält nämlich gerade in Görlitz ihren Parteitag ab und ihre „Führer" haben dabei dem wirtschaftlichen Liberalismus Worte gewidmet, die dieses historisch vor hundert Jahren einmal so fortschrittlich gewesene Gedankengebäude wohl endgültig als erledigt kennzeichnen — wenigstens außerhalb der Hausbesitzerkreise. Für Herrn Drewitz von der Wirtschaftspartei ist Liberalismus der Verzicht auf jede staatliche Sozialpolitik, aber ohne die Konsequenz des Verzichts auch auf staatliche Protektion der wirtschaftlich Starken durch Zölle usw. Die Möglichkeit einer Einigung zwischen den schwarz-rot-goldenen Demokraten und den schwarz-weiß-roten Volksparteilern sucht er gleichfalls vorzuzeichnen. Das Ergebnis seines Denkens hierüber war aber nur der tiefsinnige Satz, daß es mehr auf den Fahnenträger als auf die Fahne ankomme. Sein Parteifreund Dr. Bredt aber empfahl die schwarz-weiß-rote Handelsflagge mit der kleinen Gösch. Er sah nun immerhin ein, daß er damit keinen Republikaner gewinnen werde und wünschte daher die Eingliederung der Wirtschaftspartei in einen großen Rechtsblock.

Die Liberale Mittelpartei wird nicht zustandekommen, da ihr Liberalismus niemanden gewinnen, aber sowohl bisherige Wähler der Demokraten wie der Volkspartei abstoßen würde, selbst wenn er etwas geistvoller daher käme als bei der Wirtschaftspartei. Immerhin wird die Volkspartei, während ein Teil ihrer Führer, darunter der ehrenhafte alte Prof. Kahl, diese Fäden nach der linken Mitte spinnen, nicht reifer für das von Jarres empfohlene Aufgehen in einer großen Rechtspartei. Auch dieser würde es ja an jedem leitenden Gedanken fehlen, da der Antibolschewismus im Zeichen der russischen Wirtschaftsverträge doch höchstens noch für eine kurze Fürstenkampagne ausreicht und der Antisozialismus in der Zeit bürgerlicher Dauerregierungen im Reiche und schärfster Ausbeutung der Arbeiterschaft doch kaum noch neue Aufgaben hat. So werden neue Parteigründungen auch auf der Rechten kaum zu erwarten sein, und es bleibt die Frage übrig, ob sich aus diesen Diskussionen wenigstens neue Arbeitsgemeinschaften von Parteien entwickeln.

Die jammervolle Hilflosigkeit der Reichsregierung der mittelparteilichen bürgerlichen Minderheit befriedigt ja offensichtlich nicht einmal ihre eigenen Parteifreunde. Das Zentrum erklärt in seinem rechten wie in seinem linken Flügel, daß auf dieser Grundlage nicht weiter regiert werden könne. Die Volkspartei strebt zur Erweiterung der Reichsregierung nach rechts und die Demokraten erklären uns, ihre Minister seien unfähig, solange wir nicht neben ihnen in einer Koalition säßen. Ihre Presse

propagiert daher den Wirth'schen Gedanken der republikanischen Koalition, die aber bekanntlich im gegenwärtigen Reichstag keine Mehrheit hat, also einen Sinn nur bekommen kann, wenn sie gemeinsam für **Neuwahlen** kämpfen will. Wirth selbst hat bekanntlich mit keinem Wort ein Programm für solche Neuwahlen angedeutet. Darauf aber kommt es an. Auch der kritische Teil der Demokraten sieht das im Lauf der Debatte ein. So schreibt gestern die „Frankfurter Zeitung":

„Wenn wir von einer wirklich entschlossenen demokratisch-republikanischen Führung weiter als seit langem entfernt sind, wenn in der Justiz, in der Verwaltung, in der Personalpolitik kein Tag ohne Anlaß zu schweren Klagen abläuft, so trägt die Schuld daran im Entscheidenden nicht das Fehlen einer Verständigung unter den Parteien, sondern ganz einfach das **Versagen der zur Führung berufenen und für sie verantwortlichen Persönlichkeiten**. Daß die Herren **Marx** und **Külz**, von anderen zu schweigen, eine **Enttäuschung** sind bis zu dem Grade, daß sie sogar einmal eine **Gefahr** werden könnten, das pfeifen ja die Spatzen von den Dächern. Und darüber sind sich die entschiedenen Republikaner aller drei Weimarer Parteien wahrscheinlich ganz einig. Die Klarheit fehlt, wir wiederholen es, im Wirtschaftlichen: bei den Fragen der Wirtschafts-, der Zoll-, der Finanz-, der Sozialpolitik."

Das demokratische Blatt meint, daß auch jede einzelne der republikanischen Parteien in diesen Fragen Gelegenheitspolitik mache. Wir glauben das, ohne mit der Haltung unserer Reichstagsfraktion immer glücklich zu sein, für die Sozialdemokratie doch bestreiten zu dürfen. Soviel aber können wir zugeben: was heute sofort bei einem Regierungswechsel zugunsten der Linken geändert werden kann, nachdem die Zollpolitik aufs schlimmste verfahren, die Wirtschaftskrise auf höchste gestiegen ist, dafür liegt **kein fertiges Notprogramm** bereit. Wir fürchten, wenn es bereit läge, würden weder Herr Lammers und Herr Haslinde vom Zentrum noch Herr Dietrich und Herr Fischer-Köln von den Demokraten dafür zu haben sein. Die **Verschärfung der Klassengegensätze** nimmt ja in der ganzen Welt neuerdings so rasch zu, daß auch in England wie in Frankreich, in Polen wie in der Tschechoslowakei (von nichtdemokratischen Ländern gar nicht zu sprechen) die Zusammenarbeit von Arbeiterparteien mit bürgerlichen Politikern in die Brüche gegangen ist. Immerhin darf in einer Zeit so schwerer Tagessorgen, wie der heutigen in Deutschland, die Probe auf das Exempel nicht unterlassen werden, ob denn sachlich hinter Anregungen wie den Wirth'schen nicht doch mehr steckt als die (von einem andern Zentrumsmann, Herrn Prof. Dessauer bei dieser Gelegenheit aufgewärmte) alte Phrase von der Ueberwindung des Klassenkampfes, die in der heutigen Zeit wie **blutiger Hohn** klingt. Wir würden wünschen, daß unsere Reichstagsfraktion nach den Ferien den bürgerlichen Fraktionen der Mitte **ein knappes sachliches Programm dringendster Tagesforderungen** vorlegt. Dann wird sich **raschere Klärung** ergeben als bei einem allgemeinen Hin und Her über ein Zusammenarbeiten **ohne bekannten Inhalt**. —m.

Aus dem Reiche.

Der Reichspräsident hat sich entschlossen, seinen **Urlaub** erst Mitte August, also **nach der Verfassungsfeier**, anzutreten und sich an den am 11. August geplanten Feierlichkeiten zu beteiligen. Der Reichskanzler Dr. **Marx** wird seinen **Urlaub unterbrechen** und ebenfalls zur Verfassungsfeier in Berlin erscheinen.

Die nationalen „Volksopfer"-Schieber zum zweiten Male vor Gericht. Vor dem Dresdner Landgericht beginnt heute die Berufungsverhandlung in dem Prozeß gegen die beiden Geschäftsführer des „Sächsischen Volksopfers" Dr. Meißner und Hauptmann a. D. Löffler, die wegen Unterschlagung und Untreue zu vier bzw. zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden sind. Die beiden hatten bekanntlich aus diesem Volksopfer sehr erhebliche Summen für sich selbst verwendet, teils politisch rechtsstehenden Vereinen wie „**Stahlhelm**" — „**Darlehen**" gewährt, die **nie zurückbezahlt** wurden.

Retter Poincaré

O zarte Sehnsucht, süßes Hoffen,
Kehrt rück die Ruhrbesetzungszeit?
Das Auge sieht den Himmel offen,
Es schwelgt das Herz in neuem Streit:
O möge er zu Nutz und Frommen
Der völk'schen Sache wiederkommen!

Poincarés Massenbelastung — leichte Erholung des Franken.

Paris, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Abendblätter melden, daß die Poincaréschen Finanzentwürfe in ihren großen Linien fertiggestellt sind. Sie umfassen zehn Artikel und enthalten als Hauptbestandteil eine zum Teil sehr **starke Erhöhung der direkten und indirekten Steuern**. Was die Erhöhung der direkten Steuern anbelangt, so hat Poincaré beinahe in vollem Umfange die Vorschläge des Expertenberichts angenommen. Dieser sieht unter anderem eine Herabsetzung der Höchstgrenze der Einkommensteuer, eine Erhöhung der Mindestgrenze derselben von 8000 auf 10 000 Franken, aber demgegenüber eine Revision der einzelnen Einkommensteuersätze vor. Die Ausarbeitung der neuen indirekten Steuern wird dem Handelsminister **Bokanowski** übertragen.

Die ins Auge gefaßten indirekten Steuern umfassen in erster Linie eine Vereinheitlichung der **Warenumsatzsteuer** auf 2 Prozent, eine allgemeine Erhöhung der **Taxe auf Kolonialwaren**, eine **Erhöhung der Zollkoeffizienten** und nach Einholung des Einverständnisses des obersten Eisenbahnrates eine **Erhöhung der Eisenbahntarife** um 15 Prozent. Außerdem plant die Regierung einschneidende **Sparmaßnahmen in der Verwaltung** in Anlehnung an einen Bericht, den darüber seinerzeit der jetzige Minister Marin unter dem ersten Ministerium Poincaré 1914 ausgearbeitet hat. Poincaré wird außerdem von der Kammer das Recht verlangen, diese Sparmaßnahmen **auf dem Wege von Dekreten** vorzunehmen.

Dieses phantasielose und schematische Poincarésche Finanzprogramm hält sich eng an die reaktionären von seinem jetzigen Mitarbeiter Bokanowski so und so oft auf der Kammertribüne entwickelten finanzpolitischen Rezepte. Zweifellos werden die neuen Lasten, die Poincaré dem Lande abverlangt und die die Finanzkommission mehreren seiner Vorgänger hartnäckig verweigert hat, in der Kommission auf starken **Widerstand** besonders bei den sozialistischen Mitgliedern stoßen. Poincaré wird diesem Widerstand dadurch zu begegnen suchen, daß er am Dienstag in der Kammer für sein Finanzprogramm das gelegentlich der jüngst von der Kammer vorgenommenen Reform ihrer Geschäftsordnung eingeführte sogenannte **Dringlichkeitsverfahren** beantragen wird. Falls die Kammer mit Zweidrittelmehrheit ihm zustimmt, wird die Finanzkommission nur höchstens drei Tage zur Prüfung der Vorlage erhalte[n]. Diskussion im Plenum hat dann 24 Stunden nach Beendi[gung] dieser Prüfung zu erfolgen. Für die Debatte im Plenum [sieht] das neue Verfahren ebenfalls eine Reihe von Einschränkun[gen] wie die Beschränkung der Redezeit auf 15 Minuten, vor, so [daß] da die geschlossene Opposition in der Kammer auf Sozialisten [und] Kommunisten beschränkt bleibt, die Finanzvorlage aller [Vor]aussicht nach entsprechend dem Wunsche Poincarés in höch[stens] einer Woche verabschiedet sein dürfte.

* * *

Paris, 27. Juli. (Eigener Funkbericht.) Unter den heute in der Kammer vorgelegten **Interpellationen** befinden sich zwei **sozialistische** über [die] allgemeine Politik der Regierung und zwei weitere, ebenfalls [von] Sozialisten eingebrachte über die Maßregeln, die die Regier[ung] angesichts der in der letzten Zeit **enorm gestiegenen Br[ot]preise** zu ergreifen gedenkt. Poincaré wird jedoch den Sta[nd]punkt vertreten, daß die bevorstehende Beratung seiner Fina[nz]entwürfe den Interpellanten Gelegenheit geben wird, ihn ü[ber] die allgemeine Politik des Kabinetts zu befragen. Da er an [den] Vorschlag zur **Vertagung** der politischen Anfragen [die] Vertrauensfrage knüpfen wird, so besteht kein Zweifel darü[ber,] daß die gesamten bürgerlichen Parteien dafür zu haben [sein] werden. Dagegen werden aller Voraussicht nach nur die Soz[ia]listen und Kommunisten geschlossen stimmen. So wird [das] Kabinett **zum mindesten ein Anfangserfolg** beschie[den] sein: die Regierungserklärung wird mindestens mit 350 Stimm[en] gutgeheißen werden.

* * *

Die **Erholung des Franken** hat am Montag [an]gedauert. Das englische Pfund notierte offiziell 188,75, [der] Dollar 38,83, die Reichsmark 10,15. An der Nachbörse zogen a[ber] die ausländischen Devisen wieder leicht an. Die Regierung lä[ßt] das Gerücht, wonach diese Frankenhausse auf eine **Inter[]vention der Bank von Frankreich** unter Verwendu[ng] eines Teils des Restbestandes des Morgan-Fonds zurückzuführ[en] sei, energisch dementieren und erklären, daß die Hausse ein[zig] und allein durch **die gute Aufnahme, die da[s] Ministerium Poincaré an den Börsen im In- und Auslande** gefunden habe, zu erklären ist.

Die „Ochrana" des Oberst Nicolai.

Ein Urteil des Feldmarschalls v. Eichhorn.

Ueber den Oberst **Nicolai**, den Leiter der Nachrichte[n]abteilung (III B) des Großen Generalstabs, die während [des] Krieges zwar unendlich viel im Nachrichtendienste über die Stö[rungen] des Feindes versäumte, dafür aber um so eifriger war in [der] Spionenriecherei im Innern, hat der Generalfeldmarschall vo[n] **Eichhorn** bereits im Jahre 1915 ein bezeichnendes Urteil g[e]fällt. In einem Briefe, den „Der Jungdeutsche" im Faksimi[le] reproduziert, heißt es:

„III b habe ich auf dem Strich. Ich weiß noch einen ande[ren] Fall, wo die **elende Spionenriecherei** Unheil gestift[et] hat. Es ist so leicht, einen Menschen zu verleumden. Wer eine[n] Feind hat, der mag sich vorsehen. Er wendet sich an III b un[d] III b ist nur zu begierig, alles aufzugreifen. III b **wächst si[ch] zu einer russischen Ochrona aus**".

Der Mann aber, vor dem derselbe Heerführer schon i[m] Jahre 1915 eindringlich warnte, ist, so glaubt das „B. T." mi[t]teilen zu können, **heute noch eifrig im Reichswehr[]ministerium** auf Privatdienstvertrag tätig".

Alle nehmen „Stuvkamp-Salz")

und fühlen sich gesund, frisch und jugendlich. Nehmt Euch ein Beispiel an „Onkel Stuvkamp" dem ewig jungen. Jeden Morgen nüchtern eine Messerspitze voll

STUVKAMP-SALZ

in warmem Wasser sorgt für geregelte Verdauung und normalen Stoffwechsel. Schafft Euch die

STUVKAMP-LEBENSFREUDE

für 4 Pfennige pro Tag. Kauft noch heute ein Glas in der nächsten Apotheke oder Drogerie. Nur echt in geschlossener Originalpackung mit Aufsiegel. Rein deutsches Erzeugnis.

Generalvertretung: Prill & Brummer, Breslau 8, Mauritiusstraße 22, Fernsprecher Ring 8314

Jimmie Higgins.

(Roman von **Upton Sinclair**.)

Autorisierte Uebersetzung von **Hermynia zur Mühlen**.

4] (Nachdruck verboten.)

Sie erhoben sich und zahlten jeder dem Wirtschaftsbesitzer zehn Cents. Jimmie vermochte der Versuchung nicht zu widerstehen, seinen Helden vorzustellen und einem frommen Katholiken zu beweisen, daß ein Sozialistenführer weder Pferdehuf noch Hörner habe. Dem Kandidaten war es nichts Neues, zu ähnlichen Zwecken vorgestellt zu werden; er fand einige herzliche, aufrichtige Worte, deren er sich schon an die zehntausendmal bedient hatte, und die bewirkten, daß der fromme Katholik sich auf der Versammlung einzufinden versprach.

Sie verließen die Wirtschaft; aus Furcht, ein Mitglied des Komitees könnte die Hauptstraße entlang kommen, führte Jimmie seinen Gefährten in ein Nebengäßchen, und sie schritten an der Glasfabrik vorbei, von der bloß ein hoher Bretterzaun zu sehen war, über die Geleise der Atlantic-Western-Bahn, an der Teppichfabrik, einem hohen vierzehnstöckigen Ziegelkasten, entlang. Von da ab wurden die Holzschuppen spärlicher, unbebauter Boden erstreckte sich. Aschenhaufen ragten auf, und die ersten Bauernhöfe kamen in Sicht.

Der Kandidat hatte äußerst lange Beine, während die Jimmies so kurz waren, daß er schier laufen mußte, um Schritt zu halten. Die Sonne brannte auf die beiden nieder, Schweißtropfen rannen unter des Kandidaten Strohhut hervor, auf den Kragen, der sich erweichte, herab; er zog den Rock aus, hing ihn über den Arm und ging noch schneller als zuvor. Jimmie rannte neben ihm her, wagte kein Wort, denn er erriet, daß der Kandidat über die Weltkatastrophe nachdenke, über die Millionen junger Männer, die zur Schlachtbank marschierten. Auf den Plakaten, die Jimmie in Leesville verteilt hatte, waren zwei Strophen abgedruckt, die Amerikas Lieblingsdichter geschrieben hatte:

„Das gütigste Herz, das zwischen uns
und dem Himmel je geschlagen."

So schritten sie etwa eine Stunde dahin, und nun befanden sie sich tatsächlich auf dem Lande. Sie erreichten eine Brücke, die über den See führte. Der Kandidat blieb plötzlich stehen, blickte in das Wasser und nach den grünen Wiesen und großen Weiden, auf denen Kühe grasten. „Das schön' es [illegible] zu sein," meinte er, „steigen wir zum Fluß hinunter." Sie kletterten über einen Zaun, [illegible] der seit einer Biegung die Straße [illegible]

Sie setzten sich ans Ufer, wischten den Schweiß von Stirne und Nacken und starrten in die schimmernden Fluten. Der Fluß war nicht gerade kristallhell; dies Wunder zu vollbringen, wenn sich auf alle zehn Meilen am Flußufer eine Stadt befindet, aus deren Fabriken alle Chemikalien in das Wasser strömen, geht selbst über die Kräfte der Mutter Natur. Doch kann ein Fluß gar nicht so schmutzig sein, um nach einem Viermeilenspaziergang nicht verlockend anzumuten. Der Kandidat wandte sich Jimmie zu und fragte schier übermütig: „Genosse Higgins, sind Sie je im Freien geschwommen,"

„Freilich."

„Wo?"

„Ueberall, ich habe zehn Jahre lang auf der Landstraße gelebt — bis ich heiratete."

„Nun," meinte der Kandidat lächelnd, „haben Sie Lust?"

„Natürlich."

Jimmie war schier außer sich vor Ehrfurcht und Freude über die gütige Kameradschaftlichkeit, die ihm der Held seiner Träume erwies. Bisher war dieser Mann für ihn reiner Geist gewesen, die Quelle proletarischer Inspiration, ein übernatürliches Wesen, das, durchs Land ziehend, von Rednertribünen aus die Seele der Menge beherrschte. Niemals hatte Jimmie daran gedacht, der große Mann könne einen nackten Körper haben und munter im kühlen Wasser plätschern, wie ein Knabe, der die Schule geschwänzt hat.

Sie schritten, nun etwas langsameren Schrittes, zur Stadt zurück. Der Kandidat fragte Jimmie nach seinem Leben, und Jimmie erzählte die Lebensgeschichte eines Sozialisten — nicht die eines Führers, eines „Intellektuellen", sondern die eines „Gemeinen".

Jimmies Vater war ein beschäftigungsloser Arbeiter gewesen, der die Familie verlassen hatte, ehe Jimmie zur Welt kam; seine Mutter war nach drei Jahren gestorben; er entsann sich ihrer nicht mehr, auch nicht der ausländischen Sprache, die sie geredet; er wußte nicht einmal, was für eine Sprache es war. Die Gemeinde hatte ihn übernommen und einer Pflegerin übergeben, die acht unglückliche kleine Würmer verpflegte, die sie mit Wassersuppe fütterte und denen sie nicht einmal im Winter Bettdecken gab. Dies klinge vielleicht recht unwahrscheinlich —

„Ich kenne Amerika", warf der Kandidat ein.

Jimmie erzählte weiter. Mit neun Jahren war er zu einem Holzfäller gekommen, der ihn sechzehn Stunden am Tage zu arbeiten zwang und ihn [illegible]. Jimmie war [illegible] Zehn Jahre lang hatte er als Gassenjunge in den Städten und als Landstreicher gelebt.

Er hatte allerlei über Maschinen gelernt, in einer Garage ge[]arbeitet und schließlich, zu einer Zeit, da Not am Mann war, eine Stelle in der „Empire-Maschinenfabrik" bekommen. Er war in Leesville geblieben, weil er dort geheiratet hatte; seine Frau hatte er in einem Bordell kennengelernt; sie wollte diese Art Leben verlassen, und so beschlossen sie, es zusammen zu versuchen.

„Ich würde das nicht jedem erzählen," sagte Jimmie, „die meisten könnten es nicht verstehen. Sie aber dürfen es wissen."

„Danke", entgegnete der Kandidat, und legte die Hand auf Jimmies Schulter. „Erzählen Sie mir, wie Sie Sozialist geworden sind."

Das sei ganz von selbst gekommen, lautete die Antwort. In der Fabrik arbeitete ein Bursche, der unentwegt politisierte. Jimmie hatte ihn zuerst ausgelacht; sein Leben hatte ihn mißtrauisch gemacht; jegliche Politik schien ihm bloß eine neue Möglichkeit, einen weißeren Kragen zu tragen und von den Arbeitern leben zu können. Doch war der Bursche immer wieder auf das gleiche Thema zurückgekommen, und als Jimmie für etliche Monate arbeitslos wurde, und die Familie hungern mußte, fand er zum Nachdenken Zeit. Der Bursche kam ihn besuchen, brachte Flugblätter mit. Jimmie las sie und erkannte: hier ist eine Bewegung seiner Mitproletarier, um ihrem Elend ein Ende zu machen.

„Wie lange ist das her?" fragte der Kandidat.

„Drei Jahre."

„Und Sie haben Ihre Begeisterung noch nicht verloren?" Diese Frage klang so eindringlich, daß Jimmie verblüfft wurde.

Nein, entgegnete er, dies sei nicht seine Art. Was auch immer geschieht, er werde weiter arbeiten für die Befreiung des Proletariats. Er wird vielleicht den neuen Tag nicht mehr erleben, doch werden seine Kinder ihn sehen, und jedermann ist bereit, wie ein Pferd für seine Kinder zu arbeiten.

Sie erreichten die Stadt, und der Kandidat drückte herzlich Jimmies Hand.

„Ich möchte Ihnen sagen, Genosse, wie gut mir dieser kleine Ausflug tat. Ich schulde Ihnen viel Dank."

„Wie?"

„Sie haben mir neue Hoffnung und neuen Mut gegeben, zu einer Zeit, da mir dies äußerst nottat. Ich kam frühmorgens in diese Stadt und wollte mich ausschlafen, doch ließ mir das Entsetzliche, das in Europa geschieht, keine Ruhe. Ich sandte ein Dutzend Telegramme ab und wagte nicht, in mein Hotelzimmer zurückzukehren. Jetzt aber ist mir von neuem klar geworden, daß unsere Bewegung zu tiefst im Herzen des Volkes wurzelt."

(Fortsetzung folgt.)

Sozialistische Wohnungspolitik in Wien.

Von Hugo Breitner.

Der viel angefeindete sozialdemokratische Leiter der Wiener kommunalen Finanzpolitik legt hier dar, was in einer seit Jahren von einer sozialdemokratischen Mehrheit geleiteten Großgemeinde (die zugleich österreichisches „Land" ist) für die Lösung der Wohnungsfrage geleistet werden konnte. Red.

Die festgefügte sozialdemokratische Mehrheit im Wiener Rathaus hat es uns ermöglicht, in sehr großem Stil sozialistische Politik zu treiben. Gestützt auf eine einige Arbeiterklasse, gestützt auf eine stetig wachsende Mehrheit im Rathaus (nach der Revolution 60 Prozent, jetzt 65 Prozent), konnten wir das Kapital in seinem konservativsten und fest verankertsten Punkte angreifen, beim Grund und Boden.

Das Entscheidende und grundsätzlich Neue in der Politik der Stadt Wien ist der Versuch, in sehr großem Stil Wohnung und Obdach durch die Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Die Wohnungspolitik Wiens ist im echtesten Sinn sozialistisch und konnte nur von Sozialisten durchgeführt werden. Denn das Bürgertum ist unter Umständen zu allerlei Reformen bereit, aber auch das fortgeschrittenste Bürgertum ist unfähig und nicht willens, das Monopol des Haus- und Grundbesitzes anzutasten.

Wien hat den Mieterschutz von Kriegszeiten her gehalten. Die Wirkung war, daß die Miete jetzt nur mehr 2 Prozent der Friedensmiete beträgt für zum Teil sehr gute Wohnungen, während man heute in Deutschland 104 Prozent Friedensmiete zahlt, ohne daß ein Ende des Steigens der deutschen Mieten abzusehen ist. Vor dem Kriege verschlang die Miete etwa ein Viertel des Einkommens der Arbeiter bei schlechten Wohnungen.

Die bürgerliche Regierung Deutsch-Oesterreichs versucht durch ein Gesetz, den Mieterschutz der Stadt Wien zu zerbrechen. Der letzte Vorschlag der Regierung lautet auf 28 Prozent der Friedensmiete für die nächsten 2 Jahre, dann Aufhören jeder Begrenzung. Für uns ist dieser Vorschlag völlig und gänzlich unannehmbar, völlig undiskutabel. Die Sozialdemokratie führt keine Erörterungen über dieses Gesetz und läßt keine Erörterungen zu. Die Sozialdemokratie würde eine Aenderung des jetzigen gesetzlichen Zustandes mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, verhindern.

Wir haben die Enteignung des Hausherrn durchgeführt, weil sich die sozialistische Forderung, daß Grund und Boden Eigentum der Allgemeinheit sei, mit den wirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutsch-Oesterreichs deckt. Deutsch-Oesterreich muß die Hälfte seiner Nahrungsmittel und den größten Teil seiner industriellen Rohstoffe auf dem Weltmarkt kaufen und dazu ein Aufgeld für den Bahntransport bezahlen, da Oesterreich ungünstig gelegen ist. Auch für den Export steht kein Wasserweg zur Verfügung. Deutsch-Oesterreich muß also mit Exportländern konkurrieren, die unter weit günstigeren Bedingungen produzieren.

Um daher konkurrenzfähig zu bleiben, müßte man die Löhne herabsetzen. Das ist jedoch absolut unmöglich, da die Löhne der österreichischen Arbeiter schon im Frieden hinter den Löhnen anderer Industriestaaten weit zurückgeblieben waren. Man kann nicht die Arbeitsfreudigkeit der Arbeiterschaft vernichten oder gar die Arbeiter unter das Existenzminimum herunterdrücken.

Aber eines war möglich. Man konnte aus den Produktionskosten der Arbeit die Wohnungsausgaben streichen. Nun kann man nicht mehr zurück, denn das Lohnniveau hat sich diesem Zustand angepaßt. Die Aufhebung des Mieterschutzes würde die Exportindustrie in ihrer Existenzgrundlage gefährden und die Lebenshaltung der Arbeiter nicht mehr menschenwürdig werden lassen. Deshalb halten wir am Mieterschutz fest und überlassen die Häuser nicht mehr der Privatspekulation.

Wir bauen aus laufenden Steuermitteln und nicht auf Anleihen, weil wir die Mieten nicht durch Zinsen und Amortisation der Anleihen vergrößern wollen. Bei den heutigen Kapitalzinsen und den gesteigerten Baukosten wäre eine Miete von 150 Prozent der Friedensmiete notwendig. Die niedrigen Mieten der neuen Häuser sind gleich niedrig wie die Mieten in den alten Häusern. Unsere Wohnungen sind so sehr billig, weil wir sie aus laufenden Steuern erbauen. Die Wohnbausteuer beträgt im Höchstfall für Wohnungen 42 Prozent der Friedensmiete, für Geschäfte nur 15 Prozent. Diese Steuer ist jedoch für Arbeiterwohnungen ganz niedrig gehalten.

Eine Proletarierwohnung mit 2 Zimmern und Küche kostet im Durchschnitt 8 Mark im Monat. Vom 1. Januar 1924 bis Ende 1927 werden wir 25 000 neue Wohnungen fertiggestellt haben. Dann werden wir sogleich 5000 neue Wohnungen in Angriff nehmen. Darauf werden wir — unterdessen sind Neuwahlen — ein neues Programm aufstellen.

Wir betrachten den Wohnbau als städtische Angelegenheit, während andere Gemeinden nur die Versorgung der Gemeindeangehörigen mit Gas, Elektrizität und Wasser und einiger Wohlfahrtspflege für nötig halten. Dabei liefert Wien Wasser, Gas, Elektrizität weit billiger als irgend eine andere Stadt der Welt, da die Stadt nichts dabei erübrigen will.

Der Wert der alten Häuser beträgt gegenwärtig nur 10 bis 15 Prozent des Vorkriegswertes. Die Grundstücke haben heute 10—20 Prozent ihres Friedenswertes. Die Gemeinde benutzt diese Lage, um Häuser und Grundstücke billig aufzukaufen. Ein Viertel des Baubodens ist heute schon in der Hand der Gemeinde. Diese Entwicklung wird dahin führen, daß Wien einst der einzige Haus- und Grundbesitzer sein wird.

Die Stadt gewährt ein gewisses Entgegenkommen denjenigen Hausbesitzern, insbesondere alten Leuten, die ihre Häuser an die Stadt verkaufen wollen. Diese alten Leute erhalten eine Rente, die etwas höher ist, als die Zinsen der Verkaufssumme des Hauses am freien Markt. Damit wird die Zahl der unzufriedenen Hausbesitzer gemindert. Schon jetzt ist die Gemeinde Wien der größte Hausbesitzer und wird am Ende 1927 über 30 000 bis 35 000 Wohnungen verfügen.

Die Gemeinde gibt jedoch nicht bloß Obdach im größten Stil — dies wäre schon viel gewesen. Wien hat vielmehr auch auf dem Gebiet der Wohnkultur große Fortschritte gemacht. Die neugeschaffenen Wohnungen sind schön und sonnig, haben fast sämtlich Balkons oder Erker; in allen neugebauten Wohnungen liegt das Klosett in der geschlossenen Wohnung. Früher waren 95 Prozent der Wohnungen in Wien ohne eigenes, abgeschlossenes Klosett. Jeder Raum in den neugebauten Häusern ist direkt belichtet. Gangküchen oder gar Gangwohnungen gibt es nicht mehr in den neuen Häusern. Gas und elektrisches Licht sind überall vorhanden; sie sind nicht nur das Privileg der Besitzenden, während früher Petroleum für Arbeiter gut genug war. Jede Wohnung hat eine eigene Wasserleitung, während früher sich zu zehn Parteien darin teilen mußten. Wien hat auch mit dem Prinzip der Bodenspekulanten aufgeräumt, die zu wenig Raum für Höfe ließen, um den Boden aufs äußerste auszunutzen. Die Gemeinde Wien verbaut nur 40 bis 50 Prozent des Grundes.

Die zahlreichen Wohnblöcke, die je mehrere Hundert Ein- bis Drei-Zimmerwohnungen für Arbeiterfamilien enthalten, sind eine Sehenswürdigkeit Wiens geworden. Ihre Namen, wie Lassallehof, Viktor-Adlerhof usw. deuten auf den sozialistischen Ursprung hin. Alle diese Wohnblöcke haben Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, verfügen über Bäder, Kindergärten, zentrale Waschküchenanlage usw, sind also Volkswohnungsbauten im besten Sinn und nicht dem Profit der Hausbesitzer, sondern der Wohlfahrt der Mieter gewidmet.

Ein Stamm von bald 25 000 Wohnungen ist da, und wie immer der Ausgang unserer Kämpfe sein wird, das Niveau der Arbeiterwohnung ist jedenfalls gehoben. Das Wohnbedürfnis des Arbeiters ist gesteigert worden. Früher hatte der Arbeiter das Bedürfnis zu essen und zu trinken, sich Sonntags gut zu kleiden und besseren oder schlechteren Vergnügungen nachzugehen. In Bezug auf das Wohnen war der Durchschnittsarbeiter abgestumpft. Die Wohnungen waren unwürdig. Bettgänger (Schlafburschen sagt man in Deutschland dazu) waren in Wien in allen Arbeiterwohnungen absolut selbstverständlich.

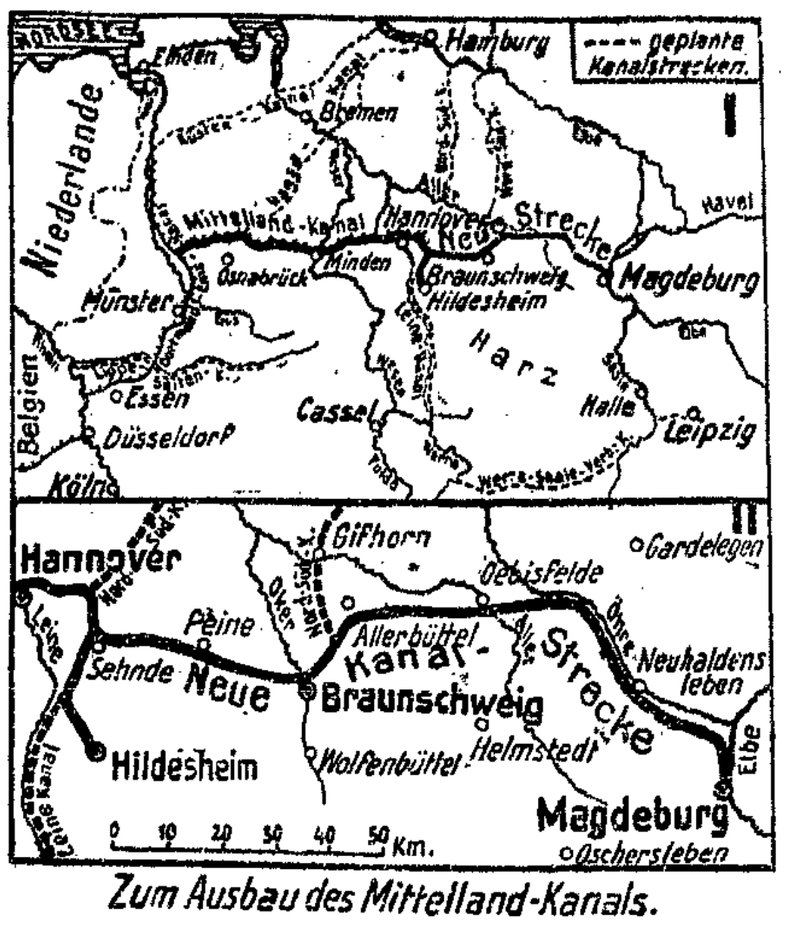
Früher beherrschte die Sorge um die Miete alles Sinnen und Trachten jeder Arbeiterfamilie, denn der Hausherr war in jedem Augenblick in der Lage, zu kündigen, und der Umzug war sehr teuer. Es bestand deshalb ein Sklavensinn der Hausbewohner gegenüber dem Wiener Haustyrannen, der eine ungeheuere Machtfülle hatte, weil er seine Mieter jederzeit auf die Gasse setzen konnte.

Von den 43 000 Häusern in Wien ist während der Inflation etwa ein Drittel in den Besitz ausländischer Spekulanten übergegangen. Ein weiterer erheblicher Teil der Häuser gehört öffentlichen Körperschaften. Individuelle Hausbesitzer sind nur etwa 15—20 000 vorhanden, die vielfach als Ladeninhaber, Gastwirte usw. von den außergewöhnlich niedrigen Ladenmieten einen Nutzen ziehen, der ihren Verlust als Hausbesitzer einigermaßen ausgleicht. Die meisten Hausbesitzer haben sich heute längst von den Häusern getrennt, da sie seit 1922 keine Miete mehr bekommen haben.

Demgegenüber gibt es in Wien etwa 650 000 Familienhaushalte, die mit all ihren Angehörigen Nutznießer des Mieterschutzes und der niedrigen Mieten sind.

Die Wiener Arbeiterschaft hat begonnen, die Früchte ihrer Einigkeit zu ernten. Kein Wunder, daß wir in Wien 300 000 organisierte Genossen und Genossinnen zählen, die angesichts der handgreiflichen Erfolge sozialdemokratischer Aufbauarbeit mit ganzer Seele unserer Bewegung dienen.

Der neue Kanalbau.



Zum Ausbau des Mittelland-Kanals.

Um der Lösung des immer kritischer werdenden Arbeitslosenproblems endlich energisch näher zu treten, sind von der Reichsregierung eine Reihe größerer Arbeiten bewilligt und in Angriff genommen worden. Unter diesen größeren Aufgaben steht an erster Stelle der Ausbau der noch nicht fertigen Teile des Mittellandkanals. Diese Wasserstraße, die nach ihrer Fertigstellung Schiffe bis zu 1000 Tonnen von Deutschlands Westen nach dem Osten führen wird, führt vom Dortmund-Ems-Kanal bei Bevergern über Minden, Hannover, Braunschweig, Oebisfelde und Neuhaldensleben nach Magdeburg, um von hier weiter durch Ausbau des Ihle-, Plauer- und Oder-Spree-Kanals die Schiffsverbindung mit der Oder herzustellen. Osnabrück, Linden, Hildesheim und Braunschweig werden durch zwei Kanäle angeschlossen. Von Magdeburg aus soll unter Benutzung der Elbe und Saale eine Verbindung gebaut werden, die Halle und durch den Bau des Elster-Saale-Kanals auch Leipzig zu einem wichtigen Binnenhafenplatz machen soll. Vom Mittellandkanal sollen weitere geplante Kanäle nach Norden und Süden gehen, so der Küstenkanal, der Hansakanal nach Hamburg und der Nord-Südkanal. Unsere Karten zeigen in ihrem oberen Teil eine (I) Uebersicht des gesamten Kanals und seiner vorgesehenen Nebenstrecken, im unteren Teil (II) eine Skizze des jetzt in Angriff genommenen östlichen Teils des Kanals.

Zu der Spionage-Affäre in Polen.

Anläßlich der Aufdeckung von Spionageorganisationen in ukrainischen Kreisen erklärt der Pilsudski nahestehende Warschauer „Glos Prawdy", es sei Unsinn, solche Vorfälle als Aktion einzelner Nationalitäten — der ukrainischen oder der deutschen — darzustellen. Die Spionage werde von Generalstäben geführt, die sich dazu den nötigen Apparat zusammensuchen; aber es sei zwecklos, darin Symptome von Massenirredenta der deutschen oder ukrainischen Nationalität zu suchen. Das genannte Blatt veröffentlicht weitere Einzelheiten über die Affäre selbst. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Organisation noch auf den ukrainischen Putsch zurückgeht, den beim Zusammenbruch Oesterreichs und unter Beihilfe österreichischer Zivil- und Militärorganisationen die Ukrainer in Ostgalizien Szene gesetzt haben. Unter der Leitung des Generals Konowales, eines ehemaligen österreichischen Offiziers, und seines Gehilfen, des Oberstleutnants Kuczalski, hat sich bei der Liquidierung des Putsches durch Polen die geheime militärische Organisation U. W. C. gebildet. Der Kern besteht aus Mitgliedern der ehemaligen ukrainischen Legion oder Abteilungen, die in der Nachahmung der polnischen Legion bei der österreichischen Armee bestanden. Konowales, Kuczalski und sein Stab waren nach dem Putsch in die Tschechoslowakei gegangen. Ihre Organisation zwang bei den Sejmwahlen durch Terror die Ruthenen in Ostgalizien zur Wahlenthaltung.

Ein Kulturkampf in Mexiko.

Präsident Calles, einst von den radikalen Landaufteilern auf den Präsidentensitz gehoben, unternimmt es, trotz aller Anfeindungen seiner Gegner von innen und außen, ein weitgehendes Reform-Programm durchzuführen. Dabei ist er in einen Konflikt mit der katholischen Kirche geraten, die in Mexiko eine Großmacht ist. Die Republik hat zwar alle Klöster, mehr als 1200 an der Zahl, geräumt, sie hat die Kirche als private Einrichtung aber weiter bestehen lassen. Die leidenschaftliche Frömmigkeit der Gläubigen hat durch die Trennung von Staat und Kirche nicht gelitten. Die Besitzenden spenden freiwillig große Mittel für die Zwecke der Kirche.

Armselige Indianernester besitzen 10 und 15 prunkende Kirchen mit unschätzbaren Kunstwerken. Die größeren Städte haben bis zu 60 und 80 Kirchen, die ständig geöffnet und stets mit betenden Einwohnern gefüllt sind.

In einem Hirtenbrief fordert die Geistlichkeit weiter die katholischen Eltern auf, ihre Kinder nicht in die Schule zu schicken, da durch den Fortfall des Religionsunterrichtes ihr Glauben und ihre guten Sitten in Gefahr seien. Vom 31. Juli ab sollen alle religiösen Handlungen, bei denen die Teilnahme von Geistlichen erforderlich ist, unterbleiben, was also den Beginn eines regelrechten Kirchenstreiks bedeutet. Zwar werden die Kirchen nicht geschlossen, aber es werden keine Messen mehr gelesen und es findet keinerlei Gottesdienst statt.

Nochmalige Hinausschiebung eines Justizmordes in Amerika. In Boston sind vor vier Jahren die beiden italienischen Syndikalisten Sacco und Vanzetti wegen eines bei Streikunruhen in Boston vorgekommenen Mordes mit Hilfe eines unhaltbaren, künstlich zurechtgemachten Indizienbeweises zum Tode verurteilt worden. Das Urteil ist trotz des Einspruches in allen Instanzen bestätigt worden und einzig der Gouverneur des Staates Massachusetts hat das Begnadigungsrecht. Gegen die Vollstreckung des Urteils hatten Arbeiterorganisationen der ganzen Welt Protest erhoben; Reichstagspräsident Genosse Löbe hatte sich unter anderen direkt telegraphisch an den Gouverneur von Massachusetts gewandt. Nach einer Newyorker Meldung ist die Urteilsvollstreckung gestern wieder bis zum September hinausgeschoben worden, da der zuständige Richter erkrankt ist.

Familien-Anzeigen

Zentralverband der Hotel-, Restaurant- u. Café-Angestellten.

Am 24. Juli verschied nach schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, die Frau unseres Kassierers **Starosta**

Frau Helene Starosta, geb. Kohax

im Alter von 56 Jahren. 2672

Ein dauerndes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder des Zweigvereins Breslau.

Beerdigung: Heute Dienstag, nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle II, Oswitz, Tor 6, Erlöser-Friedhof.

Begräbniskasse G. W. O.

Unser Mitglied

Herr August Bartsch

ist gestorben. 505

Ehre seinem Andenken!

Beerdigung: Mittwoch, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle in Cosel.

Bei Vergebung von

Drucksachen

berücksichtigen Industrie und Handel, Kommunal- u. Staatsbehörden, Parteivereine, Gewerkschaften, Krankenkassen, Arbeiter-Sport- und Vergnügungs-Vereine die Buchdruckerei der

Volkswacht

Breslau 2, Flurstraße Nr. 4-6

BUFRI-FILMTHEATER

Konzerthaus im großen, kühlen Saal

Unwiderruflich 12859

nur bis Donnerstag verlängert!

Das alte Gesetz

mit **Henny Porten** u. **Ernst Deutsch.**

Anfang präzise 4½, 6½, 8½ Uhr.

Voranzeige! Ab Freitag:

Napoleon u. Josephine.

„Schweizerhof", Morgenau (Kl. Lunapark)

Morgen Mittwoch: 503

Großes Kinderfreudenfest unter persönl. Leitung des Onkel Drolly

Gr. Gartenkonzert, Kinderbelust., Feuerwerk, Ballonaufstieg.

Anfang 4 Uhr! Eintritt frei!

Von aufgel. Geschäft einige Gabardine-Anzüge 29 Mk., Breeches-hosen 4.50, Stoffhosen 3.50 Mk. verkauft Viktoriastraße 14, 2. Etg., l.

Fahrräder

Gummi :: Zubehör verkauft billig

Geier

Freiburger Str. 16 4267

Inserate erzielen in der „Volkswacht" den größten Erfolg

Die „Frauenwelt" den Frauen

Zum Lesen, Denken und Schauen

„Frauenwelt"

Eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes.

Preis 30 Pf.

Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern.

Ich schmecke gut mache satt und bin nicht teuer

Sechs Teller feiner Suppe in den Sorten: Erbs fein, Erbs mit Speck, Erbs mit Reis, Blumenkohl, Spargel, Grünkern, Tomaten, Pilz, Ochsenschwanz, Krebs, Teigwaren ergebe ich, nur 20 Min. in Wasser gekocht, ohne alle Zutaten, denn diese vereinige ich alle in mir. Jeder Kaufmann hat mich.

Knorr

Suppen in Wurstform

Breslauer Hallenschwimmbad

4268

I. Breslauer Inhalatorium

Inhalation von Säuregasen nach Prof. Dr v Kappf bei Katarrhen der Luftwege, Asthma, Grippe usw.

Neu eingerichtet! Aerztlich empfohlen!

Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr

Schauspielhaus.

Operettenbühne. 12851

Tel. Stephan 37 460.

Täglich 8 Uhr:

„Donnerwetter — Ganz famos"

Habe meine Praxis wieder aufgenommen

4285 Sanitätsrat

Dr. Ferdinand Fuchs

Facharzt für Harn-, Blasen- u. Geschlechtskrankheit.

Gartenstr. 89

Billigste elegante 12856

Frack- u. Rock-Anzüge

Herm. Mohaupt

Karlstraße 1, I. Tel. N. 1301 früher Albrechtstraße.

Schnürsenkel, 2—10 Pf., **Lippert,** Heinrichstr. 16. 12846

Wollserge

Meter 1.40 bis 3.00 Mark.

Zwischenfutter Meter 35 Pf.

Mais-Schnürriemen 100 Paar, 100 cm, 2.50, 3.30, 3.50, 4.00, 5.00 u. 8.00 Mk.

Wäschekopse, Dtzd. 5—12 Pf.

Händler, Schneider sucht **Lippert, Heinrichstr. 16.**

Schnell kommt der Schlaf durch Hennigson's

Schlummer-Tee

„Asfan" Paket 1.50 Mk. Ein wundervolles Naturgetränk für alle Schlaflosen, Nervösen und Ueberanstrengten.

Apotheke zur Hygiea Tauentzienstr., Ecke Gründr. Goethe-Apotheke, Matthiasstr. 126 Humboldt-Apotheke, Höfchenstr. 74 Reichsmarkt-Apotheke, Ring 44 und in allen Apotheken. 12857

Morgen Mittwoch:

ca. 1000 Stück Fabrikreste

Möbel-Kattune,

geblumte 12858

Bett-Kattune,

bedruckte

Kleider- und Schürzen-Satins

und bunte

Schürzen-Kretonne

in Längen von 80 cm bis 1½ Meter, bis zu den schönsten und besten Qualitäten, teilweise mit kleinen Druckfehlern

durchweg Meter **62** Pf.

Messow & Waldschmidt G.m.b.H. Breslau

Wie fühlen Sie sich?

Wenn man jeden Morgen eine kleine Dosis Kruschen-Salz nimmt, so fühlt man sich immer wohl, erfreut sich bester Gesundheit und voller Lebensfreude. Kruschen-Salz erfrischt die inneren Organe (Leber, Nieren und Magen), so daß der Stoffwechsel immer gut funktionieren kann, und Schlacken und überflüssige wässerige Massen den Körper auf natürliche Weise verlassen.

Kruschen-Salz ist deshalb von allerbester Einwirkung auf Gesundheit und Wohlbefinden und auch von großem Einfluß auf das körperliche Normalgewicht.

In Apotheken und Drogerien M. 3.— pro Glas, für 3 Monate ausreichend

BEUTHIEN & SCHULTZ G. M. B. H., BERLIN N 39, PANKSTRASSE 13—14

Fabriklager: Heinrich Weber, Breslau, Ring 8, Fernruf: Ohle 6525.

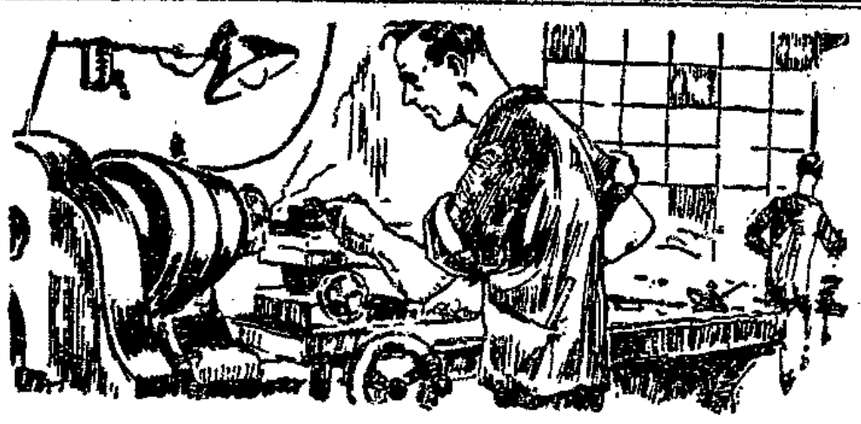
Genosse Emil Felden

spricht

Hunderttausenden aus dem Herzen, aber noch viel zu wenig werden von den klassenbewußten Arbeitern seine schönen Romane gelesen.

Der Roman „Albert Reinkings Höhenflug", ein Buch von über 400 engbedruckten Seiten, kostet dabei nur 1.00 Mk., solange in der Volkswacht-Buchhandlung, mod. Antiquariat, vorhanden.

(Auswärts zuzüglich 30 Pf. Porto bei Voreinsendung).



Während der Arbeit

sind Wrigley P. K.-Kau-Bonbons von hervorragender Wirkung. Sie beruhigen die Nerven, beseitigen das Durstgefühl und geben stundenlang einen erfrischenden Wohlgeschmack.

Ein vorzüglicher Ersatz in Räumen, in denen das Rauchen nicht zulässig.

Als ein erprobtes Mittel zur gründlichen Reinigung und zur Erhaltung der Zähne werden Wrigley P. K.-Kau-Bonbons von Aerzten und Zahnärzten vielfach empfohlen.

Das kleine Päckchen, das nur 10 Pf. kostet, lässt sich bequem in der Westentasche tragen G.F.5

Päckchen = 4 Stück = 10 Pf. Ueberall erhältlich!

WRIGLEY

KAU-BONBONS

P.K.

WRIGLEY-AKTIEN-GESELLSCHAFT, FRANKFURT A. M.

Herr Buchhändler!! Was Spannendes!!!

Ja, bitte!

Elbestadt

Kriminal-Romane!

Sehr spannend und doch auch wertvoll!

Das Orchester der Madame Fournier. (284 Seiten.)
Der vierte Mann. (245 Seiten.)
Tausend Eisen im Feuer. (267 Seiten.)
Der Tod kehrt im Hotel ein. (268 Seiten.)
Lizzie. (307 Seiten.)
Der eiserne Wagen. (227 Seiten.)
Montrose. (207 Seiten.)
Der kleine Blaue. (245 Seiten.)

Jeder Band (halbleinen gebunden)

2.50 Mk.

Auswärts zuzüglich 30 Pf. Porto pro Band

Volkswacht-Buchhandlungen

Neue Graupenstraße 3 • Neue Taschenstraße 11

Wohnungen

Junger Mann sucht **kl. möbl. Zimmer** eig. Wäsch. mögl., b. 18 M. mon. Off. u. M. 335 Geschf. d. Ztg.

Leerzimmer

mit Kochgelegenheit,

im Zentrum

für Brautpaar (Parteigenosse) per Bett gesucht bis 25 Mk. monatlich. Offerten unt. 1445 an Volkswacht-Buchhandlung, Neue Graupenstr. 5. 1445

Arbeitsmarkt

Schmiede-lehrling

kann sich melden. 1447

Mosat, Breslauer Straße 221

In der „Volkswacht" haben **Stellen-Angebote** trotzdem hier gleichen Verwendung in Kaufmännischen Berufen keinen Erfolg

---

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Hübner, für die Anzeigen: Max Gelbe. — Druck: Buchdruckerei A. Z. — Verlag: Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 27. Juli.

Der Benderplatz

der schon so oft der Schauplatz mächtiger Demonstrationen und großer Kundgebungen gewesen ist, der in seiner Mitte schon die verschiedensten Riesenzelte großer Wanderzirkusse beherbergt hat, steht kurz vor seiner Vollendung in eine prächtige Grünanlage.

Der öde freie Platz, um den sich die zahlreichen, schattenspendenden Laubbäume gruppieren, ist in eine große, saftige Rasenfläche verwandelt worden, die nur durch nach allen Richtungen kreuzende Wege unterbrochen wird. Stellenweise ist allerdings der Rasen erst frisch gesät, so daß noch eine Zeit vergehen wird, ehe die Anlage in ihrer ganzen Vollständigkeit prangen wird. Inmitten des saftigen Grüns ist ein Kinderspielplatz angelegt worden und in den aufgestellten drei Sandkästen „arbeitet" schon eine unzählige Kinderschar. Für die beaufsichtigenden Eltern bieten eine Anzahl neu aufgestellter Bänke reichlich Sitzgelegenheit.

Schon seit Wochen sind eine Anzahl Notstandsarbeiter damit beschäftigt, sämtliche vorhandene Wege mit Schlacke und Kies neu aufzuschütten, welche Arbeiten auch kurz vor der Vollendung stehen.

An einigen Wegen entlang sind Blumenrabatten angelegt worden und die farbenprächtigen Blüten der hierauf eingepflanzten Stauden bilden eine harmonische Abwechselung mit dem jungen Grün des Rasens. Um der Anlage die notwendige Pflege angedeihen lassen zukönnen, ist vor Beginn der Arbeiten Wasserleitung angelegt worden, wodurch es möglich ist, der Rasenfläche an trockenen Tagen die notwendige Erfrischung zu spenden.

Ueber den ganzen Platz verteilt sind 75 Bänke aufgestellt, die während der sonnigen Tage schattige Ruheplätzchen bieten. Hier ruhen tagsüber die alten Arbeitsveteranen; ihr Pfeifchen schmauchend, tauschen sie hier ihre Erlebnisse vergangener Tage aus, während jüngere Mütter aus den umliegenden großen Wohnhäusern bequem mit ihren Kleinsten im Kinderwagen hier in frischer Luft spazieren fahren.

Jede sticht von dieser neu hergerichteten Anlage des Breslauer Nordens der gegenüberliegende Schießwerderplatz jetzt ab, aber trotzdem bleibt auch ihm sein Publikum treu.

Desinfektion zur Krankheitsbekämpfung.

Der Polizeipräsident hat folgende Bekanntmachung erlassen:

Die Verbreitung übertragbarer Krankheiten kann nur dann möglichst eingeschränkt werden, wenn die Angehörigen der Kranken dabei mitwirken. Deshalb lasse ich nach gesetzlicher Vorschrift den Familien solcher Kranken die vom Ministerium herausgegebenen „Gemeinverständlichen Belehrungen", sowie „Desinfektionsanweisungen" zugehen und ersuche, die darin gegebenen Anleitungen genau zu befolgen, insbesondere die Kranken — wenn der behandelnde Arzt im Einvernehmen mit dem zuständigen Kreisarzt nichts anderes bestimmt — nach Möglichkeit mit ihren Pflegern **abzusondern** und während der ganzen Krankheit die **Ansteckungsstoffe zu beseitigen.** Diese Keimvernichtungen **während** der Krankheit sind oft noch wichtiger als die Schlußentseuchung nach Ablauf des Falles. Deshalb sollen nicht nur am Kranken und in seiner Umgebung die peinlichste Sauberkeit und Ordnung beobachtet, sondern auch alle Absonderungen, alle Leib- und Bettwäsche usw., die von ihm herrühren, in der Regel auch alle seine Gebrauchsgegenstände, fortlaufend entseucht werden.

Vom Magistrat sind jetzt geprüfte Desinfektionsschwestern angestellt worden, die beauftragt sind, in jedem Falle von ansteckender Krankheit die betreffenden Familien aufzusuchen. Sie werden sachverständige Ratschläge inbezug auf die fortlaufende Entseuchung am Krankenbette erteilen und auch sonst alle notwendigen Maßnahmen ausführen. Es liegt im eigensten Interesse der Bevölkerung, den Ratschlägen der Desinfektionsschwestern zu folgen und sie in jeder Beziehung in ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Die Absonderung des Kranken in der Wohnung bezw. in einem Krankenhause erfolgt auf **polizeiliche** Anordnung, sie darf (das gilt auch namentlich bezüglich Wiederzulassung zum Schulbesuch und Wiederaufnahme der Berufstätigkeit) nur von der Polizeibehörde wieder aufgehoben werden und zwar erst nach Ausführung einer Schlußdesinfektion.

Schlußentseuchungen nach Ueberführung des Kranken in ein Krankenhaus und nach Aufhören der Krankheit sind nach gesetzlicher Vorschrift in jedem Falle und **nur** durch das **städtische Desinfektionspersonal** auszuführen.

Auch die Herren Aerzte werden die Ausführung der in den „Gemeinverständlichen Belehrungen bezw. Desinfektionsanweisungen" angeforderten fortlaufenden Entseuchung, soweit erforderlich, erläutern und überwachen.

Wie schützt man sich vor Fleischvergiftung?

Beim Beginn der warmen Jahreszeit treten, wie in den Zeitungen zu lesen, stets hier und da sogenannte Fleischvergiftungen auf. Da die Möglichkeit, sich eine solche Vergiftung zuzuziehen, unter Umständen jederzeit gegeben ist, wird dem Publikum eine Mitteilung, wie es sich am besten vor dieser Erkrankung schützen kann, sehr willkommen sein.

Das Kapitel der Fleischvergiftung ist wissenschaftlich noch nicht in allen Einzelheiten geklärt, wir wissen aber folgendes: Das Fleisch von Tieren, die zu Lebzeiten erheblich krank gewesen sind — gewöhnlich sind das Tiere, die wegen eines Darm-, Euter-, Gebärmutter- oder sonstigen schweren Allgemeinleidens zur Notschlachtung kommen — kann die Erreger der Fleischvergiftung beherbergen, so daß der Genuß solchen Fleisches den Ausbruch einer Fleischvergiftung zur Folge haben kann. Dadurch, daß die Ausführungsbestimmungen zum Reichsfleischschaugesetz anordnen, daß das Fleisch solcher Tiere nur dann als genußtauglich freizugeben ist, wenn die bakteriologische Untersuchung das Nichtvorhandensein von Fleischvergiftern einwandfrei festgestellt hat, ist ein ausreichender Schutz des Publikums gewährleistet.

Nun ist aber äußerst wichtig zu wissen, daß auch an und für sich gesundes Fleisch noch nachträglich durch irgendwelche Umstände mit Fleischvergiftungsbakterien, deren Herkunft meist dunkel ist, infiziert werden kann, z. B. durch Fliegen oder andere Zwischenträger. Jedes Fleisch ist ein sehr guter Nährboden für alle Bakterienkeime, da diese im Fleisch alle Nährstoffe vorfinden, die sie für ihr Fortkommen und für Vermehrung benötigen, wie Wasser und Eiweiß. Kommt nun noch eine hohe Temperatur hinzu, die das Wachsen dieser Bakterien außerordentlich begünstigt, wie wir sie im Sommer haben, so gedeihen diese Lebewesen besonders gut. Das gibt die Erklärung dafür, weshalb gerade der heiße Sommer es ist, der am häufigsten diese Fleischvergiftungen zutage fördert. Insbesondere sei im Zusammenhang hiermit auf die gefährlichen Hackfleischvergiftungen hingewiesen. Hier ist es vor allem die Art der Zubereitung, die sich so gefährlich auswirkt. Nehmen wir einmal an, daß an einem Stück Fleisch sich eine kleine Batterienkolonie befindet. Diese selbst würde vermutlich an dem Stück Fleisch, wenn es im ganzen bliebe und so genossen würde, nicht viel zu sagen haben. Kommt nun aber ein solches Stück in den Wolf und wird hier zu Hackfleisch verarbeitet, dann findet durch den Zerkleinerungsprozeß eine sehr erhebliche Verteilung dieser Batterienkolonie und ein starkes Ausstreuen im Fleisch statt, so daß nun 100, vielleicht auch 1000 kleinste Kolonien vorhanden sind, die natürlich, zumal bei günstigen Wachstumsbedingungen, innerhalb verhältnismäßig kurzer Zeit das gesamte Hackfleisch durchwuchern und ihm stark krankmachende Eigenschaften geben können.

Der Selbstschutz wird sich in der Hauptsache darauf beschränken, das Fleisch sachgemäß zu behandeln, es möglichst lange frisch zu halten und jede ungeeignete Aufbewahrung, die Veranlassung zur Aufnahme der Bakterien und zum Verderben geben kann, zu vermeiden. Hackfleisch darf nicht lange vorrätig gehalten werden, es soll stets möglichst frisch hergestellt sein und baldigst zum Genuß kommen. Muß Fleisch einmal aus bestimmten Gründen — und das gilt insbesondere für Hackfleisch — längere Zeit aufbewahrt werden (es in Papier eingeschlossen längere Zeit liegen zu lassen, ist gänzlich verkehrt, da solches Fleisch erstickt und sich zersetzt), dann soll man es nie roh, sondern immer nur zubereitet (gebraten, gekocht) genießen, weil durch das Kochen die Krankheitserreger abgetötet werden. Durch Kochen und Braten des Fleisches ist somit das beste Mittel gegeben, sich in den meisten Fällen vor Fleischvergiftung schützen zu können. Wer an heißen Sommertagen Fleisch im ganzen oder zerkleinert roh genießt, hat die eventuellen Folgen selbst zu tragen.

Soziale Ungerechtigkeiten

sich in der Behandlung der zahlenschwach gewordenen Personen der verschiedenen Volksklassen.

Wenn der Arbeiter nicht mehr in der Lage ist, seine Unterhaltsberechtigten zu ernähren, so wird ihm im Wege der Pfändungs- und Ueberweisungsbeschlüsse ein Teil seines Lohnes einbehalten und dieser direkt abgeführt; nur ein bestimmter Satz wird dem Arbeitnehmer zum Leben gelassen. Auch dieser Satz ist aber noch zu hoch, wenn es sich um Ansprüche bestimmter Art handelt; dann nämlich braucht dem Schuldner, dem Arbeitnehmer, nur soviel gelassen zu werden, wie er notwendigerweise zum Leben benötigt, ohne ihm hierbei irgend eine Grenze nach unten zu gewähren. Die Gerichte zeigen nun beim Bemessen dieser notwendigsten Lebenssätze, wie wenig sie sich in das praktische Leben hineinversetzen können. Nur wenige Mark werden dem Arbeiter gelassen, der auf diese Weise direkt in die Versuchung geführt wird, lieber die Arbeit im Stiche zu lassen, als für ein Entgelt zu arbeiten, das zum Leben zu wenig ist, zum Sterben aber noch nicht reichen dürfte.

Gänzlich anders ist es aber, wenn es sich darum handelt, einen Angehörigen der bürgerlichen Klasse wegen seiner Schulden anzufassen! Das Modernste auf diesem Gebiete ist bekanntlich die Möglichkeit, Geschäftsaufsicht zu verhängen; diese nimmt dem Schuldner überhaupt nicht die Möglichkeit freier Betätigung; er kann weiter arbeiten und gefälligst tätig sein, Verträge schließen usw., und nur bei Mißbrauch dieser Geschäftsaufsicht kann ihm letztere entzogen werden, so daß er dann wieder durch die Gerichtsvollzieher gepfändet werden kann. Und wie ist es mit der Lebensführung des Schuldners und seiner Familie? Wird ihm auch nur der Lebensnotbedarf von 7—9 Mark die Woche gelassen? O nein! Das Gesetz sagt im § 13, II der Verordnung über das Geschäftsaufsicht: „Der Schuldner . . . soll . . . nur solche Verbindlichkeiten eingehen, die zu einer bescheidenen Lebensführung des Schuldners und seiner Familie erforderlich sind." Die Worte „bescheidene Lebensführung" lassen natürlich jede Auslegung offen und die Folge ist, daß eine wirkliche Beschneidung der Lebensbedürfnisse überhaupt nicht eintritt. Die Geschäftsaufsichtsperson nämlich hat wenig Anlaß, sich über zu große Entnahmen des Schuldners zu beschweren; in diesem Falle würde er sich selbst anhören müssen, daß er sein Honorar ohne zu große Anstrengungen erhält und bestimmt zuviel bekommt; ferner würde sich eine zu energische Aufsichtsperson sofort „unbeliebt" machen und von den „Interessentenkreisen" nicht mehr als Aufsichtsperson bestellt und vorgeschlagen werden; auch der Richter arbeitet nicht gerne mit Aufsichtspersonen, die zu viele Schwierigkeiten machen. Die Aufsichter würden sich also ins eigene Fleisch schneiden, wenn sie dem Schuldner irgendwie die Lebensführung zu einer zu „bescheidenen" machen würden. Bei der ganzen Einrichtung der Geschäftsaufsicht ist nämlich die Person des Aufsichters so gedacht, daß sich diese als Vertrauensperson von Gericht und Gläubigern um den Schuldnerbetrieb bemüht; die Praxis hat aber dahin geführt, daß jeder in Betracht kommende Aufsichter mehrere Aufsichten bekommt und für die einzelne wenig Zeit und „Aufsicht" übrig behält; übrig bleibt nur der Anspruch auf das Honorar.

Und der Gläubigerbeirat? Was sagt dieser. Nun, bei der Struktur der Kaufmannschaft, der „Kreise von Handel, Gewerbe und Industrie", wie sie sich gern nennen, ist ein ganz ungeheurer Satz von selbständigen Kaufleuten und Betrieben unter Geschäftsaufsicht gegangen; mancher, der es nicht geahnt hatte, hat auf diese Weise seine Finanzen wieder in Ordnung gebracht! Niemand weiß heute, ob er nicht morgen dieselbe Hilfseinrichtung in Anspruch nehmen muß, die heute der Nachbar nachgesucht hat. Und daher wird jeder sich davor hüten, irgendwo und irgendwie sich Feinde zu machen. Die macht man sich aber, wenn man eine zu teure Lebenshaltung des Schuldners bemängelt. Nicht nur dieser, sondern alle in gleicher Lage befindlichen, werden einen solchen „Dolchstoß" bei Gelegenheit heimzahlen, und zwar natürlich bei der Aufsicht des „anderen", dessen Lebensführung beobachten. Aus ganz eigensüchtigen Gründen wird daher kein Gläubiger Aergernisse nehmen und machen. Auf diese Weise ist es auch erklärlich, wie gute Freunde in gleicher Zeit ihre Aufsichten durchsetzen und durchbringen. Einer gibt immer die Genehmigung zum Vergleiche des anderen, und zuletzt sind beide saniert und „gesund".

Das letzte Mittel des insolventen Bürgers ist der Konkurs! Und was sagt dieses alte Gesetz über den Konkursschuldner? Vor allen anderen Forderungen, auch denen der Arbeiter und Angestellten rangieren die sogenannten „Massekosten", und zu diesen gehören gemäß § 58, 3 der Konkursordnung „die dem Schuldner und dessen Familie bewilligte Unterstützung". Während also Gläubiger und Arbeitnehmer leer ausgehen, erhält der Gemeinschuldner eine Unterstützung, d. h. den zum Leben notwendigen Betrag, gewöhnlich in einer Höhe, die das Einkommen eines mittleren Angestellten übersteigt. Gewiß haben es Konkursverwalter und Gläubiger in der Hand, in der Frage der Unterstützung einschränkend und ablehnend zu beantragen und zu beschließen. Aber auch hier wird sich niemand „unbeliebt" machen, vielmehr jeder an sich denken und sich in Zukunft vor gleichen Revanchen schützen wollen. Hinzu kommt noch, daß die Konkursverwalter eine recht kleine Zahl von Leuten sind, die mit Konkursen überlastet sind und auch beim allerbesten Willen die einzelne Sache nicht vollständig beherrschen können. So kommt es dann, daß die Schuldner bei Geschäftsaufsicht und Konkurs oft das allerbeste Geschäft machen und auf diese Weise sich sanieren.

Jeder, der mit offenen Augen sehen kann, kann sich von der Wahrheit alles dieses selbst überzeugen. Wieviel Konkurs- und Aufsichtsschuldner sind in diesem Jahre wieder mit und ohne Familie in ein Bad gefahren, um sich von den gehabten „Anstrengungen" zu erholen? Wieviel Automobile laufen noch heute von solchen Leuten, zu deren „bescheidener" Lebensführung das Fahren im eigenen Auto gehört? Man sehe sich das Publikum bei den eleganten Pferderennen an, dessen großer Teil sich in „geschäftlichen Schwierigkeiten" befindet, die ihm aber sonst das Leben nicht erschwert!

Eine große Schuld an diesen Zuständen tragen auch die Vertretungen der Kaufmannschaft, die Industrie- und Handelskammern, von deren Gutachten sehr viel abhängt. Anscheinend wagt niemand, sich „herauszustellen", und deshalb wird nur dann einmal einer Aufsicht widersprochen, wenn es sich um eine wirklich unbedeutende, nicht zu beachtende Firma handelt. Aber sonst hilft man sich gegenseitig.

Die Folgen und die Kosten tragen nur die Angestellten und Arbeiter. Sie fliegen bei dieser Gelegenheit auf die Straße, der Betrieb wird eingeschränkt, die Gehaltsansprüche oft nur teilweise in ihren Rückständen befriedigt, und sie allein stehen als Trauernde daneben. Geraten sie selbst aber in Schwierigkeiten durch Krankheiten oder Arbeitslosigkeit, dann gibt es keine „Aufsicht" und keinen Konkurs, sondern nur den Gerichtsvollzieher und die Pfändung, die nur einen Hungerbetrag übrig läßt.

Das alles ist dann „bürgerliche Ordnung" und „sozialer Gemeinsinn!"

Achtung!

Donnerstag, den 29. Juli, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshause — großer Saal — eine wichtige

Versammlung sämtlicher Funktionäre der SPD.

statt.

Tagesordnung:

1. **Vortrag über „Wirtschaftliche und politische Tagesfragen". Referent: Landtagsabgeordneter Genosse W. Winzer.**
2. **Eindrücke über das rote Wien. Referent: Genosse Blank.**

Zur Funktionärversammlung haben zu erscheinen: die Abteilungsleiter, Distriktsführer, Frauenleiterinnen, Bezirkskassierer, Revisoren und Schriftführer der Distrikte, Betriebsvertrauensleute, Beamtenvertrauensleute, Mitglieder der Pressekommission und des Bildungsausschusses, die Stadtverordneten und Stadträte, sowie die in Breslau wohnenden Abgeordneten für Provinz, Staat und Reich.

Zahlreiches Erscheinen unbedingt erforderlich.

Jeder Distrikt muß möglichst zahlreich antreten.

Mitgliedsbuch oder Karte legitimiert.

Die 4. Ferienwanderung der Breslauer Arbeiterkinder.

findet am Mittwoch, den 28. Juli, statt. Treffpunkt pünktlich morgens 7 Uhr Wachtplatz. Reichlich Essen und Trinken sowie Badeanzug ist mitzubringen. Ebenso ist die Wanderkarte vorzuzeigen, da sonst die Kinder an der Wanderung nicht teilnehmen können. Die Eltern werden nochmals darauf hingewiesen, den Kindern außer dem Straßenbahnfahrgeld keinerlei Geldbeträge mitzugeben. Abends gegen 9 Uhr können die Eltern ihre Kinder an der Königsbrücke in Empfang nehmen.

Zwölf Jahre!

In wenigen Tagen jährt sich zum zwölften Male der Tag, an dem der Weltkrieg zum Ausbruch kam. Die sozialistische Arbeiterschaft kann diesen Tag nicht vorübergehen lassen, ohne aufs neue kund zu tun, daß sie entschlossen ist, nie wieder die Waffen gegen ihre eigenen Klassengenossen und Brüder zu erheben. Die Sozialistische Arbeiterjugend ruft daher alle Partei- und Jugendgenossen und Gewerkschaftskollegen zu einer Kundgebung im großen Saale des Schießwerders am Sonnabend, den 31. Juli, auf. Die einzelnen Distrikte und Abteilungen treffen sich mit ihren Fahnen auf verschiedenen Sammelplätzen und kommen geschlossen nach dem Schießwerder. Genossen und Genossinnen, sorgt durch Massenbesuch dafür, daß diese Veranstaltung eine wuchtige Kundgebung für Sozialismus und Völkerfrieden wird.

S. M. der Kaiser.

Militärvereine rangieren direkt hinter den Skatklubs, die, wenn man ihre Mitglieder frägt, auch nicht genau wissen, wozu sie eigentlich da sind. Aber es soll selbst unter Skatvereinsbrüdern ab und zu einen geben, der sich manchmal die Frage vorlegt, was er mit seiner Tätigkeit denn eigentlich Kulturförderndes betreibe.

Dieses schwache Aufleuchten bescheidener Intelligenz bei einem Militärvereinler zu entdecken, ist völlig unmöglich. Der Gardeverein ist hierbei eingeschlossen. Wozu sollte es auch dort anders sein? Ja, der Gardeverein. Seine Mitglieder sind fest davon überzeugt, daß sie noch ihren Kaiser haben. Freiherr von Plettenberg hat es ihnen auf der Parade gesagt, wo es mehr Exzellenzen und Generale als Gardevereinsmitglieder gab.

Freiherr von Plettenberg versicherte bei dieser günstigen Gelegenheit auch S. M. der unwandelbaren Treue seiner Garde a. D. Solche Versicherungen sind freilich noch billiger als ein Fahnennagel, von denen es auch eine ganze Anzahl regnete. Und lächerlich sind sie obendrein.

Der Gardeverein hat sich gewiß auch bei der Rede des Pastors Bederke nichts gedacht, der die Jugend anfeuert, dem Vorbild der Väter nachzueifern. In dieser Umgebung war für den Außenstehenden der Sinn solcher Redewendung verständlich. Uebrigens: War Pastor Bederke während des Krieges auch an der Front?

Freilich, ein Gardemilitärvereinsmeier denkt über solche Widersprüche nicht nach. Vor allem nicht an solchem Tage, der „S. M. der Kaiser" und Hindenburg telegraphische Glückwünsche übersenden, die jeden wackeren Gardemann vor Freude unvernünftig machen.

Was bei solchen Erschütterungen auch kein Wunder ist.

Gewohnheitsrecht.

Ein 68 Jahre alter Zuschneider wurde am 31. März wegen Arbeitsmangel entlassen. Am 1. Mai wäre er fünf Jahre bei der Firma tätig gewesen. Er hatte stets drei Wochen Ferien; jetzt wollte ihm die Firma nur für vierzehn Tage Urlaubsgeld geben mit der Begründung, daß er nur auf zwei Wochen Urlaub Anspruch habe und die Firma ihm nur freiwillig einen längeren Urlaub gegeben hätte, als das Geschäft noch gut ging. Auch hatte er seit Januar nur verkürzt gearbeitet. Das Gericht riet zu einem Vergleich. Die Firma habe bisher ohne Vorbehalt drei Urlaubswochen gezahlt, daraus könnte der Kläger einen Rechtsanspruch geltend machen. Es kommt dann eine Einigung zustande. Der Beklagte zahlt an den Kläger 125 Mark zur Abgeltung seiner Ansprüche.

Zur Gründung des Arbeiter-Kulturkartells.

Vom Arbeiter-Bildungsausschuß wird uns geschrieben: In der Montagnummer der „Volkswacht“ ist im Vereinskalender eine Notiz erschienen, in der zu einer Sitzung am Montag abend aufgefordert wird. Um Irreführungen in Zukunft zu vermeiden, weisen wir alle Arbeiter-Organisationen darauf hin, daß vom Arbeiter-Bildungsausschuß die Sitzung am Donnerstag, den 29. Juli, abends 7½ Uhr, in das Zimmer Nr. 13, einberufen ist. Die noch notwendigen Gründungssitzungen werden auch in Zukunft vom Arbeiter-Bildungsausschuß einberufen und vom Genossen Kuntke gezeichnet werden. Die erwähnte Sitzung vom Montag ist von Thomas, dem Beauftragten der KPD., einberufen und hat mit dem Bildungsausschuß nichts zu tun.

Einspruchsmöglichkeit gegen zu hohe Kirchensteuer.

Es werden oft Klagen darüber laut, daß die Veranlagung für die Kirchensteuer bei Lohn- und Gehaltsempfängern zu hoch ist. Wie der Evangelische Parochialverband in einem Schreiben an uns mitteilt, entstehen diese Irrtümer dadurch, daß die Unterlagen zur Veranlagung, die die Kirchenbehörde von den Reichsbehörden erhält, höchst mangelhaft sind, da zu diesem Zwecke nur die Personenstandslisten der Bevölkerung, wo die einzelnen nach Berufen geordnet sind, zur Verfügung stehen. Das Veranlagungsverfahren kann sich daher nur auf meist recht ungenaue Schätzung der Einkommensverhältnisse beschränken. Um den Kirchenmitgliedern die Möglichkeit zu geben, sich gegen hohe Steuerveranlagung zu wehren, besteht nach Mitteilung des Parochialverbandes die Möglichkeit des Einspruches, der schriftlich unter Darlegung des Sachverhaltes, Beifügung des Steuerbescheides, einer Lohnsteuerbescheinigung für 1925, einer Bescheinigung der Erwerbslosigkeit, der Angestellten- oder Invalidenversicherungskarte beim Parochialverbande einzureichen. Das Verfahren wird allerdings dadurch erschwert, daß der Parochialverband bisher keine Büroräume besitzt.

Für Leser unseres Blattes, die noch auf die Zugehörigkeit zur Kirche Wert legen, ist diese Möglichkeit von Bedeutung. Es ist aber fraglich, ob sie das oben geschilderte langwierige Verfahren einem Kirchenaustritt und damit der Befreiung von der Kirchensteuer vorziehen. Ueber die notwendigen Formalitäten haben wir zuletzt in unserer Nummer vom 8. Juli dieses Jahres berichtet.

Entlassungspapiere rechtzeitig aushändigen.

Ein Arbeiter erhielt bei seiner Entlassung die Arbeitsbescheinigung ausgehändigt, aber die Invalidenkarte bekam er erst einige Tage später. Er verlangte einen Schadenersatz, da er ohne Papiere keine Stelle finde. Denn bei dem großen Angebot von Arbeitskräften werde derjenige zuerst angenommen, der alle Papiere vorzeigen könne. Auch das Gewerbegericht war der Ansicht, daß er den anderen Arbeitnehmern gegenüber im Nachteil sei, die sofort auf dem Arbeitsamt alle Papiere vorzeigen. Der Vertreter des Klägers bemerkte, daß es vertraglich festgelegt sei, Lohn und Papiere am gleichen Tage auszuhändigen.

Der Beklagte erklärte sich denn auch bereit, an den Kläger im Vergleichswege 4 Mark zu zahlen.

Das Ende vom Liede.

Zerrüttete Familienverhältnisse haben den 55 Jahre alten bisher unbestraften Regierungskanzleisekretär Franz Grond ins Unglück gestürzt. Er hatte sich in längerer Sitzung in Gemeinschaft mit seiner Ehefrau Ida, die wegen Eigentumsvergehen schon vorbestraft ist, und seiner 20 Jahre alten Tochter Erna, die ebenfalls bereits einmal wegen Diebstahls mit einem Monat Gefängnis vorbestraft ist, vor dem Großen erweiterten Schöffengericht zu verantworten. Die Zerwürfnisse, die seit Jahren zwischen dem Ehepaar bestehen, sind in der Hauptsache dadurch entstanden, daß nach Ansicht der Frau G. ihr Ehemann zu wenig verdient. Die Kinder haben unter den obwaltenden Verhältnissen eine sehr schlechte Erziehung genossen. Es geht dies wohl am besten daraus hervor, daß von den acht Kindern vier in Fürsorgeanstalten untergebracht sind. Als es der Mann zu Hause nicht mehr aushielt, zog er in eine eigene Wohnung. Das veranlaßte die Ehefrau, den Mann wegen verschiedener Straftaten zur Anzeige zu bringen. Es handelt sich nach ihren Angaben um folgende Dinge: G. fand im Laufe des Jahres 1921 im Lichthofe des Regierungsgebäudes eine Brieftasche mit 60 Mark, die er nicht ablieferte. Im Jahre 1924 war G. Kanzleivorsteher der Buchhalterei 4. In dieser Zeit hatte er an einen inzwischen verstorbenen Hilfsbeamten 42 Mark abzuliefern. G. verwendete dieses Geld für sich. Die Unterschlagung wurde dadurch gedeckt, daß G. seine Tochter veranlaßte, über den Betrag eine Quittung auszustellen und mit dem Namen des betreffenden Hilfsbeamten zu unterschreiben. Selbst wenn man von der gegenseitigen Bezichtigung der Eheleute Abstand nahm, fiel auch die sonstige Beweisaufnahme sehr zu Ungunsten des Angeklagten aus, so daß seine Verurteilung erfolgen mußte. Das Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis. Frau Grond mußte freigesprochen werden, da ihr eine Hehlerei an der von ihrem Ehemanne gefundenen Brieftasche nicht nachzuweisen war, während die Tochter E. wegen der Urkundenfälschung zu einer Zusatzstrafe von einer Woche Gefängnis verurteilt wurde.

Ein Gastwirt wegen Kuppelei bestraft.

Die Polizei hatte schon immer den Verdacht, daß das am Märkischen Bahnhof gelegene Hotel des Gastwirts Haupt ein Absteigequartier für Liebespärchen sei. — Eine in der Nacht zum 29. Januar in dem Hotel vorgenommene polizeiliche Revision bestätigte diese Vermutung und die eingeleitete Untersuchung hatte zur Folge, daß gegen Haupt und seine Angestellte, die unverehelichte Peter, die den Pärchen die Zimmer anwies, Anklage wegen Kuppelei erhoben wurde. Die Beiden hatten sich jetzt in öffentlicher Sitzung vor dem Großen erweiterten Schöffengericht zu verantworten. — Die Verhandlung ergab, daß die Beschuldigten in einer Anzahl von Fällen Pärchen, die in den späten Abendstunden bzw. in den frühen Morgenstunden Einlaß begehrten, Obdach gewährten und sich pro Zimmer in der Regel 5 Mark zahlen ließen. Es wurde für gewöhnlich nicht danach gefragt, ob die erschienenen Logisleute Eheleute sind oder aber der Mann wurde befragt, wie seine Frau auf den Vornamen heiße. — Der Staatsanwalt beantragte gegen Haupt drei Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe evtl. noch weitere 30 Tage Gefängnis, gegen die Peter zwei Monate Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe oder weitere 20 Tage Gefängnis. Auch das Gericht war der Ansicht, daß sich die Beschuldigten der gewohnheits- und gewerbsmäßigen Kuppelei schuldig gemacht, da sie der Unzucht Vorschub geleistet hatten. Es vertrat aber den Standpunkt, daß hier der Strafzweck auch durch eine Geldstrafe erreicht werden könne. Haupt wurde an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat zu 300 Mark, die Peter an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 10 Tagen zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

---

* **Deutsche Bildwoche in Breslau.** Die Folge der aus Anlaß der 7. Deutschen Bildwoche in Breslau geplanten Veranstaltungen liegt nunmehr in allen Einzelheiten vor. Die Bilderwoche wird vom 6. bis 12. Oktober währen und dazu dienen, in Vorträgen und Berichten die Erfahrungen über den bildenden und erzieherischen Wert des Stehbildes und des Laufbildes auszutauschen. Die Woche wird vom Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht in Berlin, dem Bildspielbund deutscher Städte, dem Oberschlesischen und dem Mittelschlesischen Bildbühnenbund und der Regierungs-Bildstelle und Kreisstelle in Liegnitz veranstaltet. Teilnehmerkarten sind durch die Geschäftsstelle des Mittelschlesischen Bildbühnenbundes, Paradiesstraße 25/27 (Städtisches Schulmuseum), Fernsprecher Ohle 7188, zu beziehen, und zwar, um einen Ueberblick gewinnen zu können, möglichst bald zu bestellen. Sie kosten für die ganze Tagung 5 Mark, für einzelne Tage 2 Mark. Studierende und stellungslose Lehrer zahlen die Hälfte. Die Besitzer von Teilnehmerkarten zahlen für die Abendveranstaltungen auf allen Plätzen nur halbe Preise. Für auswärtige Teilnehmer sind gemeinsame Mahlzeiten, zumeist im Konzerthause, vorgesehen. Für den 8. Oktober ist ein Empfang im Remter des Rathauses in Aussicht genommen.

* **Die Beratungsstelle für Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens**, Ritterplatz 1, ist unentgeltlich geöffnet für Männer und Jünglinge Montag von 6—7 Uhr, für Frauen und Mädchen Mittwoch von 5—6 Uhr.

* **Verlegung einer Haltestelle der Straßenbahn.** Auf Anordnung der Aufsichtsbehörde werden die beiden Haltestellen der Linie 10 an der Hennigstraße nach der Roonstraße verlegt.

* **Das Volkskonzert der Arbeiter-Sänger** im Friebeberg ist infolge des Regenwetters auf Sonntag, den 1. August, verlegt worden. Eintrittsprogramme behalten ihre Gültigkeit und sind solche in den Vorwärtslagern und bei den Mitgliedern zu haben.

* **Warnung vor einem Warenschwindler.** Ein Schwindler, der sich des Namens Richard Böhm bedient, hat bis jetzt in zwei Fällen den Versuch gemacht, Geschäftsleute zu schädigen. In einem Falle hat er eine Firma in Ohligs bei Solingen ersucht, ihm für 540 Mark silbernes Tischgerät zu liefern. Er übersandte der Firma einen Wechsel über 600 Mark mit dem gefälschten Giro des Bankhauses Heimann in Breslau. Eine vorsichtige Anfrage des Lieferanten an das Bankhaus deckte den Schwindel auf. Im zweiten Falle hat Böhm am 23. Juli in einem hiesigen Zigarrengeschäft für 320 Mark Ware bestellt, die ihm nach einer Privatpension in der Taschenstraße gebracht werden sollte. Da der Ueberbringer der Ware von seinem Arbeitgeber den Auftrag hatte, die Ware nur gegen Bezahlung auszuliefern, begnügte er sich nicht mit dem Wechsel, den ihm Böhm vor Aushändigung der Zigarren gab, sondern überzeugte sich zunächst, ob Deckung vorhanden war, wodurch der zweite Betrugsversuch bekannt wurde. Böhm war bei Eintreffen der Kriminalpolizei aus der Privatpension bereits entkommen. Sollte er irgendwo wieder auftreten, so ist er dem nächsten Polizeibeamten der Betrugsdienststelle des Polizeipräsidiums Breslau zur Festnahme zu übergeben. Der Schwindler ist angeblich 25 Jahre alt, trägt blauen Anzug und hat ein sicheres Auftreten.

Gegen den Krieg

demonstriert am 31. Juli, abends 8 Uhr im Schießwerder die organisierte Arbeiterschaft!

---

* **Viermal blinder Alarm in drei Tagen!** Am 24. Juli, abends, wurde die Feuerwehr zweimal kurz hintereinander alarmiert, um 8 Uhr nach Gartenstraße 106, und 8,07 Uhr nach Kirchstraße 11. In beiden Fällen handelte es sich aber nur um in die Wohnungen zurückgedrückten Rauch. Am 25. Juli, früh 1,10 Uhr, erfolgte ein Alarm nach Vinzenzstraße 49; auch hier handelte es sich nur um blinden Alarm, Rauch aus einer Räucherkammer gab die Veranlassung. Am 26. Juli, früh 1,18 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Friedrich-Ebert-Straße 2 aus grobem Unfug alarmiert.

* **Explosion eines Fabrikschornsteins.** Am 26. Juli, mittags 12,28 Uhr, wurde die Feuerwehr nach Bohrauer Straße 88 gerufen. Dort war in einer Möbelfabrik durch Explosion von Rauchgasen der obere Teil, etwa 3 Meter, von dem 30 Meter hohen Fabrikschornstein eingestürzt. Die Explosion riß außerdem im Maschinenhause 4 einen Teil des Betonfußbodens über dem Rauchkanal (Fuchs) auf. Durch das herabstürzende Mauerwerk des Schornsteins ist das Dach des angrenzenden Maschinenhauses sowie im Nachbargrundstück Steinstraße 107 das Dach einer Baubude durchschlagen worden. Vier gerade in der Bude befindliche Bauarbeiter erlitten hierbei schwere Verletzungen. Sie wurden von der Feuerwehr nach dem Wenzel-Hande-Krankenhaus geschafft. Da noch weitere lose Stücke des Mauerwerks herabzustürzen drohten, wurde die Unfallstelle abgesperrt.

* **Vom Gerüst gestürzt** ist gestern ein Zimmermann in der Weidenstraße gegenüber dem Gebäude der „Breslauer Neuesten Nachrichten“. Er war auf eine schrägstehende Leiter, die ganz aufgerichtet werden sollte, geklettert, um ein Tau zu befestigen. Als er sich in der Mitte der Leiter befand, brach diese zusammen. Der Zimmermann fiel glücklicherweise nicht auf das Pflaster, sondern in die Sträucher einer am Hause befindlichen Anlage, klagte aber beim Aufstehen über heftige innere Seitenschmerzen. Er wurde nach Hause geschafft, und der Bauplatz wurde sofort gesperrt.

* **Selbstmord eines Erwerbslosen aus Not?** Eine männliche Wasserleiche wurde gestern am Rechen der Phönix- und Marienmühle angeschwemmt. Die Bergung gestaltete sich sehr schwierig, da die Leiche in den Rechen eingeklemmt war. Mit Hilfe zweier Schiffer, die mit einem Sandkahn neben einem Bagger an der Vorderbleiche lagen, gelang es, die Leiche zu befreien, die nach der Anatomie geschafft wurde. Der Ertrunkene ist ein Arbeitsloser, der eine rote Stempelkarte bei sich trug, auf die er noch am 21. d. Mts. seine Unterstützung erhalten hatte. Ob ein Verbrechen oder Selbstmord vorliegt, konnte nicht festgestellt werden. Die Polizei beschlagnahmte die Papiere.

* **Ueberfahren** wurde am 24. Juli, gegen 9,45 Uhr abends, auf der Tauentzienstraße vor dem Grundstück Nr. 124 eine Schülerin von einem Radfahrer und erheblich verletzt. Die Verletzte mußte nach dem Wenzel-Hande-Krankenhaus gebracht werden.

* **Straßensperrung.** Wegen Neuschüttungsarbeiten wird der Oltaschiner Kirchweg vom 9. bis 21. August für Fuhrwerk und Reiter gesperrt.

* **Kindesmord.** Am 22. Juli wurde am Ohlau-Ufer, unweit der Dampferhaltestelle, die etwa 50 Zentimeter lange Leiche eines neugeborenen Kindes (Knabe) aus der Oder gelandet. Sie war in einen weißen Leinewandlappen gewickelt und in einen braunen Pappkarton, in dem sich etwas Holzwolle befand, verschnürt. In den Karton waren als Belastung noch zwei Plättbolzen gelegt. Angaben zur Ermittelung der Kindesmutter erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 7, Schuhbrücke 46.

* **Einbruch.** In der Nacht zum 23. Juli wurden durch Einbruch in eine Fleischerei am Rehdigerplatz eine größere Menge Räucherspeck, Lungenfett, Schweinefleisch und Wurstwaren gestohlen. Zweckdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 58.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat: Gewerkschaftshaus, Zimmer 36

Telephon: Ohle 5852.

An alle Distrikte! Die Arbeiterkinderfreunde, die gern bereit sind, bei Distrikts-Veranstaltungen die Kinderbeaufsichtigung zu übernehmen, ersuchen die Distrikte, daß Anforderungen von Helfern 4 Wochen vorher an die Zentrale — Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde — Breslau, Adresse Emma Fischer, Humboldtstraße 14, zu richten sind.

Distrikt 1. Abrechnung heute Dienstag in der Wohnung des Distriktsführers. Sämtliche Kassierer müssen abrechnen.

Distrikt 31. Heute Dienstag, abends 8 Uhr, Funktionär- und Komitee-Versammlung, bei Kirstein, Bohrauer Straße 36. Unbedingtes Erscheinen ist notwendig.

Abteilung Ohlauer Tor. Heute Dienstag, 27. Juli, 8 Uhr abends, Funktionärversammlung bei Görlich, Löschstraße. Landtagsabgeordneter Genosse W. Winzer ist als Referent anwesend. Ohne Entschuldigung darf kein Funktionär fehlen.

SPD.-Vertrauensleute in städtischen Betrieben. Mittwoch, den 28. Juli, Versammlung im Gewerkschaftshause. Alles muß erscheinen. Wichtiger politischer Vortrag.

Achtung, Frauen des Distrikts 13 und 14! Unser Tagesausflug findet bestimmt Mittwoch, den 28. Juli, statt. Treffpunkt früh 8 Uhr am Westpark. Wer um 8 Uhr verhindert ist, kommt nach der Oswitzer Waldwiese nach. Bei schlechtem Wetter findet der Ausflug nicht statt.

Jungsozialisten. Morgen Mittwoch um 8 Uhr erweiterte Arbeitsausschuß-Sitzung im Zimmer 25.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.

Jugendbanner West (Blum). Heute Dienstag fällt das Antreten in der Turnhalle aus, dafür steht alles morgen Mittwoch, den 28. Juli, abends 7,30 Uhr, am Nikolaitor-Bahnhof. Kein Kamerad darf fehlen.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Z.d.A.-Jugend. Heute abend Spaziergang nach Scheitnig; Treffen 8 Uhr Ohlauufer, Ecke Margarethenstraße. Donnerstag, den 29. Juli, abends 8 Uhr, im Zeichensaal der Volksschule Taschenstraße 31, Bunter Abend.

Achtung, Jugendfreunde! Am nächsten Sonntag beteiligen wir uns geschlossen an dem Sommerfest unseres Verbandes im Schießwerder. Dort werden von unserer Gruppe einige Volkstänze, Gesänge und Rezitationen geboten werden. Wir bitten daher, daß sämtliche Jugendmitglieder am nächsten Donnerstag bestimmt im Heim erscheinen, wo die organisatorischen Fragen geregelt werden. Alle Jugendfreunde, die sich an den Darbietungen beteiligen, haben freien Eintritt.

Erwerbslose Jugend. Heute und Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, ist unsere Arbeitsgemeinschaft im Gewerkschaftshause. Erscheint pünktlich und zahlreich.

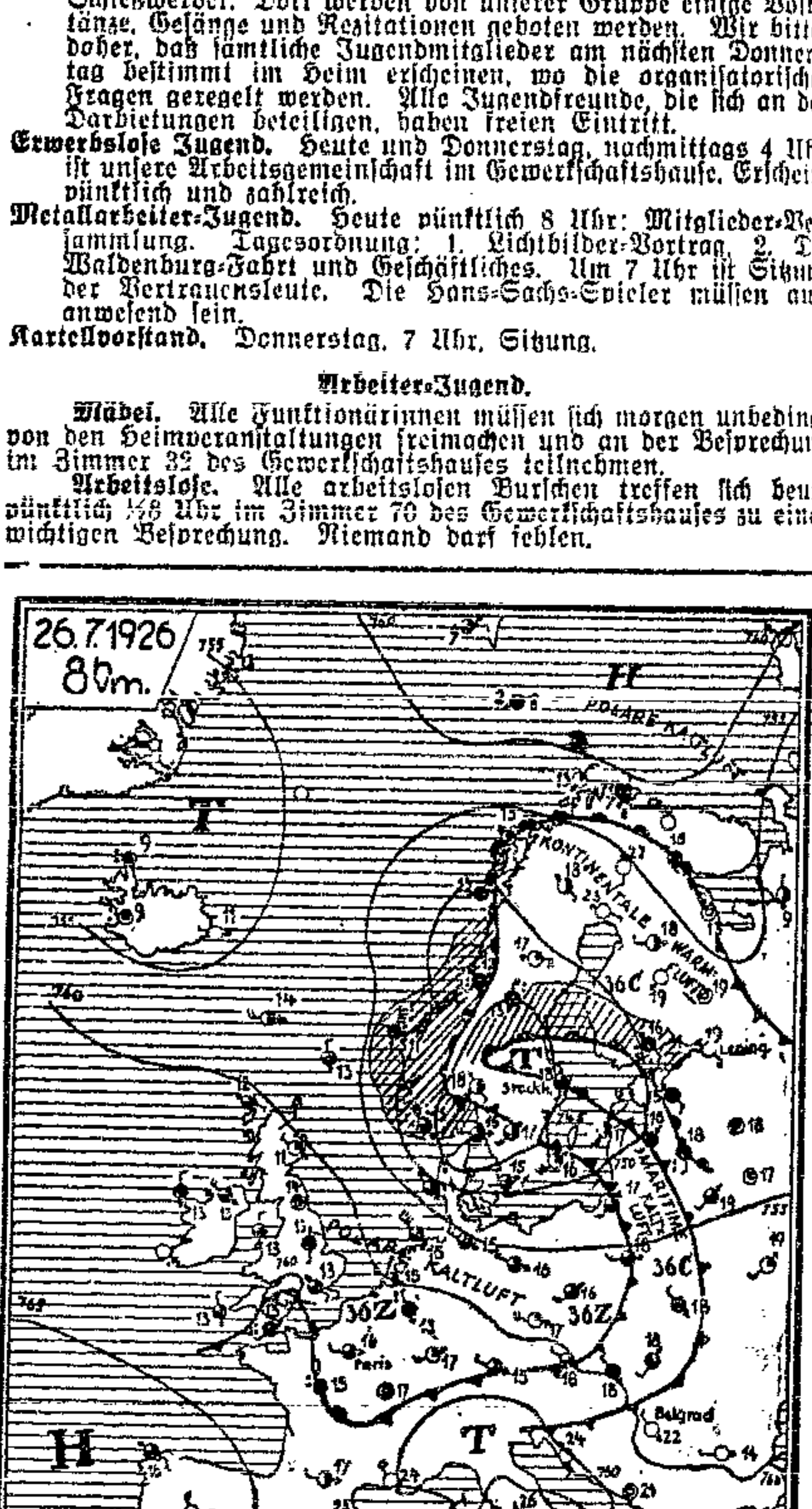
Metallarbeiter-Jugend. Heute pünktlich 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Lichtbilder-Vortrag, 2. Die Waldenburg-Fahrt und Geschäftliches. Um 7 Uhr ist Sitzung der Vertrauensleute. Die Hans-Sachs-Spieler müssen auch anwesend sein.

Kartellvorstand. Donnerstag, 7 Uhr, Sitzung.

Arbeiter-Jugend.

Mädel. Alle Funktionärinnen müssen sich morgen unbedingt von den Heimveranstaltungen freimachen und an der Besprechung im Zimmer 32 des Gewerkschaftshauses teilnehmen.

Arbeitslose. Alle arbeitslosen Burschen treffen sich heute pünktlich ½8 Uhr im Zimmer 70 des Gewerkschaftshauses zu einer wichtigen Besprechung. Niemand darf fehlen.



Weitere Staffeln polarer Luftmassen sind hinter den Störungen der 36. Zyklonenfamilie in Mitteleuropa unter zahlreichen Böen und Regenschauern eingebrochen. Die Temperaturen liegen in der frischen Kaltluft verhältnismäßig gering. Sie werden sich vorläufig im Flachlande zwischen 15 und 20 Grad bewegen. Eine Reststörung 36 Z, die am Montag am Kanal erschien, kann Dienstag mit ihrem Regengebiet auch unseren Bezirk berühren. Nach dem Durchgang dieser Störung dürfte sich die Lage allmählich wieder etwas sommerlicher gestalten. Aussichten: nach einzelnen Schauern teilweise aufheiternd, langsamer Temperaturanstieg. Aussichten für die schlesischen Gebirge: bei starkem abflauenden Winde vorwiegend neblig, trübe, zeitweise Regen, kühl.

Letzte Wetternachrichten.

Datum 27. 7. 26.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Krietern	16	21	12	heiter	NNW 2	gering	
Schneekoppe	4	8	3	wolkig	SW 4	4	
Grünberg	14	20	10	heiter	NW 5	1	
Oberschreiberhau	11	20	7	wolkig	NW 1	21	
N.-Schles. Baude	6			halbbedeckt	SW 2		
[illegible]erbaude	6	8	4	bedeckt	NW 2	5,5	
Reinerz	11	17	7	halbbedeckt	still	2	
Landeck	13	20	8	heiter	still		
Görlitz	14	18	12	halbbedeckt	S 2	gering	
Bad Flinsberg	11	17	10	heiter	WNW 3		
Beuthen							
[illegible]	15	21	11	heiter	W 1		
[illegible]baude	8	12	6	halbbedeckt	W 1	Sicht	30 km
Kreuzburg							
Neisse	10	20	6	heiter	NNO 2		
Gleiwitz	16	22	10	–	NW 1	gering	
Zobten	10	11	9	wolkig	NW 2	1	
Bad Salzbrunn	12	21	12	halbbedeckt	still		
Lobris, Kr. Jauer	16	23	12	„	NW 4	5	

Breslau (Land)-Neumarkt.

Hundsfeld. In der letzten Stadtverordnetensitzung kam man überein, den Eingemeindungsvertrag mit Breslau in einer späteren Sitzung zu beraten. Ferner wurde der von der Stadt Breslau ausgearbeitete Besiedlungsplan angenommen. Die Ordnung über Erhebung von Verwaltungsgebühren wurde auf Antrag des Genossen Hoffmann niedergeschlagen. Die Hundesteuer-Ordnung wurde mit einigen Abänderungen in der alten Form genehmigt. Von der Beteiligung an einer Hilfsaktion für Hochwasserschäden wurde Abstand genommen, da die Mittel zur Entschädigung nur leihweise gegeben werden, und sich nur ein Geschädigter gemeldet hatte, der später seinen Antrag zurückzog. Zur Anschaffung einer neuen Feuerwehrleiter wurden die Mittel bewilligt. Andere kleinere Vorlagen wurden ohne Debatte angenommen. Zu einer längeren Debatte kam es bei dem Punkt Einspruch des Herrn von Schweinichen gegen die Eingemeindung des Gutsbezirks zum Stadtbezirk. Der Stadtverordnete und Kreistagsabgeordnete Genosse Hoffmann wurde in dem Einspruch des Herrn von Schweinichen mit den gemeinsten und verwerflichsten Mitteln angegriffen.

Neumarkt. Wie nennt man solche Arbeitgeber? In letzter Zeit hatten mehrere Arbeitgeber den an Bränden teilnehmenden Pflichtfeuerwehrmannschaften verloren gegangene Arbeitszeit vom Lohn in Abzug gebracht. Daraufhin beschäftigte sich der Ortsausschuß in seiner letzten Sitzung mit diesem Vorgehen der Arbeitgeber, wandte sich an den Magistrat, worauf die Polizeiverwaltung folgende Bekanntmachung erläßt: „Wir bitten die Arbeitgeber, den bei ihnen beschäftigten Arbeitern, die der Pflichtfeuerwehr angehören, die versäumte Arbeitszeit bei Feueralarm nicht vom Lohne in Abzug zu bringen, da es sich hier um eine gemeinnützige Sache handelt und der Lohnabzug eine große Härte bedeuten würde." — — Meistenteils sind es Unternehmer, die sich von der Pflichtfeuerwehr losgekauft haben und durch ihr „soziales" Vorgehen alsdann doppeltes Scherflein einzuheimsen gedenken. Des Nächsten Haus kann ja ruhig abbrennen. So sieht der von einigen dieser Herren immer so stark gepriesenen Volksgemeinschaftsgedanke aus.

Maltsch. Anfrage an die Eisenbahndirektion. Am Sonntag fuhr einer unserer Leser mit der Eisenbahn durch Maltsch. Das Stationsgebäude war anläßlich einer Festlichkeit auf der einen Seite schwarz-rot-gold, auf der anderen Seite mit einer riesigen schwarz-weiß-roten Fahne beflaggt. Wir fragen die Reichsbahndirektion, wer hierzu den Auftrag oder die Erlaubnis gegeben hat.

Aus Schlesien.

Hoyerswerda. Tödlich verunglückt ist auf dem Weißholzer Kohlenwerk, Grube Klara III, der 27 Jahre alte Bergarbeiter Karl Witschaß. Um Reparaturen auszuführen, war W. an einem elektrischen Leitungsmast, der schief geworden war, hochgestiegen. Mit der Hand kam er dabei der Starkstromleitung zu nahe, stürzte rücklings ab und schlug so unglücklich mit dem Hinterkopf auf eine Eisenbahnschiene, daß er tot liegen blieb. Der Verunglückte war Familienvater.

Niesky OL. Ein „feines" Geschäft. Ein Fleischermeister aus Niesky erhandelte von einem Landwirt zwei Schweine im Gesamtgewicht von fünf Zentnern. Die Schweine werden gewogen und aufgeladen, und mehrere 100 Mark konnte der Besitzer als Lohn einstreichen. In der Dorfschenke wird das Geschäft „begossen". Gegen 5 Uhr nachmittags trennten sich die beiden, und der Fleischer nimmt mit seinem Wagen die Richtung nach Niesky. Als er mit seinen lieben Tierchen schon am Ausgang des Dorfes ist, wird er zu seinem Schrecken gewahr, daß beide Schweine verendet im Wagen liegen. Der Fleischer macht gleich wieder kehrt und wirft die verendeten Tiere im Hofe des einstigen Besitzers vom Wagen herunter. Die vordem so fest geschlossene Freundschaft hatte mit einem Schlage ihr Ende erreicht. Beiden dürfte noch der Prozeß wegen Tierquälerei gemacht werden.

Görlitz. Hartnäckiger Selbstmörder. Am Anfang dieser Woche zog ein junger Mann von hier nach Hirschberg und wohnte in einem Hause der Boberstraße. Bereits am nächsten Tage durchschnitt er sich mit einem Rasiermesser die Kehle und stürzte sich dann vom zweiten Stockwerk auf die Straße. Auf dem Transport nach dem Krankenhause starb der Unglückliche. Unbekannt sind die Beweggründe zu dieser grausigen Tat.

Hindenburg. Schwerer Zugzusammenstoß. Ein von der Abwehrgrube kommender schwer beladener Kohlenzug, der von einer elektrischen Lokomotive gezogen wurde, stieß in der Nähe des Stellwerkes Mikultschütz auf einen dort angebremsten haltenden Leerzug und zertrümmerte die drei ersten Wagen. Zwei von diesen Wagen waren mit 600 Zentner Zement beladen. Die Wagen wurden aus dem Gleis gestoßen und umgeworfen. Die elektrische Lokomotive und die nachfolgenden sechs Kohlenwagen entgleisten. Ein am Gleis stehender Mast der elektrischen Anlage zerriß. Der Anprall war so heftig, daß nicht nur Eisenteile, Puffer und Räder im weiten Umkreise herumlagen, sondern daß auch der Bahnkörper in einer Länge von 30 Meter aufgerissen und die Schienen verbogen wurden. Die aus Beuthen und Gleiwitz eingetroffenen Hilfsgerätezüge nahmen die Aufräumungsarbeiten sofort in Angriff. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Soziales.

Deutscher Krankenkassentag.

Düsseldorf, 26. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem 50. Deutschen Krankenkassentag des Hauptverbandes, der am Sonntag in Düsseldorf eröffnet wurde, waren 521 Arbeitgebervertreter, 863 Vertreter der Versicherten, 641 Angestellte des Hauptverbandes und der Krankenkassen und 107 Ehrengäste, im ganzen 2555 Teilnehmer, vertreten. In seiner Eröffnungsansprache erinnerte der 1. Vorsitzende des Hauptverbandes, Stadtrat Ahrens-Berlin, daran, daß der Verband eine außerordentlich günstige Entwicklung hinter sich habe. Bei der 13. Jahresversammlung, die ebenfalls in Düsseldorf stattfand, waren nur 155 Kassen mit 320 Teilnehmern anwesend. In Zukunft wird die zahlenmäßige Entwicklung wohl nicht mehr so stürmisch weiter gehen. Aber viele Aufgaben drängten sich vor, die der Lösung harrten. Die Reichsgesundheitswache sei auf Anregung des Hauptverbandes veranstaltet worden. Ein schweres Problem für die Kassen sei die Zunahme der Durchschnittskrankheitsdauer, die eine Folge des Krieges und der Arbeitslosigkeit sei, wodurch eine Steigerung der Ausgaben der Kassen erfolgt. Leider habe der Gesetzgeber bisher den Krankenkassen nicht das gegeben, was sie fordern müßten. Eine Herabsetzung der Kassenbeiträge sei unmöglich. Unmöglich sei aber auch ein Abbau der Sozialversicherung, wie er in einer Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie gefordert werde.

Der geschäftsführende Vorsitzende Lehmann, der nach den Begrüßungsansprachen, an denen sich Dr. Moses für die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beteiligte, das Wort zum Geschäftsbericht erhielt, wies besonders darauf hin, daß von 11,6 Millionen Versicherten 10,25 Millionen im Hauptverband zusammengeschlossen sind. Auf dem Gebiete der Gesundheitsfürsorge habe der Hauptverband Hervorragendes geleistet. Der Berichterstatter betonte, daß der Kampf mit den Aerzten, die unter sich einen Konkurrenzkampf auf Leben und Tod führten, weiter gehe. 1885 gab es in Deutschland 50 000 Aerzte. Heute sind es 145 000, von denen nur ein kleiner Bruchteil außerhalb der Kassen tätig sei. Der Beschluß des Preußischen Landtages, den 20prozentigen Rabattabschlag von der Aerztegebührenordnung aufzuheben, bringe den Kassen eine 25prozentige Erhöhung ihrer Ausgaben oder im Jahr etwa 55 Millionen Mehrausgaben. Die Ausgestaltung der Wochenhilfe bedeute eine Belastung, die aber von den Kassen im Interesse der Volksgesundheit hingenommen werden muß. — Der Bericht wurde ohne Aussprache entgegengenommen und dem Vorstand Entlastung erteilt.

Ueber das Thema „Gesundheitsfürsorge durch Arbeitsgemeinschaft der Sozialversicherungsträger" sprach Oberregierungsrat Unger-Berlin. Er unterstrich die Notwendigkeit der Zusammenarbeit der verschiedenen Träger der Sozialversicherung. Die aus dieser Erkenntnis heraus bei vielen Versicherungsanstalten entstandener Arbeitsgemeinschaften zwischen den Organisationen der Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherungen haben praktische Erfolge gehabt. Auch die zwischen den einzelnen Sozialversicherungsträgern getätigten Abkommen ermöglichten ein reibungsloses Abkommen, was im Interesse der Versicherten nur zu begrüßen sei. — Professor Klein-Jena sprach über das Naturheilverfahren im Dienste der Krankenversicherung. Wenn auch die Behandlung der Versicherten nur durch das Naturheilverfahren nicht zu erreichen sei, so müsse doch gefordert werden, daß auch den Naturärzten die Zulassung zur Kassenpraxis ermöglicht werde. Bis heute hätten es die Organisationen der Aerzte fertiggebracht, die Naturärzte von der Behandlung der Krankenkassenmitglieder fernzuhalten und ihnen dadurch die Möglichkeit genommen, die Vorteile der Naturheilweise in der Krankenversicherung unter Beweis zu stellen. — Ueber das Frühheilverfahren in der Unfallversicherung sprach Verwaltungsdirektor Koehn-Berlin. Durch das Gesetz über Aenderungen in der Unfallversicherung vom 14. Juni 1925 ist dem Frühheilverfahren eine größere Bedeutung als früher eingeräumt. Die Zuständigkeit der Berufsgenossenschaften und der Krankenkassen greifen hier ineinander und ist durch gegenseitige Abkommen abgegrenzt und festgelegt. Es liege im Interesse der Versicherten, wenn sie bei Unfall möglichst früh in die Behandlung besonders geschulter Fachärzte, wie sie den Berufsgenossenschaften zur Verfügung stehen, überwiesen würden.

Am Montag wies Ministerialdirektor Grieser vom Reichsarbeitsministerium in seinem Referat über die „Internationale Sozialversicherung" auf die große Bedeutung des Internationalen Arbeitsamtes hin. Der Sozialversicherung lege man hier die größte Bedeutung bei. Bei der 7. internationalen Arbeitskonferenz lag der Schwerpunkt der Verhandlungen auf der internationalen Sozialversicherung. Der Redner ging dann im einzelnen auf die Gebiete der Sozialversicherung ein und konnte dabei darauf hinweisen, daß Deutschland in diesen Dingen noch immer an der Spitze marschiere. Auf der letzten Arbeitskonferenz habe man sich entschieden, bei der Beurteilung von Berufskrankheiten den Kreis der Betriebe weiterzuziehen. Ueber die Grundprobleme der internationalen Sozialversicherung seien sich alle Mitglieder einig gewesen. Die soziale Lage habe sich in der ganzen Welt verschärft. Wenn die Weltwirtschaft wieder in geordneten Bahnen laufen solle, dann müsse erst die soziale Lage der Arbeiterschaft gebessert werden und wenn im nächsten Jahre auf der Arbeitskonferenz über die Arbeiterversicherung verhandelt werde, dann müßte die Arbeiterschaft der ganzen Welt vertreten sein.

Als Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes machte Dr. Schneider zu diesem mit großem Beifall aufgenommenen Referat noch Ergänzungen. Die deutsche Sozialversicherung stehe unbestritten als die beste der Welt da. Dr. Schneider wies darauf hin, daß die Tagung der Krankenkassen dem Arbeitsmann, dem schaffenden Menschen, gelte. Da, wo eine gute Sozialversicherung bestehe, sei auch die Kaufkraft der Massen groß, darum sei das Interesse Deutschlands an einer internationalen Sozialversicherung sehr stark. Alle Hoffnung auf das Zustandekommen einer internationalen Sozialversicherung sei berechtigt. 46 Mitgliedstaaten beim Internationalen Arbeitsamt in Genf hätten sich zum Grundsatz der internationalen Sozialversicherung bekannt. Das Kernstück dieser Versicherung werde eine allgemeine Krankenversicherung sein, sie international zu regeln sei. Das Internationale Arbeitsamt werde alle seine Kräfte dafür einsetzen.

Dann sprach Professor Dr. Schloßmann-Düsseldorf über „Kinderfürsorge unter Mithilfe der Krankenkassen". Eine solche Fürsorge müsse gesetzlich geregelt sein. Mit der Kinderfürsorge eng verbunden seien Wöchnerinnen- und Familienfürsorge. Auch die Kinder der Mitglieder hätten Anspruch auf Krankenhausbehandlung. Dafür zu sorgen, sei Sache der Gemeinden. Der Redner nahm dann Stellung gegen die Stadt Düsseldorf, die für Krankenhausaufenthalt nicht nur von einem Erwachsenen, sondern auch von einem Kinde 5 Mark pro Tag verlange. Das sei ein skandalöser Zustand, der nicht länger geduldet werden dürfte. Die Krankenkassen hätten die Pflicht, dagegen anzukämpfen. Der Redner wies dann darauf hin, daß das Wohnungselend keine Folge der Vorkriegszeit, sondern auf die öffentliche Indifferenz in der Vorkriegszeit zurückzuführen sei. Wer das Gegenteil behaupte, täusche die Oeffentlichkeit. Ueber die „Organisation der Kinderfürsorge" sprach Verwaltungsdirektor Stroebig-Hamburg, der verlangte, daß man sich frühzeitig genug für die Jugendlichen einsetzen müßte. Vorbeugende Tätigkeit sei das wichtigste. Dagegen wendet sich aber der Arbeitgeber. Es scheine der Geist der Vorkriegszeit wieder zu spuken. Man müsse sofort zugreifen mit der Kinderfürsorge, bevor es zu spät ist. Von 220 000 Kindern befinden sich 9000 in ärztlicher Behandlung. Vor allen Dingen müssen mit staatlichen und kommunalen Behörden Arbeitsgemeinschaften gebildet werden, die die Pflicht hätten, die Kinderfürsorge zur Durchführung zu bringen.

In der Diskussion sprachen Dr. Gerlich als Vertreter der Reichszentrale für Kinderfürsorge und Geschäftsführer Lehmann, der darauf hinwies, daß bei den meisten Kassen die Familienversicherung eingeführt sei. Dann sprach noch Prof. Dr. Wichmann-Hamburg über „Die elektrophysikalische Heilmethode in der Krankenversicherung" und Dr. Zehden-Berlin über „Bäderfürsorge für Kassenmitglieder". Beide Referate, die sich mit Spezialfragen befaßten, fanden großen Beifall. Das wesentlichste bei diesen beiden Vorträgen war die Feststellung, daß das Krankenkassenmitglied nicht als Patient 3 weiter Klasse behandelt werden dürfe.

Damit war die Reihe der Vorträge erschöpft. Es wurden dann noch einige Satzungsänderungen vorgenommen und einige eingegangene Anträge erledigt.

Kammergerichtsentscheide in Mieterschutzsachen.

Der „Amtliche Preußische Pressedienst" gibt folgende neuere Rechtsentscheide des Kammergerichts in Mieterschutzsachen bekannt:

Die Aufrechnung mit Gegenforderungen ist auch dann zulässig, wenn diese selbst nicht aufgewertet werden können. Es ist unerheblich, ob und in welcher Höhe die Gegenforderungen aufzuwerten sind (17. 6. 1926; 9. Aw. III 204/26).

Bei Festsetzung der Friedensmiete für Räume, die schon vor dem 1. Juli 1914 fertiggestellt waren, an denen aber nach diesem Zeitpunkt bauliche Veränderungen vorgenommen worden sind, sind die gegen die Friedenszeit erhöhten Baukosten dieser Veränderungen zu berücksichtigen (18. 6. 1926; 17. Y. 45/26.)

Die Friedensmiete für eine Wohnung, die aus der Vereinigung mehrerer Räume nach dem 1. Juli 1914 hervorgegangen ist, kann unter Umständen ebenso hoch oder geringer festgesetzt werden, als die Friedensmiete, die für einen Teil der vereinigten Räume am 1. Juli 1914 bestand. (18. 6. 1926; 17. Y. 57/26).

Versagt eine Gemeindebehörde die Genehmigung zum Wohnungstausch, so steht die Beschwerde nach § 16 des Wohnungsmangelgesetzes auch den Tauschpartnern zu, deren Wohnungen im Bezirk anderer Gemeindebehörden liegen. (18. 6. 1926; 17. Y. 60/26).

Die Entscheidung des Mieteinigungsamtes über Einwendungen gegen den Ersatzraum (§ 16 des Mieterschutzgesetzes) ist auch dann endgültig, wenn das Mieteinigungsamt einen Teil der vom Mieter zu verlassenden Räume als Ersatzraum gebilligt hat. (18. 6. 1926; 17. Y. 62/26).

Bei Festsetzung des Zwangsmietvertrages hat das Mieteinigungsamt den Mietraum und den Mietzins anzugeben. Als Mietzins genügt ein bestimmbarer Betrag, etwa die gesetzliche Miete. Sonstige Bestimmungen, z. B. über den Beginn des Mietverhältnisses oder Vorauszahlung des Mietzinses, kann das Mieteinigungsamt nach billigem Ermessen treffen. (18. 6. 1926; 17. Y. 68/26).

Die Aufwertungsstelle hat im Anmeldungsverfahren eine Entscheidung über die Kosten nicht zu erlassen. Dies gilt auch in dem Falle, daß ein auf gutgläubigen Eigentumserwerb sich stützender Einspruch eingelegt ist. (1. 7. 1926; 9. Aw. III. 326/26).

Aus aller Welt.

Disziplinarverfahren gegen den Skandal der Magdeburger Morduntersuchung.

Gegen Kriminalkommissar ten Holt, der bisher die Untersuchung in der Magdeburger Mordaffäre geführt hat, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden. Die Ausübung von Amtsverrichtungen ist ihm vorläufig untersagt. Der Kriminalkommissar hatte sich unter Eingebung eines ärztlichen Attestes, das seine Dienstunfähigkeit bescheinigt, krank gemeldet. — Der Magdeburger Untersuchungsskandal ist mit der Amtsenthebung ten Holts, der die Angaben des Haupttäters zur Ablenkung auf einen Dritten unterstützte und nachweislich die Untersuchung verschleierte, noch keineswegs bereinigt. Das Verhalten, des die Untersuchung führenden Richters war bisher nicht minder anstößig als die des Kriminalkommissars. Es wird höchste Zeit, daß auch das Preußische Justizministerium in seinem Magdeburger Amtsbereich energisch durchgreift, wenn die preußische Justiz nicht ihren letzten Rest von Ansehen verlieren will.

Völlig nackt

lief durch die Behrenstraße im Zentrum Berlins am Montag vormittag ein Mann und belästigte die Leute. Polizeibeamte nahmen ihn fest und brachten ihn auf das Polizeipräsidium. Es handelte sich um einen Geisteskranken, der einige Tage zuvor der Irrenanstalt entflohen war und bisher nicht wieder festgenommen werden konnte.

1600 Jahre alter Wein.

Im historischen Museum der Pfalz in Speyer, der berühmten Stadt am Rhein, in deren Dom die Kaiser des „Heiligen Römischen Reiches deutscher Nation" beigesetzt wurden, befinden sich nicht nur kostbare Stücke aus der germanischen und römischen Vorzeit, sondern auch eine eigene Abteilung, die das „Weinmuseum" heißt. In den kellerartigen und sehr stimmungsvollen Räumen dieser Abteilung ist alles zusammengetragen, was zur Geschichte des Weines in Deutschland gehört. Hier findet man auch eine Flasche, von der man wohl annehmen kann, daß sie den ältesten Wein der Erde enthält: es ist eine große römische Glasflasche, in der sich eine Mischung von Wein und Honig befindet, von der etwa ein Drittel noch in flüssigem Zustand ist. Gefunden wurde diese Flasche in einem Grabe, das aus der Zeit um 300 nach Christi stammt. Ihr Inhalt war ursprünglich mit Oel abgeschlossen, das sich im Laufe der vielen Jahrhunderte verharzte, so daß der seltene Inhalt bewahrt werden konnte.

Rohes Obst und Wasser bedeutet Tod.

In Rothenbergen bei Gelnhausen ist ein vierjähriges Kind, das nach dem Genuß von rohem Obst Wasser getrunken hatte, unter qualvollen Schmerzen gestorben. — Auf der Bahnfahrt Wetzlar—Limburg trank ein junges Mädchen eine Flasche Selterwasser und aß darauf unmittelbar Stachelbeeren. Nach kurzer Zeit stellten sich schwere Magenkrämpfe ein, die den Tod in kurzer Zeit herbeiführten.

Massenvergiftung auf einem deutschen Linienschiff.

Auf dem Linienschiff „Hannover" sind, anscheinend nach dem Genuß von verdorbenem Fleisch, 120 Matrosen an Vergiftungserscheinungen erkrankt. Die Matrosen sind sofort in das Marinelazarett eingeliefert worden. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Fleischvergiftungen auch in Polen.

Das „Berliner Tageblatt" berichtet, daß in Luck in Polen ungefähr 120 Soldaten an Fleischvergiftungen erkrankt sind. Auch zahlreiche Zivilpersonen erkrankten unter den gleichen Vergiftungserscheinungen.

Fünf Opfer des weißen Todes.

Zwei Wiener und zwei deutsche Touristen sind mit ihrem Führer auf dem Bratschenkopf im Schneesturm erfroren. Die Leichen konnten geborgen werden.

Um die Psychoanalyse.

Gegen Dr. Reik, einen bekannten Wiener Psycho-Analytiker, hat nun der amerikanische Konsul Hurley eine Strafanzeige wegen Betrugs und Kurpfuscherei erstattet, weil er, ohne geprüfter Arzt zu sein, einen geisteskranken Amerikaner psychoanalytisch behandelte, und einer Forderung der Wiener Aerztekammer entsprechend hat Bürgermeister Seitz als Landeshauptmann Dr. Reik die weitere Ausübung seiner Praxis verboten. Die Aerztekammer steht, wie ihr Präsident Dr. Ihenen erklärte, auf dem Standpunkt, daß nach dem österreichischen Gesetz ein Psychoanalytiker, der nicht Arzt sei, nicht das Recht habe, Behandlungen durchzuführen. Das Bundesministerium für soziale Verwaltung hat nun als oberste Instanz die letzte Entscheidung zu fällen. Nach der Ueberzeugung der Wiener Psychoanalytiker findet das Praxisverbot gegen Dr. Reik in den österreichischen Gesetzen keine Stütze; man weist auch darauf hin, daß gerade in Amerika die Psychoanalyse freigegeben ist. In der Tat gehört sie ja nicht zu den rein medizinischen Heilverfahren, sondern in das Gebiet der Pädagogik und Seelenführung. Auf der anderen Seite weist die Aerzteschaft darauf hin, daß das Wirken freier Heilkünstler weniger durch ihre Taten als durch ihre Unterlassungen gefährlich sei. Es gibt natürlich zahlreiche Kranke, die nicht durch Analyse oder durch Suggestion, sondern nur durch eine spezifisch ärztliche Kur zu heilen sind.

Unglücksfälle durch Kriegswerkzeuge.

Aus Prag wird gemeldet: Gelegentlich einer militärischen Fliegerübung am Freitag lösten sich von einem Flugzeuge außerhalb des Uebungsgeländes drei Bomben ab, von denen eine ein auf dem Felde arbeitendes 18jähriges Mädchen tötete und dessen Vater so schwer verletzte, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird.

Aus Italien wird berichtet: Während einer Uebung auf dem Artillerieschießplatz bei Cuneo explodierte ein Geschoß infolge unvorsichtiger Handhabung, wobei vier Soldaten getötet, zwei schwer und drei leichter verletzt wurden.

Zwei Dörfer in Rußland niedergebrannt.

Im Kreise Rybinsk ist das große Dorf Syssojewo durch ein Schadenfeuer fast ganz vernichtet worden. Nicht weniger als 100 Gebäude sind niedergebrannt, darunter die Schule, die vom Dorfsowjet eingerichtete Bibliothek, das Vorratsmagazin und die Kirche. Mehrere 100 Personen sind obdachlos. Da die Häuser, wie meist in russischen Dörfern, sehr eng zusammenstanden und mit Stroh bedeckt waren, hatte das Feuer in nur zwei Stunden sein Vernichtungswerk beendet. Wenige Tage vor diesem Unglück ist etwa die Hälfte der Gebäude des Dorfes Podorohina im selben Kreise niedergebrannt. — Die Stadt Kostelnitsch, die vor einigen Monaten durch Feuer fast ganz zerstört worden ist, wird jetzt wieder aufgebaut. Die Sowjetregierung hat einstweilen eine halbe Million Rubel zum Wiederaufbau der öffentlichen Gebäude, Schulen und Wohnhäuser für Beamte bewilligt.

Rationalisierung der Sozialversicherung.

Als die deutsche Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung in Angriff genommen wurde, sah sie sich der schärfsten Kritik der Sozialdemokratie ausgesetzt. Für die Arbeiterpartei waren dafür verschiedene Gründe maßgebend. Kurz zuvor war die Partei unter Ausnahmerecht gestellt worden, und die Sozialversicherung wurde vom Fürsten Bismarck gefördert, in der offenbaren Absicht, die Massen von der Partei abzuwenden. Dazu kam das Abrücken der Lassalleschen Ansicht in der Partei: „Ich erkenne gern den relativen, obwohl äußerst untergeordneten und kaum der Rede werten Nutzen dieser Institute an" (Offener Brief an das Leipziger Arbeiterkomitee). Lassalle glaubte nicht, daß die Versicherungseinrichtungen die soziale Lage des Arbeiters heben könnten. Dieser Auffassung kam geradezu entgegen die Regierungsbegründung zum Gesetzentwurf über die Unfallversicherung vom Jahre 1880/81:

„In Wahrheit handelt es sich bei den Maßnahmen, welche zur Verbesserung der Lage der besitzlosen Klassen ergriffen werden können, nur um eine würdigere Ausgestaltung der staatlichen Armenpflege und um eine Weiterentwicklung der dieser bereits zugrunde liegenden Idee."

Das war allerdings eine Ansicht, die nicht dafür sprach, daß eine Hebung der sozialen Lage der Arbeiter durch die Sozialversicherung erstrebt wurde. In der Folgezeit ist die Stimmung in der Arbeiterschaft umgeschlagen. In der Tat hat sich die Sozialversicherung als ein Instrument erwiesen, das, richtig angewandt, dadurch einer Hebung der sozialen Lage dienen kann, als es in den mannigfachen Wechselfällen des Lebens den einmal bereits erreichten Stand wahrt und somit eine Plattform schafft, von der aus der Aufstieg weitergehen kann. Richtig ist, daß dieser Zweck nicht durchweg erreicht wird. Das aber führt die Arbeiterschaft nicht mehr zur Ablehnung, sondern zur Förderung nach einer Verbesserung der Sozialversicherung. Hier aber beginnen die Schwierigkeiten. Jede Verbesserung der Versicherungsleistungen muß, wenn an der Versicherungseinrichtung nichts geändert wird, zu einer Erhöhung der Versicherungsbeiträge, der sozialen Last, führen. Die aber wird von den Unternehmern restlos, von der Arbeiterschaft zum Teil, abgelehnt. Die Unternehmer besonders begründen ihre Ablehnung mit der Behauptung von der Untragbarkeit schon der jetzigen Soziallast. Ganz scharf kommt dieser Standpunkt neuerdings wieder in der Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie, „Deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik", zum Ausdruck. Wenn es dort unter anderem heißt:

„Die Aufrechterhaltung einer weitgehenden sozialen Fürsorge ist nur möglich, wenn die Beiträge aller Teile der Wirtschaft für soziale Zwecke sich der tatsächlichen Leistungsfähigkeit anpassen",

so ist dagegen allerdings nicht das geringste einzuwenden. Ueber das Maß der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft aber kann man sehr wesentlich verschiedener Meinung sein. Die Frage mag hier unerörtert bleiben. Sicher ist jedenfalls, daß die Arbeiterschaft eine Herabsetzung der Beiträge zur Sozialversicherung unter Wahrung und möglichster Steigerung der Leistungen begrüßen würde.

Man hätte nun erwarten dürfen, daß die Industrie ihrerseits konkrete Vorschläge darüber gemacht hätte, von welchen Maßnahmen sie eine Minderung der sozialen Last erwartet. Von Palliativmitteln abgesehen, ist das jedoch nicht geschehen. Die Frage bliebe also zu untersuchen.

Zweck der Sozialversicherung ist der Schutz der Arbeitskraft und die Sicherung des Lebensunterhaltes des Arbeiters bei eingetretenen Schädigungen. Im einzelnen soll der Zweck erreicht werden durch:

a) Verhütung der drohenden Schädigung der Arbeitskraft;
b) Beseitigung oder möglichste Milderung des eingetretenen Schadens an der Arbeitskraft;
c) Sicherstellung des Lebensunterhaltes des Arbeiters und seiner Familie bei
   1. zeitweiligem oder dauerndem Verlust der Arbeitskraft,
   2. Verlust der Arbeitsgelegenheit,
   3. Tod des Ernährers der Familie;
d) Produktion neuer Arbeitskraft (Wochen- und Familienhilfe).

In allen Fällen ist unter dem Arbeiter nicht der gewerbliche Arbeiter schlechthin, sondern der Lohn- und Gehaltsempfänger ebenso begriffen wie die Ehefrau, deren Arbeitskraft sich nicht im werktätigen Leben, sondern im Haushalte verbraucht.

Wollte man diese kurze Aufzählung als Maß dessen nehmen, was noch zu tun ist, dann kann von einem Leistungsabbau überhaupt nicht die Rede sein, es fehlt im Gegenteil noch viel. Um aber das erforderliche Mehr zu erreichen, ist Vorbedingung, daß die Organisation der Sozialversicherung tragfähiger und elastischer gestaltet wird. Die Wege dafür sind Rationalisierung und Konzentration der Sozialversicherung.

Die Sozialversicherung in jetziger Form ist eingestellt auf Schadensbeseitigung und -minderung. Das ist natürlich sehr wichtig, ökonomisch dagegen wenig vorteilhaft. Richtiger ist es, den Schaden möglichst nicht erst aufkommen zu lassen, als später den eingetretenen Schaden zu beseitigen. Man kann nicht sagen, daß auf diesem Gebiete nichts geschehen sei. Das Heilverfahren der Invaliden- und Angestelltenversicherung, die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften, die vorbeugende Tätigkeit der Krankenkassen zusammen mit der Wochen- und Familienhilfe sind außerordentlich beachtenswerte Ansätze. Der Fehler liegt jedoch darin, daß diese Maßnahmen fast alle abgestellt sind auf das einzelne Individuum, nicht dagegen auf die Masse, und daß sie fast alle schon Folgezustände bekämpfen, nicht aber Ursachen. Die Sozialversicherung hat es aber vor allem mit Massenschäden zu tun, gegen die nicht individuelle, sondern soziale Maßnahmen helfen. Wenn zum Beispiel die Invalidenversicherung einem Tuberkuloseverdächtigen ein Heilverfahren gewährt, so ist das für den Betreffenden sicher sehr wünschenswert. Besser noch aber wäre es, wenn sie ihn vielleicht in eine bessere Wohnung bringen würde und so die Ansteckung seiner gesamten Umgebung verhinderte, wenn es darüber hinaus möglich wäre, mit Mitteln der Sozialversicherung der Gesamtheit aller Werktätigen überhaupt gesunde Wohnung zur Verfügung zu stellen. Das Beispiel schlägt natürlich reichlich ins Extreme aus, gibt aber ziemlich genau die Richtung an, in der zu marschieren ist. Die Hauptmittel, deren sich die Sozialversicherung in Zukunft zu bedienen haben wird, sind die Sozialmedizin und die Sozialhygiene. Beide stehen noch nicht auf der Höhe der Individualmedizin und -hygiene. Sie dahin zu bringen, wird eine Hauptsorge der Sozialversicherung in Zukunft sein müssen. Das ist die eine Möglichkeit zur Rationalisierung der Sozialversicherung.

Die andere erschöpfte sich in dem Begriff der Konzentration. Die Organisation der Sozialversicherung ist gegenwärtig zwiefach gespalten:

1. nach der Ursache, die den Schaden bewirkt (Kranken-, Unfall-, Invalidenversicherung),
2. nach der beruflichen Zugehörigkeit der Versicherten (Invaliden-, Angestelltenversicherung, besondere Krankenkassen).

Daneben steht die knappschaftliche Versicherung, die zwar berufsständisch abgesondert, alle Schadensursachen, ausgenommen die Arbeitslosigkeit, erfaßt. Zwischen den einzelnen Versicherungszweigen fließen die Grenzen, eine Betreuung desselben Versicherten gleichzeitig oder nacheinander durch mehrere Versicherungsträger ist möglich. Das ist offenbar unrationell. Man überlege nur, wieviel Kräfte durch die getrennte Verwaltung absorbiert werden, welcher Aufwand hierfür nutzlos vertan wird. Eine Zusammenfassung der Kräfte, äußerste Konzentration, ist hier notwendig.

Merkwürdig ist nun, daß die Denkschrift der Industrie, die sonst dem Gedanken der Konzentration durchaus nicht ablehnend gegenübersteht, für die Sozialversicherung diese Forderung nicht aufgestellt hat. Hier haben doch wohl Einzelinteressen eine nicht unerhebliche Rolle gespielt. Der Gedanke liegt nicht fern, daß man befürchtete, auf das Maß der sozialen Fürsorge bei einer Vereinheitlichung der Versicherungsträger den Einfluß zu verlieren, den die Unternehmerschaft unter der Zersplitterung ausüben kann. Wie dem auch sei, für die Arbeiterschaft kann das kein Grund sein, auf die Vereinheitlichung der Versicherung zu verzichten.

Für die Rationalisierung der Sozialversicherung sind die beiden hier besonders hervorgehobenen Punkte von entscheidendem Gewicht. Andere Möglichkeiten, die vorhanden sind, haben selbstverständlich auch Bedeutung, treten aber gegen diese Hauptpunkte zurück.

Das Internationale Arbeitsamt befugt zu Arbeitsregelungen zum Schutz bestimmter Arbeiterkategorien.

Im Rechtsstreit zwischen dem Internationalen Arbeitsamt und den Arbeitnehmervertretern des Verwaltungsrats hat das Haager Schiedsgericht jetzt seine gutachtliche Entscheidung gefällt. Der Gerichtshof spricht dem Internationalen Arbeitsamt die Befugnis zu, zum Schutze bestimmter Arbeiterkategorien Arbeitsregelungen zu entwerfen und zur allgemeinen Annahme vorzuschlagen, die nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die Arbeitgeber bindend sind.

Lohnbewegung der französischen Bergarbeiter.

Paris, 27. Juli. (Eigener Funkbericht.)

Das Nationalkomitee des französischen Bergarbeiter-Verbandes trat am Montag im Gebäude des französischen Gewerkschaftsbundes in Paris zu einer Sitzung zusammen, bei der 13 Bezirke vertreten waren. Das Komitee hat nach Kenntnisnahme des zwischen dem Vorstand des Verbandes und dem Zentralkomitee der französischen Grubenbesitzer gewechselten Schreibens beschlossen, sofort Verhandlungen wegen einer allgemeinen Lohnerhöhung für die Bergarbeiter in die Wege zu leiten. Diese Lohnerhöhung soll der allgemeinen seit der letzten Lohnerhöhung im Mai eingetretenen Lebensverteuerung Rechnung tragen. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes wird sofort beim Arbeitsminister vorstellig werden. — Das Nationalkomitee beschloß außerdem eine Solidaritätsadresse an die streikenden Bergarbeiter in England und die Hafenarbeiter von Dünkirchen.

Gewerkschaftlicher Zusammenschluß in Bulgarien.

Sofia, 26. Juli. (Eigener Bericht.) In einer dichtgedrängten, imposanten Arbeiterversammlung in Sofia wurde der Zusammenschluß der bisher getrennt marschierenden und getrennt kämpfenden Gewerkschaftsgruppen „Freie Gewerkschaft" (Amsterdam) und „Unabhängige Gewerkschaft" (früher Moskau) in die „Geeinigte Gewerkschaft" Bulgariens (Amsterdam) proklamiert. Eine entsprechende Entschließung wurde von den Versammlungsteilnehmern mit ungeheurem Beifall aufgenommen. Die Verständigungsverhandlungen, die seit einigen Monaten stattfanden, konnten schneller als erwartet, zum guten Abschluß gebracht werden, da beide Seiten davon überzeugt waren, daß nur ein gemeinsamer Kampf die bulgarische Arbeiterbewegung ihren Zielen näherbringen kann. Die „Geeinigte Gewerkschaft" wird ein neues Gewerkschaftshaus errichten und eine eigene Zeitung herausgeben.

Die Achtstundenbewegung in Ungarn.

Als vor ungefähr 40 Jahren die ungarischen Arbeiter Gewerkschaften gründeten, war die tägliche Arbeitszeit in Ungarn, mit kleinen Ausnahmen, 12 bis 14 Stunden. Um diese lange Arbeitszeit zu kürzen, mußte ein viele Jahre dauernder erbitterter gewerkschaftlicher Kampf geführt werden.

Dieser Kampf war deshalb besonders schwer, weil bei Streiks oder Aussperrungen die Behörden zumeist auf Seite der Unternehmer standen. Auch in materieller Hinsicht war er schwer, weil vom Jahre 1890 bis 1900 keine Landesorganisationen gegründet werden konnten und nur schwache Lokalorganisationen für die Interessen der Arbeiter eintreten konnten. Aber trotzdem um jede Viertelstunde Arbeitszeit schwer gekämpft werden mußte, ging es vorwärts.

Das Hauptziel der ungarischen Gewerkschaften war die Erhöhung der sehr niedrigen Löhne und die Erringung des achtstündigen Arbeitstages; dieses Ziel wurde jedoch bis zum heutigen Tage nicht ganz erreicht.

Wohl haben die meisten Berufe aus eigener Kraft schon längst den Achtstundentag errungen. Die große Arbeitslosigkeit, welche jahrelang in Ungarn herrscht, hatte indessen zur Folge, daß die Unternehmer die Arbeitszeit wieder zu verlängern versuchen oder schon verlängert haben. Einzelne Branchen, besonders die graphischen Arbeiter, haben Kollektivverträge, welche nicht nur die Löhne, sondern auch den Achtstundentag sichern.

Was die Washingtoner Konvention über den Achtstundentag anbelangt, so muß bemerkt werden, daß Ungarn wohl Mitglied des Völkerbundes ist und die Konventionen des Internationalen Arbeitsamtes auch dem ungarischen Parlament vorgelegt wurden, daß jedoch die wichtigsten, unter anderen auch die Achtstundenkonvention, auf Vorschlag der Regierung abgelehnt wurden. Natürlich macht die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion bei jeder Gelegenheit Propaganda für den Achtstundentag und auch für andere Arbeiterschutzgesetze. Leider ist diese Fraktion viel zu schwach — 24 Abgeordnete — um Erfolge zu erreichen. Es ist daher Aufgabe der Gewerkschaften, sobald die Konjunktur besser wird, für den Achtstundentag und für andere Arbeiterschutzgesetze, vor allem für die Koalitionsfreiheit, zu kämpfen.

Der Schiedsspruch für den deutsch-oberschlesischen Bergbau abgelehnt.

Eine in Zaborze stattgefundene Revierkonferenz der Vertrauensleute, Betriebsräte und Funktionäre der Bergarbeiter nahm zu dem für den oberschlesischen Bergbau gefällten Schiedsspruch Stellung. Die Konferenz lehnte diesen Schiedsspruch, der u. a. die 8½stündige Arbeitszeit beibehalten will, einstimmig ab. Sollte der Schiedsspruch für verbindlich erklärt werden, will die Bergarbeiterschaft laut Beschluß der Revierkonferenz entsprechende Maßnahmen ergreifen.

Der Schiedsspruch ist im Sinne der Arbeitgeber ergangen, die auf der Beibehaltung der verlängerten Arbeitszeit bestehen. Sie begründen ihre Stellungnahme damit, daß die augenblicklich günstige Konjunktur des deutsch-oberschlesischen Bergbaues durch den deutsch-polnischen Handelskrieg und den englischen Bergarbeiterstreik hervorgerufen wurde, und daß diese günstige Lage nur durch die Beibehaltung der bisherigen Arbeitszeitbedingungen voll ausgewertet werden könne. Die Bergarbeiter sind der Auffassung, daß diese günstige Konjunktur der Anlaß zu einer Verkürzung der Arbeitszeit sein könnte, da auf diese Weise vielen erwerbslosen Bergarbeitern Arbeit verschafft werden wird. Bei einem Aufhören der gegenwärtigen Konjunktur, deren Dauer nur kurz bemessen sein wird, würde sich verschlechtern, da dann längere Arbeitszeit verminderte Zahl der Beschäftigten und vermehrte Arbeitslosigkeit bedeutet.

Ein Werkmeister-Veteran. Konrad Zander, Düsseldorf, der Mitbegründer und Ehrenvorsitzende des Deutschen Werkmeister-Verbandes, schied am 21. Juli im hohen Alter von fast 88 Jahren aus dem Leben. Zander gründete Ostern 1884 den Deutschen Werkmeister-Verband in Gemeinschaft von 350 Werkmeister-Vertretern. Als Vorsitzender des Verbandes hat er sich unermüdlich für die Hebung des Standes eingesetzt. Die Vertreter-Versammlung des Hamburger Abgeordnetentages 1902 ernannte ihn darum zum Ehrenvorsitzenden.

Wirtschaft.

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise im Spiegel des „Kommunistischen Manifestes"

Vor einem reichlichen Jahrzehnt noch haben nur wenige geglaubt, daß nach so kurzer Zeit schon Europa sich in einer Wirtschaftskrise von solcher Stärke und Dauer befinden würde. Der flotte Geschäftsgang in den beiden letzten Dezennien vor dem Kriege hatte bei vielen den Glauben aufkommen lassen, das tausendjährige Reich der Bourgeoisie sei angebrochen und die im „Kommunistischen Manifest" gezeichnete Entwicklungstendenz der kapitalistischen Gesellschaft falsch. Nur so ist es verständlich, daß selbst bei einem großen Teil der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von der Aneignung marxistischer Gedankengänge nur wenig zu spüren ist — Millionen bleiben den Parteiorganisationen fern und unterstützen die kapitalistische Presse und daß sie ebenfalls noch mit parlamentarischen Mitteln — Abgabe eines roten Stimmzettels — nicht aber mit revolutionären die soziale Frage zu lösen trachten. Der kurzer Hinweis auf den Entwicklungsgang der kapitalistischen Gesellschaft, wie er von Marx und Engels geschildert worden ist, wird daher das Verständnis für die jetzige große Arbeitslosigkeit ein Stück fördern und hoffentlich auch diejenigen unter uns kritisch stimmen, die von einer Woche andern mit einer wesentlichen Besserung der wirtschaftlichen Lage rechnen.

Die Blüte des europäischen Kapitalismus hatte ihre Ursache in der gewaltigen Ausdehnung der Industrie und des überseeischen Handels und des damit zusammenhängenden Transportwesens. „Die uralten nationalen Industrien ... werden verdrängt durch .... Industrien, die nicht mehr einheimische Rohstoffe, sondern den entlegensten Zonen angehörige Rohstoffe verarbeiten und deren Fabrikate nicht nur im Lande selbst, sondern in allen Weltteilen zugleich verbraucht werden." Infolge der miserablen Entlohnung der europäischen Arbeiter konnte kein genügend aufnahmefähiger innerer Markt entstehen. Die Warenberge wuchsen rasch. „Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Ueberall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen."

Aber der Kapitalismus ist unersättlich. Er begnügt sich nicht mit dem Gewinn, den die Ueberschwemmung der ganzen Erde mit fertigen Produkten abwirft. Die den Arbeitern abgepreßte und in Geld verwandelte Mehrarbeit kann durch die im Inlande betriebene Produktion nicht rasch genug neuen Mehrwert hecken. Die Bourgeoisie exportiert daher auch Kapital, Arbeitsmittel und Arbeiter. „Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen."

Dieses „goldene Zeitalter" ist aber nicht von ewiger Dauer. „Die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschwor." Da es im Prinzip des europäischen Kapitalismus liegt, die Lebensführung des Proletariats möglichst niedrig zu halten, führt natürlich die massenhafte Fabrikation rasch zur Ueberproduktion und die Krise folgt ihr auf dem Fuße. „Es genügt, die Handelskrisen zu nennen, welche in ihrer periodischen Wiederkehr immer drohender die Existenz der ganzen bürgerlichen Gesellschaft in Frage stellen.... Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einmal durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften, zum andern durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, daß sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert."

Dort ist der europäische Kapitalismus jetzt angelangt. Die Eroberung neuer Märkte ist infolge der raschen Industrialisierung der überseeischen Länder seit Beginn des Krieges nur sehr schwer möglich. Dasselbe gilt auch für die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wohl hätte speziell Deutschland in den östlich gelegenen Ländern noch für lange Zeit ein großes Absatzgebiet für seine Industrieerzeugnisse, wenn dort die Verkehrsverhältnisse bessere wären. Auch jetzt ein lebhafterer Handel dorthin gute Ernten in den betreffenden Ländern voraus.

Aus alledem geht hervor, daß der europäische Kapitalismus in eine Sackgasse geraten ist. Die von ihm hervorgerufene Massenproduktion an Waren kann auf die Dauer nicht aufrechterhalten werden, wenn das Proletariat weiter vom Konsum ausgeschlossen bleibt. Die Unfähigkeit des Kapitalismus, die gesellschaftliche Aufgabe einer jeden Produktionsform, die Bestand haben soll, dauernd zu erfüllen, die von allen Produktionsmitteln entblößten, proletarisierten Massen zu beschäftigen und damit zu ernähren, zu bekleiden und zu behausen, muß zu seinem Sturze führen:

„Alle bisherige Gesellschaft beruhte auf dem Gegensatz unterdrückender und unterdrückter Klassen. Um aber eine Klasse unterdrücken zu können, müssen die Bedingungen gesichert sein, innerhalb deren sie wenigstens ihre knechtische Existenz fristen kann. Der Leibeigene hat sich zum Mitglied der Kommune in der Leibeigenschaft herangearbeitet, wie der Kleinbürger zum Bourgeois unter dem Joch des feudalen Absolutismus. Der moderne Arbeiter dagegen, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, sinkt immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Der Arbeiter wird zum hilflos Verarmten. Es tritt hier offen zutage, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern."

Die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft hat die von den beiden genialen Begründern des wissenschaftlichen Sozialismus vor fast achtzig Jahren gezeichneten Wege genommen und es besteht kein Zweifel: Der Kapitalismus geht an den ihm innewohnenden Widersprüchen zugrunde. Auch die jetzige große Arbeitslosigkeit und die Ernährung der erwerbslosen Arbeitssklaven steht in schreiendem Gegensatz zum kapitalistischen Prinzip. Wohl ist die heutige Gesellschaft seit Jahrzehnten bestrebt, die Aufbringung der Mittel für die Erhaltung der unglücklichen Opfer ihrer Wirtschaftsordnung dem Proletariat aufzubürden — mit der Schaffung der Kranken-, Alters- und Invaliditäts- und Erwerbslosenversicherung ist ihr das ja auch zum großen Teil gelungen — sie gewinnt damit aber nur eine Galgenfrist. „Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich." Z—n.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 29. Juli.

1 Pfund Sterling	20,394	100 fr. Francs	10,78
1 Dollar	4,195	100 tsch. Kronen	12,422
100 holl. Gulden	168,54	100 Schweizer Francs	81,19
100 belg. Francs	11,03	100 Pesetas	65,27
100 norw. Kronen	92,08	100 schwed. Kronen	112,27
100 Danzig. Gulden	81,80	100 000 ung. Kronen	5,875
100 Lire	13,93	100 öst. Schilling	59,33
100 dän. Kronen	111,18	100 Zloty	46,25

Arbeiter-Sportbewegung

Breslau, 27. Juli 1926.

Zur Feier des Verfassungstages.

Der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer gibt unter Hinweis auf die festliche Ausgestaltung des Verfassungstages nachstehende Anregung:

Zur festlichen Ausgestaltung der diesjährigen Feier des Verfassungstages werden unter anderem sportliche und turnerische Veranstaltungen beitragen können. Ich ersuche ergebenst, die betreffenden Vereine zur Abhaltung von Wettkämpfen an diesem Tage zu veranlassen und auch bei den übrigen Jugendpflegevereinen geeignete Zusammenkünfte oder Feiern anzuregen.

Für bedeutendere sportliche und turnerische Veranstaltungen, denen besondere Beziehung zum Verfassungstage außer Zweifel steht, hat der Herr Reichspräsident die Ausprägung einer Plakette genehmigt. Anträge auf Verleihung einer Plakette müssen bis zum 18. d. Mts. hier eingegangen sein. Dazu bemerke ich, daß im Ganzen nur 500 Stück zur Verfügung stehen. gez. Hirtsiefer.

* * *

Soweit der erste Teil der Publikation des preußischen Wohlfahrtsministers in Frage kommt, werden ihn auch die Arbeitersportvereine prüfen können. Der zweite Absatz der Verordnung ist für die Arbeiter-Turner und -sportler ohne Wert, da sie auf die Verleihung von Plaketten kein Gewicht legen. Ins Gedränge werden bei all dem die schwarz-weiß-rote Deutsche Turnerschaft und die anderen sogenannten nationalen Sportgebilde kommen, denen es einigermaßen peinlich sein dürfte, sich um eine republikanische Auszeichnung, noch dazu um eine auf den Verfassungstag gestimmte Plakette, zu bewerben. Immerhin: Hindenburg hat's genehmigt. Da werden sie schon antanzen.

Bundestagung des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Hamburg, 24. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Am Sonnabend nachmittag wurde der 15. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes in dem würdig geschmückten großen Saal des Hamburger Gewerkschaftshauses eröffnet. Der Bundesvorsitzende Fellert begrüßte die Vertreter des Hamburger Senats und der Städte Altona und Wandsbek. Er wies auf die 30jährige Tradition des Bundes hin, in der auch die Beratungen dieses Bundestages geführt werden sollen.

Der Vertreter des Hamburger Senats, Staatsrat Dr. Buehl, überbrachte die Grüße der drei Schwesterstädte und überreichte als sichtbares Zeichen der Anerkennung der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung einen Betrag von 3000 Mark für die Bundesschule in Leipzig. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands sprach Genosse Ludwig, der die Verbundenheit zwischen der politischen Partei- und der Arbeiter-Sportbewegung betonte. Auch die Kommunisten ließen den Bundestag begrüßen. Für den ADGB. sprach die Genossin Heine, für die Zentralkommission der Arbeiter-Sport- und Körperpflege Fritz Wildung. Grüße der tschechischen Arbeitersportler, der deutschen Arbeitersportler der Tschechoslowakei, des Deutschen Arbeiter-Sängerbundes, der Hamburger Sozialdemokratie und des Hamburger Sportkartells schlossen sich an. Nachdem der Bundesvorsitzende der Toten des Bundes gedacht hatte, wurde die vorgeschlagene Geschäftsordnung genehmigt. Als Vorsitzende des Bundestages wurden Jeuthe-Dessau und Jahn-Bremen gewählt. Nach der Wahl der Schriftführer und Einsetzung der verschiedenen Ausschüsse wurden die eigentlichen Verhandlungen auf Sonntag, vormittags 7 Uhr, vertagt.

Im gleichen Saal fand dann eine Begrüßungsfeier statt, die von hoher proletarischer Kultur zeugte. Neben den musikalischen Darbietungen wurden besonders beifällig die Leistungen des Sprechchors des Bildungsausschusses der Sozialdemokratischen Partei Hamburgs aufgenommen.

Wir werden über die Tagung noch eingehend berichten.

16. Bundestag des Arbeiterradfahrerbundes „Solidarität" in Karlsruhe.

In Anwesenheit von 64 Delegierten aus allen deutschen Gauen und zwei Vertretern aus der Schweiz und Elsaß-Lothringen wurde am Sonnabend abend im Friedrichshof in Karlsruhe der 16. Bundestag durch den Vorsitzenden Niemann eröffnet. Von seiten der Bruderverbände des Arbeitersports waren Vertreter anwesend. Am Abend folgte eine Begrüßung seitens der badischen Regierung und der Stadtverwaltung.

Die eigentliche Tagung begann am Sonntag vormittag mit den Berichten der Vorstandsmitglieder über die Lage im Bund. Genosse Niemann wies auf die Auswirkungen der Wirtschaftslage, auf den Mitgliederstand hin, gab Aufschluß über das erweiterte Fabrikationsgebäude in Offenbach und befürwortete die Anstellung von Jugendleitern. Der Bundeskassierer, Genosse Zimmermann, versprach die Erfüllung der berechtigten Forderungen an die Bundeskasse. Redakteur Frahnert vom Bundesorgan berichtete über die Entwicklung des Blattes, das in einer Auflage von über 200 000 erscheine. Die Genossen Sachs und Rohde sprachen sich für eine Erhöhung des Betriebskapitals für das Fahrradhaus Frisch-Auf aus.

Die Aussprache über die Berichte nahm den Sonntagnachmittag in Anspruch. Am Nachmittag wurde ein Festzug durch die Stadt veranstaltet. Gegen 2 Uhr traf die erste Stafette ein, und zwar die von Königsberg, Stettin, Lübeck, Bremen, Berlin, Magdeburg, Flensburg, Hannover, Rüsselsheim, Mannheim, die für die Strecke von 1438 Kilometer 68 Stunden 43 Minuten brauchte. Am Abend veranstaltete die Stadt Karlsruhe zu Ehren der Delegierten ein Feuerwerk im Stadtgarten.

Am Montag vormittag erhielten die Berichterstatter das Wort zu Schlußausführungen. Gegen 2 Stimmen wurde schließlich dem Bundesvorstand und der Geschäftsleitung Entlastung erteilt.

Dann wurde in die Beratung der Anträge eingetreten. Zum Statuten-Entwurf lagen 138 Anträge vor. Der Bundesbeitrag wurde auf 1.10 Mark festgesetzt, die Radunfall- und Todesfall-Unterstützung neuzeitlich geregelt. Eine Anstellung der Gauleiter wurde abgelehnt.

Der Montag-Nachmittag war einem Ausflug nach Baden-Baden gewidmet. Im Tagungshaus war eine kleine Ausstellung der Erzeugnisse des Fahrradhauses Frisch-Auf in Offenbach eingerichtet worden. Am Denkmal des Laufrad-Erfinders, v. Drais, wurde ein Kranz niedergelegt.

Am Dienstag vormittag wurde in der Beratung der weiteren vorliegenden Anträge fortgefahren.

Hinsichtlich der zukünftigen Zusammensetzung der Bundestage wurde ein Antrag angenommen, wonach auf je 2000 Mitglieder ein Delegierter entfällt. Die Bundestags-Delegierten müssen gewerkschaftlich und politisch organisiert sein. In der Frage der Jugendpflege wurde bestimmt, daß ein unbesoldeter Bundes-Jugendleiter zu wählen ist. Der große Bundes-Jugendausschuß tritt jedes Jahr zur Beratung zusammen.

Ueber den Sportbetrieb im Bunde berichtete der Vorsitzende des Bundes-Sportausschusses, Genosse Irmisch. Gegen 100 Anträge lagen zu diesem Punkt vor. In namentlicher Abstimmung wurden die Anträge, die die Abschaffung der Rennen forderten, mit 49 gegen 29 Stimmen abgelehnt und die Einrichtung des 50-Kilometer-Rennens gutgeheißen. Der Bundesvorstand wurde weiter beauftragt, Diplome für die Verteilung bei Wettbewerben anzuschaffen. Wertgegenstände dürfen als Preise nicht ausgegeben werden.

Unter „Sonstiges" wurde ein Antrag angenommen, der die Bundesleitung ersucht, im Verein mit den gewerkschaftlichen Organisationen sich für den Achtstundentag einzusetzen und Kurse zur Fortbildung der Funktionäre des Bundes abzuhalten. Die Anträge, die ein Zusammenarbeiten mit der A.-S.-J. verlangten, wurden dem Bundesvorstand zur Weiterbehandlung überwiesen.

In der Frage des Verhaltens gegenüber bürgerlichen Vereinigungen wurde eine Entschließung angenommen, wonach im Einklang mit dem Beschluß der Zentralkommission gemeinsame Veranstaltungen mit bürgerlichen Vereinigungen untersagt werden. Der bisherige Bundesvorstand wurde hierauf einstimmig wiedergewählt. Als Ort für die Tagung des Bundesausschusses wurde Dresden bestimmt, als Tagungsort für den nächsten Bundestag Hamburg.

Die Wahl des Bundesbeirates ergab die bisherige Zusammensetzung. Als Ort für die Austragung der nächsten Bundesmeisterschaften wurde Hannover gewählt.

In seinem Schlußwort dankte Bundesvorsitzender Niemann der Stadtverwaltung für den Empfang und die Darbietungen und forderte die Delegierten auf, weiter tatkräftig für die Sache des Bundes zu arbeiten.

Mit dem Bundesgruß „Frisch auf!" und unter Absingung des Bundesliedes wurde dann um 1 Uhr der 16. Bundestag der Arbeiter-Radfahrer geschlossen.

Westdeutschlands Massensportfest.

Köln, die alte Domstadt am Rhein, wird in den Tagen vom 6. bis 9. August den wuchtigen Massenaufmarsch der westdeutschen Arbeitersportler erleben. In der gleichen Kampfarena, in der die zweiten Deutschen Kampfspiele zur finanziellen Pleite wurden, soll die Kölner und rheinische Bevölkerung eine Demonstration moderner Körperkultur arbeitender Massen erleben, die sie bis heute im rheinischen Gebiet noch nicht geboten wurde. Alle Vorbedingungen sind günstig. Trotz aller wirtschaftlichen Not hat der Ruf an Westdeutschlands Arbeitersportler helle Begeisterung geweckt, deren Umstellung ins Reale sich jetzt, kurz vor dem Feste, zeigt. Mehr als 15 000 Anmeldungen aktiver Turner und Sportler sind bis heute bei der Festleitung eingelaufen. Fieberhaft sind alle Ausschüsse tätig, der Veranstaltung den vollen propagandistischen Erfolg zu sichern. In einer Sitzung sämtlicher technischer Funktionäre, Kampfrichter und Helfer werden am Vorabend des Festes die letzten technischen Vorbereitungen getroffen. Das Programm ist so vielseitig und umfangreich, daß genau nach der vorgesehenen Zeit gearbeitet werden muß.

Ab Sonnabend früh spielen sich in den vorbildlichen Anlagen des riesigen Kölner Sportparks die Vorkämpfe zu den einzelnen Hauptkonkurrenzen, an denen sich rund 1500 Sportler und Sportlerinnen beteiligen, ab. Abends werden die auswärtigen Gäste in der großen Festhalle der Kölner Messe durch Kölns Arbeiterschaft begrüßt. Daran anschließend veranstalten die Wassersportler mit rund 200 Booten einen Lampionkorso auf den Wellen des Rheins, dem Eröffnungsabend damit einen würdigen Abschluß verleihend.

Hauptkampftag ist der Sonntag, dessen Höhepunkt der Einmarsch eines riesigen Festzuges in die Hauptkampfbahn des Stadions bildet. 4000 Turner und etwa 2000 Turnerinnen werden anschließend Freiübungen modernster Art vorführen. Den Abschluß des Tages in der Hauptkampfbahn, die 80 000 Zuschauern Raum bieten kann, bildet das Fußballspiel der westdeutschen Auswahlmannschaft gegen eine noch nicht endgültig bestimmte Elf. Zurzeit wird über den Start der gegenwärtig in Deutschland weilenden russischen Fußballmannschaft verhandelt. Falls sich diese Verhandlungen zerschlagen, weil die Russen früher zurückreisen müssen, wird Mitteldeutschland Gegner des Westens sein.

In der Zwischenzeit spielen sich auf den Spezialbahnen des Stadions die Wettkämpfe der übrigen Sparten ab. Auf der Radrennbahn ist ein Länderkampf Deutschland—Frankreich—Belgien Höhepunkt des Tages; bei den Schwimmern wird neben zahllosen Einzel-Wettbewerben das Endspiel um die Wasserball-Bundesmeisterschaft ausgetragen. Auf den übrigen Plätzen sind Schwerathleten und Ballspiel-Mannschaften in Aktion, so daß sich dem Publikum eine Fülle besonderer Sportdarbietungen zur Auswahl bietet. Der Schluß des Sonntags ist der Abmarsch der sämtlichen Teilnehmer unter Führung der Spielleute des VI. Kreises (Rheinland-Westfalen) zum Festabend in der großen Messehalle.

Der Montag ist der Fortsetzung der Einzel-Wettkämpfe und den Kindern gewidmet. Um 10 Uhr morgens wird sich ein großer Kinderfestzug durch die Straßen der Stadt zum Stadion bewegen, wo sich bald ein fröhliches sportliches Treiben auf allen Plätzen entfalten wird. Zwischen 3 und 4 Uhr nachmittags werden Kinder-Freiübungen gezeigt. Eine besondere Attraktion bieten die turnerischen Sondervorführungen der Kreisriege.

Es ist zu betonen, daß alle Teilnehmer sich vorher in Ausscheidungskämpfen einer Prüfung durch die Bezirke zu unterziehen hatten, so daß nur die Besten der Arbeitersportbewegung in Köln an den Start gehen. So sind alle Vorbedingungen für das Gelingen des Festes gegeben. Mögen die Tage vom 6. bis 9. August mit dazu beitragen, dem Arbeitersport auch die ihm bisher noch unerschlossenen Gebiete des Kölner Hinterlandes zu öffnen und den Keim zu legen, der ein kräftiges Aufsprießen und Gedeihen der sozialistischen Kulturbewegung Wirklichkeit werden läßt.

K. Dahl-Köln.

Welchen Sport soll die Frau treiben?

Leichtathletik die Grundlage der körperlichen Ausbildung.

Von Dr. med. Hildegard Junkers-Kutnewsky.

Die deutsche Frauenbewegung im Sport und speziell in der Leichtathletik ist jung, sozusagen eben geboren. Man mag über die Abhaltung von Frauenkämpfen denken, wie man will, mag sie als Ansporn und Werbemittel gutheißen oder als vermännlichend verdammen, immer aber wird man die tapferen Vorkämpferinnen bewundern müssen, die eine Lanze brachen — im wahrsten Sinne des Wortes — für ihre Ueberzeugung und alteingewurzelte Vorurteile mit kühnem Mute „überrannten".

Die immer schwieriger und schwieriger werdenden wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse haben immer mehr Frauen aus dem Hause in den Beruf gedrängt, haben sie gezwungen, Stunden und Stunden in einseitig das Gehirn belastender Tätigkeit zu verbringen — oft dazu noch bei schlechter Körperhaltung und in mangelhaft ventilierten Räumen. Das Ringen um die Existenz, um die materiellen und geistigen Güter zehrt die Lebenskraft in unheimlicher Weise auf, und das um so rascher, je einseitiger und rücksichtsloser dieses Erwerbsleben die gesamte Körperorganisation vernachlässigt.

Körperübungen bilden den besten Ausgleich gegen die drohenden Gefahren des Berufes, gegen jedes Uebermaß geistiger Tätigkeit. Bleibt nur noch zu beantworten: Welchen Sport soll die Frau treiben? — Nun, das Einfachste und Natürlichste: Laufen, Springen, Werfen, Stoßen, also Leichtathletik. Daneben Schwimmen und, wenn möglich, rhythmische Gymnastik. Diese Zusammenstellung gewährleistet der Frau eine allseitig harmonische Ausbildung ihres Körpers. Für die meisten, besonders für die Arbeiterfrauen, aber kommt letzteres wegen der noch immer teuren und nicht zu umgehenden Unterrichtsstunden nicht in Frage.

Leichtathletik kann jede Frau treiben. Sie ist der billigste Sport, den es überhaupt gibt. Die Anschaffungskosten für die Geräte sind klein. Die Sportbekleidung kann man sich leicht selbst herstellen.

Der Einfluß, den die Leichtathletik auf den Frauenkörper ausübt, — immer vorausgesetzt in vernünftigen Grenzen betrieben, — ist durchaus günstig und mannigfaltig.

In erster Linie wird die Muskulatur des Körpers nicht einseitig, sondern insgesamt betätigt. Durch die Wurf- und Stoßübungen werden Oberarmmuskulatur und Schultergürtel, durch die Lauf- und Sprungübungen die Beinmuskulatur und durch alle vier bei richtiger Ausübung auch die Rumpfmuskulatur und die gesamte Oberkörpermuskulatur gestärkt. Das ist für die Frau besonders wichtig, weil von der kräftigen Rückenmuskulatur bei ihr die Entlastung der Bauchmuskulatur und damit seine Schlankheit und dauernde Elastizität abhängig ist. Bei allen physiologischen Funktionen der Frau spielen die Bauchmuskeln dieselbe Rolle. Durch leichtathletische Uebungen erwächst der Frau aus Rücken-, seitlichen, geraden und schrägen Bauchmuskeln ein natürlicher Muskelgürtel, der durch kein Korsett so wunderbar stützend und gleichzeitig so nachgiebig zu ersetzen ist.

Auf diese sichtbare Körperausbildung hatte man zuerst in der Leichtathletik am meisten Wert gelegt. Bald lernte man, daß damit auch die Ausbildung und Stärkung der inneren Organe Hand in Hand gehen müsse, wollte man gute Leistungen erzielen. Schließlich erkannte man, daß das sogar das wichtigere wäre. Den Frauen sollte es weniger auf die Leistung, als auf die Erzielung von Gesundheit und Lebenskraft ankommen. Wo beides von selbst sich vereint, warum nicht beides?

Keine Körperübung stärkt so sehr Herz und Lungen, wie gerade der Lauf, die elementarste aller Sportübungen. Das Herz wird zu größerer Arbeit angespornt, seine Stärkung läßt das Blut schneller zirkulieren. Die ganze Ernährung des Körpers wird eine bessere; hinzu kommt — in gleicher Richtung wirkend — die vollständige Inanspruchnahme der Lungen. Das junge Mädchen, das in sitzender Lebensweise oft nie recht tief atmet, wird durch die Anstrengung der Laufübung gezwungen, die Lungen einmal kräftig zu durchlüften. In dem Maße, wie die Leichtathletik bei den Frauen zunimmt, wird die Tuberkulose abnehmen. Tiefste Atmung, wie sie bei leichtathletischen Uebungen notwendig ist, führt dem Körper die maximale Sauerstoffmenge zu, — ein Grund mehr zur Gesundung. Das Blut strömt lebhaft überall hin; Blutüberfüllung eines Organes, z. B. der Unterleibsorgane, wie so häufig bei der Frau, wird durch leichtathletische Uebung verhindert und damit manche ernste Frauenkrankheit.

Auch die blasse, ungesunde Hautfarbe schwindet infolge besserer Durchblutung des gesamten Körpers. Dann aber genießt die Haut bei keinem anderen Sport — mit Ausnahme vielleicht des Schwimmens — so ausgiebig die Vorteile des Luft- und Sonnenbades, wie gerade bei der Leichtathletik. Solche Sonnenbäder, während man dabei in Bewegung ist, können, ganz im Gegensatz zu den in Ruhe genommenen, niemals schaden. In der kälteren Jahreszeit kommen dazu noch die Vorteile der Abhärtung. Die Haut, die einem längeren Training ausgesetzt war, ist glatt und geschmeidig, schön gebräunt und weich wie Samt, — der Stolz jeder echten Sportlerin.

Derjenige Teil des Organismus aber, der am meisten unter der täglichen Arbeit des Großstadtmenschen leidet — das Nervensystem —, der kann bei dieser Sportart ausruhen. Leichtathletik hat gerade vor anderen Sportarten — Fechten, Radfahren, selbst rhythmischer Gymnastik — den Vorteil, daß sie die kleinsten Ansprüche an das Nervensystem macht. Diese natürlichen Bewegungen, Laufen, Springen, Werfen, die das Gehirn kaum belasten, die beruhigende Wirkung des grünen Rasens, bieten die beste Erholung.

Bisher noch bekämpft und mit gemischten Gefühlen wird der Frauensport betrachtet — bei einigen wenigen ernst genommen und gefördert. Bald aber, wie es jeder lebenswahren und bejahenden Bewegung geht, wird die Leichtathletik der Frau in unserem Alltagsleben eine selbstverständliche Erscheinung geworden sein!

Sport und Natur.

Von Paul Hoche.

Rousseaus eindringlicher Ruf „Zurück zur Natur!" kann dem heutigen Menschen nicht genug zugerufen werden. Jedes Mittel soll uns willkommen sein, wenn es uns dem Herzen der Natur wieder nahe bringt. Wir begrüßen daher die Laubengärten, die sich wie grüne Kränze um die Großstadt legen; wir gönnen jedem einen Urlaub, um auf einer Ferienreise „nach draußen" seinen Menschen aufzufrischen, und wir wünschen auch dem Sport weiteste Verbreitung, weil gerade er vorzüglich geeignet ist, die Menschen zur Natur zurückzuführen. Recht betrieben, ist er ja fast ein Erziehungsmittel von universeller Bedeutung, aber es lohnt sich, auch mal dem Gedanken nachzugehen, inwiefern gerade der Sport Mensch und Natur wieder vereint.

Jeder soll zunächst seine Heimat kennen lernen. Heimisch und fest soll er in ihr verankert sein. Immer wieder mag sich der Mensch in die Eigenart der ihn umgebenden Flur versenken. Dann wachsen jene feinen und doch so starken Fäden, die einst zum Heimatsgefühl werden und die den Menschen stark und bodenständig machen. Diese Wirkungen sind auch von hohem sittlichen Wert, da sie zu geschlossenen Charakteren erziehen. Wie ruft doch König Jakob dem verbannten Archibald Douglas zu: „Der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat liebt wie du!" Gewiß ist mancher Sport dazu angetan, uns in die weite Ferne und zu außerordentlichen landschaftlichen Schönheiten zu führen; man denke nur an den von Naturfreunden so gern betriebenen Wandersport, ans Rudern, Radfahren, den Gebirgssport, aber nach der Werkeltagsarbeit wird in der Regel doch nur die allernächste Umgebung aufgesucht, jedoch auch sie, und sei es nur ein schlechter Spielplatz, außerhalb der städtischen Mauern, wird doch Herz und Gemüt befruchten.

Es ist nicht am geringsten zu werten, daß der Sport im Menschen draußen wieder den in der Zivilisation so oft verloren gegangenen Natursinn weckt und pflegt. Unter diesem Begriff ist nicht nur die liebevolle Erkenntnis der Naturerscheinungen zu verstehen, sondern als Folge davon auch der dann von selber erstarkende Sinn für alles Natürliche, Ursprüngliche, Gesunde im Gegensatz zu dem, was gekünstelt, gesucht, verzerrt und krank ist. Die Vorliebe für das Einfache, Gesunde, Schlichte, die Abneigung gegen jegliche Art von Unnatur, gegen das Manirierte tut unserer Zeit mit ihrer manchmal lächerlichen Falsch- und Ueberkultur doppelt not. Natürlichkeit und Wahrheit, wie sie uns draußen entgegentreten, sollten unseren ganzen Menschen durchdringen und unserer gesamten Lebensführung Richtung geben.

Wer draußen lebensvollen Sport treibt, darf sich doch nicht auf das rein Sportliche beschränken, sondern muß seinen gesamten Menschen teilnehmen lassen. Wer den Zauber der Natur empfindet, wird nicht wie ein Träumer mit nach innen gerichteten Grübeleien dahinschreiten, sondern sinnenfroh um sich blicken und aufnehmen, was farbig in das Licht des Tages taucht. So manche Einzelheiten werden dann Sinn und Seele fesseln. Die Natur steht im Gegensatz zum gewohnten Stadtleben. Da draußen tritt der heutige, zermürbte Berufsmensch in eine ganz neue Welt ein, die ihn wohlig und stärkend durchdringt, die seine Brust höher schwellt, seine Stimmung hebt, seine Lippe lachen läßt und seine Augen leuchten. Wenn ihn das Leben in der Tretmühle der Berufsarbeit zu Zeiten niederdrückt, tritt in der Natur ein beglückender Hochschwung der Gefühle ein, der Mensch fühlt sich frei von lästigen Bindungen des Alltags, er atmet froh, gesund und stark. Was drinnen im Stadtleben nur noch flüchtig in einer Einbildung durch die Seele zieht, das wird draußen Wirklichkeit, dichterisches Leben wird Wahrheit. Ein Lied, draußen gesungen, wie Rückerts „Ich stand auf Bergeshalde" oder Storms Heidelied „Abseits" wird draußen sicher den Weg zum Herzen finden. Und wer [illegible] dem Sport, mit dem Wandern, überhaupt mit der Tätigkeit die beschauliche Muse zu verbinden versteht, wird auch mal seltene und feine Feiertagsstimmungen auskosten, so wie sie etwa Allmers in folgenden Versen zum Ausdruck bringt:

Ich liege still im hohen, grünen Gras
Und sende lange meinen Blick nach oben,
Von Grillen rings umschwirrt ohn' Unterlaß,
Von Himmelsbläue wundersam umwoben.
Die schönen, weißen Wolken zieh'n dahin
Durchs tiefe Blau wie schöne, stille Träume,
Mir ist's, als ob ich längst gestorben bin
Und ziehe selig mit durch ew'ge Räume.

Draußen wird dem Sportmenschen auch ein tieferes Verständnis für manche Kunst aufgehen. Die ganze Freilichtmalerei der neueren Zeit beweist deutlich, wie unbefangen und „unbeschalten", um einen Ausdruck Kellers zu gebrauchen, das Auge unserer Maler sieht. Nur der wird ein Kunstwerk richtig schätzen können, der etwa mit den Augen des Künstlers sieht und dem sich draußen in der Natur die Geheimnisse der Form, Farbe und Bestrahlung offenbaren, die dem Nichtsehenden ewig verborgen bleiben.

Vom Riesen Antäus erzählt die Sage, daß er immer neue Kräfte aus jeder Berührung mit seiner Mutter Erde gesogen habe. Auch für uns heutigen Menschen hat dieser alte Mythos noch seinen tiefen Sinn. Auch uns wird die Natur immer zu einem Borne des Segens werden. Darum so viel wie möglich hinaus in ihre Arme, zu jeder Zeit, aber am meisten, wenn ihre lieblichen Stimmen in des Jahres schönster Zeit am lockendsten rufen. Dem Sport aber wollen wir es danken, wenn er uns ganz besonders oft hinausgeleitet. An uns selber aber wird es freilich zum großen Teile liegen, daß wir rechten Sinnes in der Natur aufleben, draußen von neuem geboren werden und den reichsten Segen mit nach Hause tragen.

Urlaub und Ferienheime.

Einige Tage ausgespannt sein aus dem Arbeitsprozeß, frei sein von den Fesseln quälender Fronarbeit und sich seines Daseins als Mensch bewußt werden können, sich freuen an Wald und Feld, an Flur und Hain, Himmel und Sonne, das bedeutet für den Arbeitsmenschen das Wort: Ferien! Wo verbringt der Arbeiter die Ferien? Das Ferienheim ist sein Ziel. Die Mietskasernen der Großstadt drängen ihren Bewohner geradezu aus dem Häusermeere hinaus in die Landschaft, in der er den überspannten Nerven Ruhe und Erholung zuteil werden lassen kann. Der freie Mensch sucht ein Heim mit freiem Geist. Das findet er in den Ferienheimen des Touristen-Vereins „Die Naturfreunde" in Deutschland erbaut; sie stehen allen Arbeitsmenschen, die Erholung suchen, zur Verfügung.

Neuerdings ist ein Verzeichnis aller Ferienheime erschienen, welche die „Naturfreunde" in Deutschland, Oesterreich, in der Schweiz, in der Tschechoslowakei, in Amerika, in Frankreich, Holland, Ungarn und Polen errichtet haben. Dieses gibt Auskunft darüber, in welchem Wandergebiet das Haus liegt, von welcher Bahnstation es erreicht werden kann und in welcher Zeit, welche Schlafgelegenheiten vorhanden sind (Schlafsäle, Einzelzimmer, Betten, Matratzen) usw. Es ist ersichtlich, ob es bewirtschaftet wird, ob Skigelände vorhanden ist oder Dunkelkammer usw., und an wen man sich zu wenden hat. Der Preis dieses Heftchens beträgt 70 Pf. und ist zu beziehen von allen Ortsgruppen des T. V. „Die Naturfreunde" und von der Ferien-Auskunftstelle der Reichsleitung des T. V. „Die Naturfreunde", Nürnberg, Webergasse 1.

Notizen.

Der elsaß-lothringische Arbeiter-Turnerbund veranstaltet am 14. und 15. August in Straßburg sein Bundes-Turnfest. Die Vorbereitungen zu einer würdigen Ausgestaltung sind bereits im Gange.

Die österreichischen Arbeiter-Handballer, die vom bürgerlichen Handball-Verband ausgeschlossen wurden, haben durch ihre Delegierten beschlossen, im neuen, in Bildung begriffenen Arbeiter-Fußballverband eine selbständige Handball-Abteilung zu gründen.

Der österreichische Arbeiter-Athletenbund gliedert sich in 11 Kreise und umfaßt über 4000 aktive Mitglieder. Er gibt eine eigene Zeitschrift „Der Kraftsport" heraus.

Italienische Arbeiter-Fußballer in Deutschland. Mailänder Spieler trafen auf ihrer Deutschlandreise zunächst auf die Amateure 04, Leipzig. Das Spiel war reich an technischen Feinheiten. Die Leipziger siegten knapp mit 1 : 0. — In Dresden gewannen die Italiener das Spiel verdient mit 2 : 0. — Das Treffen gegen München, dem 6000 Zuschauer beiwohnten, litt unter Gewitterregen und schlechten Bodenverhältnissen. Es endete mit 1 : 1. — In Stuttgart wurden die Mailänder Gäste besonders herzlich empfangen. Das Spiel selbst war fesselnd und fair. Die Stuttgarter Mannschaft trug einen 2 : 0-Sieg davon.

Ungarische Arbeiter-Fußballer in Sachsen. Eine Budapester Arbeiter-Fußballmannschaft spielte in Freital-Dresden, wo sie mit 3 : 1, und in Mockau-Leipzig, wo sie mit 4 : 0 siegte.

Die Arbeitersportbewegung in Holland. Im „Volk" in Amsterdam agitiert Genosse Green lebhaft für einen Zusammenschluß der in den bürgerlichen Verbänden sporttreibenden Arbeiter zu einem selbständigen Arbeitersport-Verband und Anschluß an die Internationale.

Der Bundestag der französischen F.S.T. fand in Anwesenheit von 46 Delegierten in Paris-Pantin statt. Es wurde eine größere Unterstützung durch die Arbeiterpresse gefordert und der Wiederanschluß des elsaß-lothringischen Arbeiterturner-Bundes an die französische Zentrale gutgeheißen. Der Name des Verbandes wurde umgeändert in „Arbeiter-Turn- und Sportvereinigung" (U.S.S. G.T.). Die Sporttätigkeit in den einzelnen Regionen entwickelt sich günstig. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Hinsichtlich eines Schreibens der französischen Sektion der R.S.J. wurde beschlossen, „keine Diskussion über diese Frage mehr aufzunehmen, bis die Leiter dieser Organisation uns ihre Vorschläge zugestellt haben. Die Einheitsfrage könne im übrigen nur über die Luzerner Internationale behandelt werden."

Internationaler Fußball. Paris (Pantin) spielte gegen Bremen und siegte mit 4 : 2. — Das Spiel Paris — Hamburg endete mit 0 : 0 zugunsten der Hamburger. Die Pariser hielten das Tempo der Halbzeit nicht aus. — Die Moskauer Fußballer spielten gegen Leipzig und siegten mit 5 : 2. Technik und Taktik der Russen werden als hervorragend bezeichnet.

Die belgischen leichtathletischen Meisterschaften kamen in Lüttich zum Austrag. Die Beteiligung war außerordentlich zahlreich. Die Ergebnisse selbst blieben zum Teil hinter denen des Vorjahres zurück.

Der Niederländische Arbeiter-Sängerbund zählt, wie der Vorsitzende auf der Generalversammlung in Utrecht mitteilen konnte, 141 Ortsgruppen mit 7000 Mitgliedern. Es wurde beschlossen, das 25jährige Bestehen des Bundes im Jahre 1927 durch ein großes Sängerfest in Amsterdam festlich zu begehen. Die Versammlung erklärte sich einstimmig einverstanden mit dem Anschluß an die Internationale sozialistischer Gesangsvereinigungen.

Das 6. Kreisfest des 7. Kreises Nordbayern des Arbeiter-Turn- und Sportbundes fand am Sonnabend und Sonntag bei glänzendem Wetter in Koburg statt. Gegen 4000 freie Sportler und Sportlerinnen hatten sich trotz der Not der Zeit eingefunden. Das Bürgertum hat sich fast vollständig ablehnend verhalten; nur wenige Geschäftshäuser hatten weiß-blau geflaggt; um so herzlicher war die Aufnahme der Arbeitersportler durch die Koburger Arbeiterschaft. Die offizielle Eröffnungsfeier fand auf historischem Platz, dem Kongreßbau der Veste Koburg, statt. Bezeichnend war, daß die Stadtverwaltung durch Abwesenheit glänzte. An diese Feier, bei der die Städtische Kapelle und die Vereinigte Sängerschaft Nürnberg mitwirkten, schlossen sich am Abend in den größten Sälen der Stadt Festkommerse an, die alle überfüllt waren. Im Mittelpunkt standen sportliche Vorführungen. Der Sonntag brachte auf dem Anger die turnerischen und sportlichen Wettbewerbe; die Wassersportler trugen ihre Entscheidungen im städtischen Hallenbad aus. Nachmittags durchzog ein Festzug die Straßen der Stadt, wie ihn Koburg, was Farbenpracht, Ordnung und Disziplin betrifft, noch nicht gesehen hat. 4 Musikkapellen und 8 Chöre sorgten für ein flottes Marschtempo der 3000 Teilnehmer. Die anschließenden Massen-Freiübungen der Turnerinnen und Turner machten auf die Zuschauermenge einen tiefen Eindruck. 100 Arbeiter-Samariterinnen und -Samariter versahen die Hilfeleistungen, die da und dort unter der Einwirkung der Hitze beansprucht werden mußten. Den Ordnungsdienst hatte das Reichsbanner übernommen. Der Verlauf des Kreisfestes war alles in allem ein Kulturerfolg der freien Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

Der Deutsche Arbeiter-Turn- und Sportbund umfaßte Ende 1925 6414 Vereine mit rund 530 000 Mitgliedern. Die Turner sind mit 62 Prozent, die Fußballer mit 11,5 Prozent, die Wassersportler mit 7,16 Prozent beteiligt. Das Frauenturnen entwickelt sich günstig.

Neue Bundes-Rekorde. Auf dem 6. Kreis-Turn- und Sportfest in Kaiserslautern wurden von der Sportlerin Kehrt-Ludwigshafen drei neue Bundes-Rekorde aufgestellt. Die Sportlerin überbot den Bundes-Rekord im Diskuswurf um annähernd vier Meter. Der Bundes-Rekord betrug bisher 21,29 Meter und wurde jetzt auf 25 Meter erhöht. Dieselbe Sportlerin hat beim Kugelstoßen einen neuen Bundes-Rekord auf 8,30 Meter aufgestellt, und sie stieß sogar außer Konkurrenz die Kugel 8,40 Meter und erreichte beim Weitsprung 5,04 Meter. Der Bundes-Rekord ist 4,86 Meter.

Schwimmverein Poseidon Breslau e. V.

Ausschreibung zu dem am 8. August im Poseidon-Bad, Breslau, stattfindenden Schwimmfest.

*1. 400-Meter-Schwimmen für Männer, beliebig;
*2. 10×50-Meter-Stafette Jugend männlich;
3. Erlischwimmen für Frauen und Männer;
*4. 100-Meter-Rückenschwimmen für Frauen;
5. 50 Meter beliebig für Knaben;
*6. Gruppenspringen;
*7. Lagenstafette 4×100 Meter B-Klasse Männer;
*8. 100 Meter Brust, weibliche Jugend;
*9. 100 Meter Rücken für Männer, A-Klasse;
10. 50-Meter-Brustschwimmen für Mädchen;
*11. Streckentauchen;
*12. 3×50 Meter beliebig Stafette für Alte Herren;
13. Wasser-Exerzieren der männlichen Jugend;
*14. 3×100-Meter-Brststafette für Frauen;
*15. 100 Meter beliebig für Männer, A-Klasse;
16. Kleider-Hindernisschwimmen 50 Meter (es ist ein Kahn zu überklettern und 2 Meter vorm Ziel im Wasser auszukleiden);
*17. 100 Meter beliebig für männliche Jugend;
*18. Springen;
*19. 100 Meter Brust für Männer, A-Klasse;
20. Kinder-Stafette 10×50 Meter beliebig;
*21. 100-Meter-Brustschwimmen für Turner und Sportler;
*22. Wasserballspiele: a) Jugend, b) Männer.

Die mit * versehenen Nummern sind offen für alle dem Arbeiter-Turn- und Sportbund angeschlossenen Vereine nach den Bestimmungen der ASTO. Bahnlänge 50 Meter. Sprungbretter zwei 1-Meter und ein 3-Meter normal. Stoppuhren mitbringen. Meldungen bis spätestens 30. Juli an W. Hamann, Breslau II, Lehmgrubenstraße 50, Gartenhaus. Melde-Eröffnung: 2. August, Poseidon-Bad.

Die Kartellvereine bitten wir um zahlreiche Meldung und Unterstützung. Meldetermin ist unbedingt innezuhalten.

Schwimmgenossen! Der Monat August soll mit einer nochmals rege einsetzenden Werbetätigkeit für unsere Sache die Saison beschließen. Es sind folgende Veranstaltungen vorgesehen: 7. August: „Kampf dem nassen Tod" in der Ohlemündung; 8. August: Vereins-Schwimmfest im Poseidon-Bad; 15. August: Werbefest in Schweidnitz; 22. August: Werbefeste und Stadion-Einweihungen in Brieg und Waldenburg; 29. August: Volksfest im Poseidon-Bad. — Die Werbefeste in Schweidnitz und Brieg werden von Radfahrern beschickt. Meldungen für alle Veranstaltungen sind wegen der Fahrtzusammenstellungen umgehend an Schwimmgenossen Hamann abzugeben. Im übrigen wird auf die Nachrichtentafel im Bade hingewiesen. Sämtliche Ausschreibungen und Mitteilungen werden dort ausgehangen und werden selbige an den Uebungsabenden nochmals bekanntgegeben.

Ausschreibung

zum

Dauerrudern, Dauerpaddeln, Kanuwettfahren und Schaurudern, veranstaltet von der Freien Rudervereinigung Breslau e. V. und der Freien Kanuvereinigung Breslau e. V., verbunden mit der Bootshausweihe der Freien Kanuvereinigung Breslau e. V. am Sonntag, den 12. September 1926.

Vormittags 8 Uhr: Dauerrudern und -Paddeln auf der Strecke Bootshaus Freie Rudervereinigung Breslau—Wilhelmshafen—Bootshaus Freie Rudervereinigung Breslau, 8 Kilometer (4 Kilometer gegen Strom, 4 Kilometer mit dem Strom). In Wilhelmshafen muß die Kontrolle umfahren werden. Die Rennen sind nur für Männer offen und zwar für Ruderer im: 1. Vierer, 2. Zweier mit Steuermann, 3. Einer mit Steuermann. Für Kanufahrer im: 1. Rundspant, Zweisitzer, 2. Scharpie, Zweisitzer, 3. Faltboot, Zweisitzer. Bootsmaße nach den Bestimmungen der Freien Ruderer und Kanufahrer im Arbeiter-Turn- und Sportbund.

Nachmittags 3 Uhr: Wettpaddeln und Schaurudern auf der 700 Meter langen Strecke der Schleuseneinfahrt Ottwitz (Stauwasser). 1. Kajak (Scharpie) Zweisitzer für Männer; 2. Kajak (Rundspant) Zweisitzer, gemischt; 3. Faltboot, Zweisitzer für Männer; 4. Kajak (Scharpie) Zweisitzer, gemischt; 5. Kajak (Rundspant) Zweisitzer für Männer; 6. Faltboot, Zweisitzer, gemischt; 7. Schaurudern im Vierer für Jugend, 14—18 Jahre; 8. Schaurudern im Vierer für Frauen. Bootsmaße nach den Bestimmungen der Freien Ruderer und Kanufahrer im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Die Veranstaltung ist offen für alle Mitglieder der Reichsparte der Freien Ruderer und Kanufahrer im Arbeiter-Turn- und Sportbund. Meldungen schriftlich bis 5. September für Ruderer an Artur Gellert, Breslau 9, Lehmdamm 17, für Kanufahrer an Alfred Konschella, Breslau 23, Georgenstraße 14. Meldeöffnung am 6. September, abends 8 Uhr, im Bootshause der Freien Rudervereinigung Breslau e. V.

Breslauer Hallenschwimmbad

Schwimmhallen für Männer und Frauen
Schwimmunterricht, Massage, Wannen-,
Dampf- und Elektr. Bäder, Inhalation

Außer Sonntags täglich geöffnet von 8 bis 8 Uhr

Sportfest der „Freien Turnerschaft" Breslau. Am 21. und 22. August d. Js. begeht die „Freie Turnerschaft" Breslau ihr 25jähriges Bestehen in einem Spiel- und Sportfest auf dem SSV.-Platz in Klein-Mochbern. Die Arbeiten hierzu sind schon sehr weit vorgeschritten und das Fest verspricht für jeden Teilnehmer ein paar genußreiche Stunden. Sport ist heute die Losung und daher sahen sich die leitenden Stellen veranlaßt, das Fest über ganz Schlesien auszuschreiben. Die Meldungen hierzu sind zahlreich eingegangen. Das Fest wird eingeleitet am Sonnabend nachmittag 3/4 5 Uhr durch leichtathletische Wettkämpfe der Schüler und Schülerinnen. Sonntag vormittag ab 8 Uhr leichtathletische Wettkämpfe der Jugend, Männer und Sportlerinnen. Nachmittags um 1 Uhr Festzug vom Wachtplatz durch die Allen-, Leuthen-, Friedrich-Wilhelm-Straße, Striegauer Platz, Frankfurter und Bunzlauer Straße nach dem Sportplatz Klein-Mochbern, wo anschließend die Fest-Freiübungen beginnen. Hierauf folgen die Endkämpfe in sämtlichen Läufen, ein 3000- und ein 5000-Meter-Lauf, Stafetten, Faust- und Trommelballspiele, Geräteturnen und Stabhochspringen. Den Abschluß des ganzen bilden ein Handballspiel, in dem sich Freie Turnerschaft „Nordwest" gegen „Südost", und ein Fußballspiel der Freien Turnerschaft Breslau (Fußballabteilung) „West" gegen Fußballverein „Süd" gegenüberstehen werden. Wir rufen allen Sportlern zu: Unterstützt durch zegen Besuch diese große Feier. Der Fußballspielausschuß hat Spielverbot für diesen Tag über ganz Breslau erlassen. Auch die Arbeitersamariter werden sich zur Verfügung stellen. Gleichzeitig wird die sportärztliche Untersuchung an den Sportlerinnen und Sportlern praktisch durchgeführt. Die Eintrittspreise sind sehr niedrig gehalten und betragen für Erwachsene 50 Pf., für Erwerbslose mit Ausweis 30 Pf., für Kinder 10 Pf. Programme sind in allen Abteilungen und im Bundesgeschäft erhältlich. Nun halte sich jeder diese Tage frei für die 25-Jahrfeier zum Spiel- und Sportfest der „Freien Turnerschaft" Breslau.

Kampfrichter und Ordner zum Sportfest am 21. und 22. August. Jede Abteilung der „Freien Turnerschaft" Breslau — auch Frauen-Abteilungen — hat mit den Wettkampfmeldungen gleichzeitig drei Kampfrichter und drei Ordner bis zum 8. August namentlich zu melden. Wettkämpfermeldungen ohne diese Vorschrift werden nicht berücksichtigt. Es liegt im Interesse einer reibungslosen Programmabwicklung, dies strikt einzuhalten. Für Kampfrichter und Ordner findet am 18. August eine wichtige Sitzung im Gewerkschaftshaus statt. 3. Rundschreiben, betreffend Sportgeräteaufstellung, Kampfrichter, Ordner, Ohlauer Städtewettkampf beachten. Weitere Bekanntmachungen zum Sportfest folgen an dieser Stelle.

Arbeiter-Athleten-Bund, Bezirk Breslau. Am Sonntag, den 1. August, vormittags, findet in Brieg, Etablissement „Bergeschlößchen", die fällige Bezirksfitzung statt; jeder Verein muß vertreten sein. Abfahrt für Bahnfahrer: Hauptbahnhof mit Eilzug um 8.50 Uhr, Sonntagsfahrkarte lösen. Die Radfahrer treffen sich um 7 Uhr früh an der Wartehalle Kloster- und Tauentzienstraße, Anfang Ofener Straße.

Sportverein „1897". Die Handballmannschaft kämpfte am Sonntag im Eichenpark gegen die 2. Mannschaft der 7. Abteilung. In einem durch den Regen sehr beeinträchtigten Spiel kämpften beide Gegner 0 : 0. Die beiden Schiedsrichter waren gut. — Am kommenden Sonntag, den 1. August, hält der Verein in Pförtners „Harmonie", Gräbschener Straße, sein Sommerfest ab; außer Schüler- und Jugendkämpfen ringt der B-Meister, die 2. Mannschaft, gegen die A-Mannschaft. In einem Luftakt werden die Artisten des Vereins ihr Können zeigen.

Breslauer Sport-Club „Hero", e. V., 1910. Nach der Generalversammlung vom 25. Juli setzt sich der neugewählte Vorstand wie folgt zusammen: 1. Vorsitzender Hermann Zajadatz, Breslau, Augustastraße 53, 2. Vorsitzender Ferdinand Fricke, Breslau, Hildebrandstraße 10, 1. Kassierer Artur Sakowski, Breslau, Adolfstraße 10, 1. Schriftführer Richard Fuchs, Breslau, Nikolaistraße 31 bei Guhr, Riegenwart Ferdinand Fricke, Stemmwart Willi Krusch, Trainer für Boxen: Max Bauch, Leuthenstraße 28. Uebungsstunden sind Dienstag und Freitag von 8—10 Uhr in der Turnhalle Andersenschule. Sämtliche Anschriften an Hermann Zajadatz, Breslau, Augustastraße 53.

Sport-Club „Herold" Sacrau. Am 22. August veranstaltet obiger Verein ein Werbe-Sportfest im Ringen, Heben und Leichtathletik, offen für alle Bezirksvereine, Ringen und Heben in sieben Altersklassen, Jugend nur Ringen. Leichtathletik für Altersklasse: 3000-Meter-Lauf und Fünfkampf, bestehend in 100-Meter-Lauf, Kugelstoßen (7¼ Kilogramm), Dreisprung, Weitsprung und Hochsprung. Jugend: 2000-Meter-Lauf und Dreikampf, bestehend in 100-Meter-Lauf, Dreisprung und Hochsprung. Meldeschluß der Vereine am 15. August. Meldungen sind zu richten an Sportkollegen Richard Röder, Sacrau, Kreis Oels, Trebnitzer Straße 14. Um gütige Unterstützung bittet der Verein.

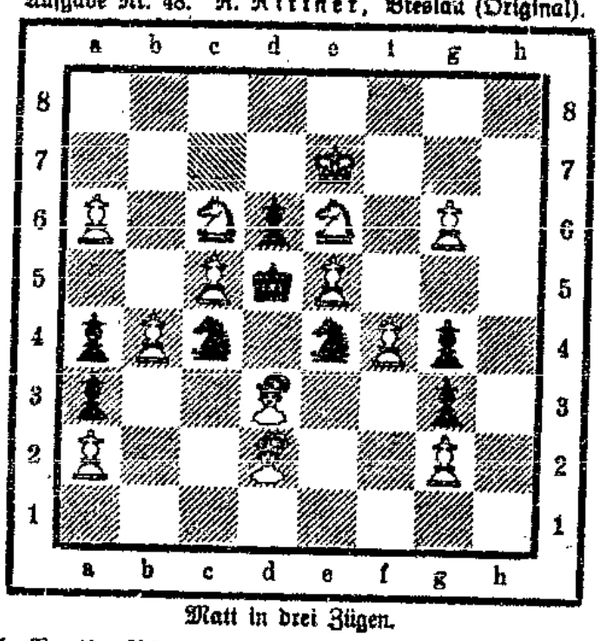
Sportklub Felsenfest 04, e. V. Am Dienstag, den 27. Juli, findet unserer Vorstandssitzung und die Monatsversammlung am Mittwoch, den 4. August, im Vereinsheim, Matthiasstraße 182, abends 8 Uhr, statt.

Schach.

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau.

Zuschriften sind zu richten für Problemteil an: R. Rittner, Breslau 17 Pöpelwitzstr. 22; für Partienteil und Organisationsfragen an: Oskar Lorenz Breslau 1, Albrechtstraße 18.

Aufgabe Nr. 48. R. Rittner, Breslau (Original).



Matt in drei Zügen.

Aufgabe Nr. 49. Richard Büchner, Erdmannsdorf (Original).

Weiß: Kh7, Db4, Te7, h4, Se8, f6, Lb1.
Schwarz: Ke5, De6, Ta4, c1, Sb2, Lb5, b8, Ba6, d4, f5.
Matt in zwei Zügen.

Lösung der Aufgabe Nr. 43.
1. De4—e7, K×g3. 2. De7—e3#. h4×g3, 2. De7—h7#.
Lf1 beliebig, 2. D×h4#.
Vom Zugzwang zur Drohung.

Aufgabe Nr. 42 ist wegen Druckfehler unkorrekt und scheidet aus.

Richtige Lösungen sandten ein: K. Bergmann, O. Lorenz, P. Löffel R. Riebel, M. Sänger.

Bei Aufgabe Nr. 47 muß es heißen: Be5, e6, e7.

Partie Nr. 25. Damenbauernspiel.
Gespielt durch Briefwechsel von August 1924 bis September 1925.

Weiß: Dankert, Kiel		Schwarz: Lamm, Düsseldorf	
1. d2—d4	d7—d5	14. Tf1—e1	e7—e5
2. Sg1—f3	Lc8—f5	15. f4×e5	f6×e5
3. g2—g3	Sb8—c6	16. d4×e5	Sc6×e5
4. Lf1—g2	Sg8—f6	17. Ta1—d1	c7—c6
5. 0—0	g7—g6	18. c3—c4[1])	g6—g5!
6. Lc1—f4	Sf6—h5	19. c4×d5	Ld7—g4
7. e2—e3[2])	Sh5×f4	20. f2—f3	Lg4—h5[3])
8. e3×f4	Lf8—g7	21. Sh4—f5[4])	Tf8×f5
9. c2—c3	f7—f6[5])	22. g3—g4	Ta8—e8!
10. Sb1—d2	0—0	23. d5×c6[6])	Se5—d3[7])
11. Dd1—e2	Dd8—d6	24. De2×e8+	Lh5×e8
12. Sf3—h4	Lf5—d7	25. Te1×e8+	Kg8—f7
13. Sd2—b3	b7—b6	26. Te8—a8	Tf5—a5

Weiß gab auf.

Anmerkungen:

[1]) Weiß scheint seinem König eine bombensichere Stellung schaffen zu wollen.
[2]) Um den rückständigen e-Bauer aufzuheben.
[3]) Weiß hat etwas mehr vom Spiel und versucht nun Schwächen in die schwarze Stellung zu bringen. Schwarz widerlegt jedoch diese unfreundlichen Absichten durch eine gefällige Kombination.
[4]) Auf 21. d×c6 folgt Df6.
[5]) Um den toten Springer gegen den unangenehmen Lb5 einzutauschen. Doch Weiß kommt nicht mehr so weit.
[6]) Weder Turm noch Läufer können ohne Materialverlust geschlagen werden.
[7]) Besser als S×f3+.
[8]) Auf Sa5 folgt Dc5+, Kh1, Sf2+ nebst matt in 3 Zügen.

Schachnachrichten.

I. Bezirk. Am Sonntag, den 18. Juli, wurde in Liegnitz die 2. Runde der Bezirksmeisterschaft 1926/27 von den Vereinen Haynau, Liegnitz und Oels ausgetragen. Die vierte beteiligte Mannschaft der Spielvereinigung Ohlau-Brieg mußte infolge schlechter Finanzverhältnisse dem Wettkampf fernbleiben und somit ihre Punkte kampflos abgeben. Am Vormittag gewann Liegnitz gegen Haynau mit 7 : 3, während nachmittags Haynau gegen Oels ebenfalls mit 7 : 3 erfolgreich blieb. Das vorläufige Resultat ist demnach Breslau 20, Liegnitz 17, Haynau 16½, Oels 13 und Ohlau-Brieg 3½ Punkte, wobei aber zu berücksichtigen ist, daß Haynau seine Kämpfe beendet hat, während Liegnitz und Ohlau-Brieg noch je eine Runde und Breslau und Oels noch je zwei Runden auszutragen haben.

---

5. Septbr. 1926 — **Leichtathletischer Städtewettkampf** — **Ohlau**

verbunden mit

Turnhallenweihe der Freien Turnerschaft Ohlau

Beteiligt: **Breslau * Oels * Brieg * Strehlen * Wansen * Ohlau**

Genossen! Kommt zahlreich nach Ohlau.